

DIE WELTWOCHEN



Die gute Ehefrau

Wege zum Beziehungsglück.

Von Beatrice Schlag

Wie rette ich mein Geld?

Die wichtigsten Fragen und Antworten zur Euro-Krise.

Von Florian Schwab

Der erpressbare Bundesanwalt

Unheimliche neue Erkenntnisse im Fall Ramos. *Von Philipp Gut*





IHR VOLVO V60 JETZT AB CHF 37 990.-



MIT LEASING SCHON AB
CHF 393.-/MT.

EXKLUSIV FÜR DIE SCHWEIZ: 5 JAHRE GARANTIE  150 000 KM SERVICE  VOLVO ASSISTANCE

VOLVOCARS.CH

Leasing Volvo Car Financial Services (BANK-now AG): Volvo V60 T3 Start/Stopp Basis 150 PS/110 kW, Katalogpreis CHF 39 600.-, abzüglich Sonderbonus CHF 1 610.- ergibt einen Verkaufspreis von CHF 37 990.-, Monatsrate CHF 393.-, 1. grosse Leasingrate 20%, Laufzeit 48 Monate, 10 000 km/Jahr, Zins nominal 3,9%, Zins effektiv 3,98%. Restwert gemäss Richtlinien der Volvo Car Financial Services (BANK-now AG). Obligatorische Vollkaskoversicherung nicht inbegriffen. Die Kreditvergabe ist verboten, falls sie zur Überschuldung des Konsumenten führt (Art. 3 UWG). Angebot gültig bis auf Widerruf auf den Fahrzeugen des Modelljahres 2013. Treibstoff-Normverbrauch gesamt (nach Richtlinie 1999/100/EU): 6,0 l/100 km. CO₂-Emissionen: 139 g/km (159 g/km: Durchschnitt aller verkauften Neuwagen-Modelle). Energieeffizienz-Kategorie: C. Volvo Swiss Premium[®] Gratis-Service bis 10 Jahre/150 000 Kilometer, Werksgarantie bis 5 Jahre/150 000 Kilometer und Verschleissreparaturen bis 3 Jahre/150 000 Kilometer (es gilt das zuerst Erreichte). Nur bei teilnehmenden Vertretern. Abgebildetes Modell enthält ggf. Optionen gegen Aufpreis.

Intern

Wer den Begriff «gute Ehefrau» googelt, stösst als Erstes auf das «Handbuch der guten Ehefrau». Ob es wirklich aus dem britischen Magazin *Housekeeping Monthly* von 1955 stammt oder, wie auch vermutet, eine später verfasste Parodie auf die Rollenerwartung an die Ehefrauen der fünfziger Jahre ist, lässt sich nicht mit Bestimmtheit feststellen. Tatsache ist, dass die Ratschläge niemandem absurd zu sein scheinen, der sich an die Zeit erinnern kann. Und dass sie sich nur knapp sechzig Jahre später wie Realsatire lesen. Beatrice Schlag hat viele Gespräche mit Paaren geführt über ihre sehr unterschiedlichen Vorstellungen davon,



Was macht eine gute Ehefrau aus?

was heute eine gute Ehefrau ausmacht. Daraus ergeben sich einige interessante Rezepte für eine glückliche Beziehung. Seite 40

Als Roderick Panchaud sich aufmachte, das Gymnasium im Kloster Disentis zu besuchen, war er neugierig. Panchaud hatte zuvor in mühsamer Kleinarbeit die Daten zu den gymnasialen Internaten der Deutschschweiz zusammengetragen, und die Klosterschule hatte im grossen *Weltwoche*-Ranking den ersten Platz erreicht. Der Besucher aus dem Unterland fragte sich, wie man wohl in Disentis überlieferte benediktinische Werte mit moderner Pädagogik kombiniert. Nach intensiven Gesprächen mit dem Abt und den Mönchen, dem Rektor und den Schülern sowie nach einem Stundengebet in der Kirche war unser Mitarbeiter ziemlich beeindruckt und überzeugt, dass diese Symbiose für die Maturanden eine «echte Schule für das Leben» dar-

stellt. Aber er sagte auch: «Es ist ein Kloster», und die Freude über das Bier nach der Arbeit liess er sich jedenfalls nicht nehmen. Seite 54

Es gibt heitere Themen als die Euro-Krise. Dies musste unser Wirtschaftsfachmann Florian Schwab feststellen, als er sich die letzte Woche wieder intensiv mit der Währungsunion befasste. Es waren ereignisreiche Tage, denn durch die öffentliche Arena geisterte plötzlich die von Oswald Grübel aufgeworfene Frage nach den Kosten, welche die Wechselkursgrenze verursacht. Jeder Anleger und Inhaber einer Pensionskasse muss sich die Frage stellen, wie er sein Vermögen absichert. Cash, Staatsanleihen, Aktien, Franken mit und ohne Kursuntergrenze – aufgrund der diversen Gespräche mit Finanzmarktkenner aus Theorie und Praxis kann man nur zum Schluss kommen, dass die derzeitige Situation für Anleger wie ein Labyrinth ist: Egal, wohin man sich dreht, man stösst an. Immerhin hilft bereits die Erkenntnis, in einem Labyrinth gefangen zu sein bei der Suche nach Auswegen. Seite 44

Erst kürzlich landete Pipilotti Rist in einem Ranking der bedeutendsten Künstler der Welt auf Rang 10. Rund um den Globus buhlen grosse Museen um die Rheintalerin. Die schrille Videokünstlerin feiert in den nächsten Tagen ihren 50. Geburtstag. Was macht ihre Bedeutung aus? Um ihre feminine Wunderwelt zu erschaffen, drang Pipilotti Rist vor dreissig Jahren in eine Männerdomäne ein und experimentierte mit schweren, klobigen technischen Geräten. Die Technik ist seither zunehmend weiblich geworden – und Rists Verführungskraft stärker denn je. Kulturredaktor Rico Bandle hat die Ausnahmekünstlerin in ihrer St. Galler Ausstellung getroffen. Seite 62

Ihre Weltwoche

Wann ist es Zeit, an morgen zu denken?

LGT. Partner für Generationen.
LGT Bank (Schweiz) AG

www.lgt.ch



Private
Banking

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,

E-Mail: redaktion@weltwoche.ch

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch

Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,

E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91

E-Mail: aboservice@weltwoche.ch

Jahresabonnement Inland Fr. 225.– (inkl. MwSt.)

Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)

Weitere Angebote für In- und Ausland unter

www.weltwoche.ch/abo

E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)

Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel

Stv. Chefredaktor: Philipp Gut (Leitung Inland)

Produktionschef: David Schnapp

Redaktion:

Rico Bandle (Leitung Kultur), Alex Baur,

Urs Paul Engeler, Urs Gehrigler,

Andreas Kunz, Christoph Landolt,

Daniela Niederberger, Alex Reichmuth,

Beatrice Schlag (Los Angeles),

Florian Schwab, Lucien Scherrer

Mark van Huissing

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann,

Silvio Borner, Henryk M. Broder,

Markus Gisler, Pierre Heumann,

Peter Holenstein, Hansrudolf Kamer,

Peter Keller, Wolfram Knorr, René Lüchinger,

Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli,

Franziska K. Müller, Daniele Muscionico,

Deborah Neufeld, Kurt Pelda,

Pia Reinacher, Peter Rüedi,

Kurt Schiltknecht, Sacha Verna (New York),

Sami Yousafzai (Pakistan/Afghanistan),

Jürg Zbinden, Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring

Bildredaktion: Adam Schwarz (Leitung),

Verena Tempelmann, Pearl Frisch (Assistentin)

Layout: Tobias Schär (Leitung),

Silvia Ramsay

Korrektorat: Cornelia Bernegger und

Rita Kempfer (Leitung), Viola Antunovits,

Oliver Schmuki, Dieter Zwicky

Sekretariat: Miriam Schoch (Leitung),

Inga-Maj Hojajj-Huber, Raymond Kaufmann

Geschäftsführer: Sandro Rieger

Marketing: Guido Bertuzzi (Leitung)

Anzeigenverkauf: Jean-Claude Plüss (Leitung),

Christine Lesnik (Leitung Stil-Ausgaben),

Brita Vassalli

Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (Leitung)

Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Internetverkauf: Stailamedia

Tarife und Buchungen: Tel. 044 500 13 50,

info@stailamedia.com

Druck: Ziegler Druck- und Verlags-AG,

Rudolf-Dieselstrasse 22, 8404 Winterthur

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt

auf Recyclingpapier, das aus

100 % Altpapier hergestellt ist.

Es schont damit Ressourcen,

Energie und somit die Umwelt.

printed in
switzerland

Shortcut: Mit dem iPhone *Weltwoche*-Artikel empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte entdecken. www.weltwoche.ch/shortcut



Bis die Schweiz eine nationale Plattform für Unternehmertum und Innovation hatte, wollten SEF-Gründer Stefan Linder und Peter Stähli nicht ruhen.



Setzt sich Ihre Bank ebenso *aktiv* für den Erfolg von Schweizer KMU ein wie Stefan Linder und Peter Stähli?

Stefan Linder und Peter Stähli wissen um die Bedeutung von KMU in der Schweiz.

Dass eine Volkswirtschaft ohne sie nicht überlebensfähig wäre.

Darum fördern die beiden Initianten mit dem Swiss Economic Forum (SEF) bereits seit über einem Jahrzehnt das Schweizer Unternehmertum und seine Innovationen.

Als SEF-Partner der ersten Stunde teilen wir diese Auffassung und stehen Ihnen und Ihrem Unternehmen deshalb bei sämtlichen finanziellen Herausforderungen beratend zur Seite.

Bis wir Sie Ihren Geschäftszielen ein Stück näher bringen, dürfen Sie sich auf eines verlassen:

150
Jahre

Wir werden nicht ruhen



www.ubs.com/wirwerdennichtruhen

Gefährlich

Alle gegen Blocher.
«Game of Thrones».

Von Roger Köppel

Die unsägliche Affäre um den wegen seiner Devisengeschäfte zum Rücktritt ge- drängten früheren Nationalbank-Präsidenten Philipp Hildebrand ist um ein trübes Kapitel reicher. Letzte Woche befand die ständerätliche Rechtskommission, dass Nationalrat Christoph Blocher keinerlei Immunität beanspruchen dürfe für seine Handlungen, die indirekt zu Hildebrands Rücktritt führten. Damit sagt der Ständeratsausschuss klipp und klar, dass Schweizer Parlamentarier in Zukunft die Pranken der Justiz zu spüren bekommen, wenn sie, als gewählte Volksvertreter, unter Einhaltung aller Dienstwege die zuständigen Stellen auf Probleme innerhalb des Staates aufmerksam machen. Politisch motivierten Verfahren wird dadurch Tür und Tor geöffnet.

Der ständerätliche Entscheid ist ein Schlag gegen die Demokratie. Gemäss Bundesverfassung haben Bundesparlamentarier die Aufgabe, den Bundesrat, die Bundesverwaltung, die eidgenössischen Gerichte und «andere Träger von Aufgaben des Bundes» (wie die Nationalbank) im Sinne einer «Oberaufsicht» zu kontrollieren. Diese Oberaufsicht kann nicht wahrgenommen werden, wenn die Politiker fürchten müssen, dass sie in die Mühlen der staatlichen Justiz geraten, wenn sie den Staat kontrollieren und Missstände aufdecken.

Die Immunität ist ein Instrument, das zu dem Zweck erfunden wurde, Volksvertreter vor staatlicher Vergeltung und Behelligung zu schützen, damit sie ihre politische Kontrolle über den Staat ungehindert ausüben können. Staatsanwälte, Bundesanwälte sind, wie der Name schon sagt, staatsnahe Organe. Der Parlamentarier ist Volksvertreter und muss als solcher einen besonderen Schutz vor den Anwälten des Staates haben. Wird die Immunität durchlöchert, gewinnt der Staat an Macht. Zum Schaden des Bürgers.

Blocher wurde von zwei Whistleblowern über mutmassliche Missstände bei der SNB informiert. Er wandte sich vertraulich an die damaligen Bundespräsidentin, um die Vorwürfe abklären zu lassen. Als die kritisierten Behörden die Vorwürfe bestätigten, aber gleichzeitig zu vertuschen versuchten und Blocher als «Anschwärzer» an die Sonntagszeitungen verrieten, gingen die Whistleblower ihrerseits an die Medien. Die Wahrheit setzte sich durch. Hildebrand musste zurücktreten, die Nationalbank-Reglemente wurden verschärft. Es war ein Beispiel demokratischer *checks and balances*.



Die Pranken der Justiz.

Blocher handelte erfolgreich im Sinne der ihm aufgetragenen «Oberaufsicht», doch er, nicht der spekulierende Notenbanker, muss sich heute mit der Justiz herumschlagen. Dass die Staatsanwälte ihr Verfahren gegen den gewählten Parlamentarier Blocher ohne Ermächtigung durch die Räte eröffneten, mit Indiskretionen an die Presse, mit Hausdurchsuchungen und dezenten Vorverurteilungen im Schweizer Fernsehen, ist beängstigend, soll hier aber gar nicht weiter vertieft werden.

Wenn also künftig einem Parlamentarier von besorgten Informanten geheime Angaben weitergeleitet werden, die – wie bei der Nationalbank – auf ein reales Problem hinweisen, dann droht sich der Parlamentarier nur schon deshalb strafbar zu machen, wenn er seinen Informanten zuhört. Der gummiweiche Vorwurf der «Anstiftung» oder, noch vager, der «Beihilfe» zum Geheimnisverrat ist je nach politischer Interessenlage leicht konstruiert. Der Ständeratsausschuss findet, die Anhörung von Informanten und allenfalls die Weiterleitung von brisanten Informationen an den Bundesrat gehörten nicht zum immunitätsgeschützten Kernbereich der parlamentarischen Arbeit. Das ist, mit Verlaub, abwegig bis lächerlich.

Die Kommission hat eine Einfallschneise geöffnet für politisch übermotiviert Staatsanwälte, die, wie in diesem Fall, im Einklang handeln mit den kritisierten Behörden (Bundesrat/Bankrat). Das macht den Entscheid über den Fall Hildebrand hinaus staatspolitisch bedenklich und aus demokratischer Sicht gefährlich.

Welcher nationale Parlamentarier wird es nach der Lex Blocher noch wagen, ihm zuge-

tragene Missstände gegenüber dem Bundesrat oder anderen Behörden anzuzeigen? Blocher ist Multimilliardär und Besitzer eines erstaunlichen Durchhaltevermögens. Andere Nationalräte würden durch Strafverfahren und Hausdurchsuchungen wie beim SVP-Politiker finanziell und politisch auf kurz oder lang ruiniert. Mit seiner Anti-Blocher-Entscheidung torpediert der ständerätliche Ausschuss die Demokratie (Volksherrschaft). Er liefert kritische Volksvertreter den Klauen einer staatlichen Selbstschutzzustiz aus, die künftig unbehindert gegen Volksvertreter vorgehen darf, die behördliche Missstände aufdecken.

Wirklich exzellent ist die neue Fernsehserie «Game of Thrones» nach den Romanen des amerikanischen Fantasy-Schriftstellers George R.R. Martin (am besten auf DVD kaufen). Die Handlung spielt in einem dem europäischen Mittelalter nachempfundenen Fantasie-Grosskönigreich, das von Süden her durch barbarische Reiterhorden und Drachen, im Innern durch inzestuöse Tyrannen und von Norden her durch wiedererwachte Untote bedroht wird. Ich breche hier die Nacherzählung ab, um keine Zweifel an meiner Zurechnungsfähigkeit aufkommen zu lassen. «Game of Thrones» – Kosten pro Folge bei rund sechzig Millionen US-Dollar – ist eine der erfolgreichsten Fernsehserien der Geschichte. Auch Facebook-Gründer Mark Zuckerberg outete sich als Fan.

Worin liegt ihr Reiz? Die Serie ist spannend, glänzend gemacht, mit ausgezeichneten Schauspielern besetzt. Anders als bei Peter Jacksons Fantasy-Kracher «The Lord of the Rings» fehlt das Kindliche, Brave, auch die Esoterik. «Game of Thrones» ist düsterer, erwachsener, Trivial-Shakespeare für Leute, die abends zu müde sind, um Bücher zu lesen, aber trotzdem irgendwie das Gefühl bekommen wollen, sich glänzend unterhalten und kulturell betätigt zu haben.

Hinter der Fernsehserie steckt ein mittlerweile fünfbändiges, noch nicht abgeschlossenes Roman-Opus des Schriftstellers George R.R. Martin, 63, der zu den bestverdienenden Vertretern seines Genres gehört und mit seinem wilden Räuber-Hotzenplotz-Bart selber wie ein Produkt seiner homerischen Einbildungskraft aussieht.

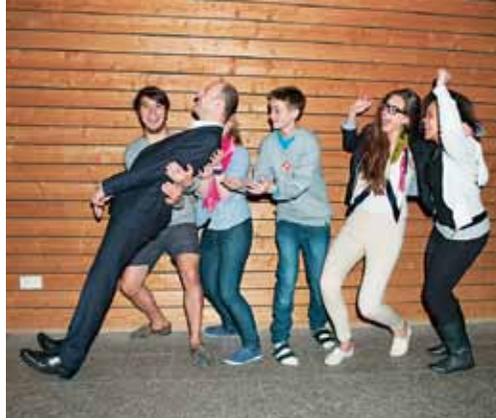
Anhand von rund tausend Figuren entwickelt er eine Handlung, die sich in vernünftigem Rahmen nicht zusammenfassen lässt, aber nur schon insofern speziell ist, als Martin vor allem sympathische Heldenfiguren immer wieder unvermittelt sterben lässt. Die interessanteste Rolle wird hervorragend vom zwergwüchsigen Schauspieler Peter Dinklage gegeben, was für eine kommerzielle Fernsehproduktion doch ungewöhnlich ist. «Game of Thrones» ist verrückt, aber intelligent. Hohes Suchtpotenzial.



Gewalt in Syrien: Regimegegner. Seite 52



Im Zweifel: SVP-Nationalrat Blocher. Seite 34



Moderne Traditionen: Internat Disentis. Seite 54



Historische Chance: Kanzlerin Merkel. Seite 48

Kommentare & Analysen

5 Editorial

11 **Kommentar** Manöver zur Übernahme von EU-Recht

11 **Im Auge** Enrico Preziosi, Spielzeughändler

12 **Kriminalität** Gewaltexzesse in Basel

15 **Personenkontrolle** Brélaz, Berset, Hutter, Widmer-Schlumpf, Steinbrück, Lagarde

15 **Nachruf** Remigi Bissig, Älpler

16 **Der erpressbare Bundesanwalt**

Der Justiz- und Politskandal Ramos/Roschacher/Holenweger soll neu untersucht werden

20 **Die Deutschen** Die Bundesrepublik liefert U-Boote an Israel

20 **Wirtschaft** Der Euro zwingt die Wirtschaft zu Reformen

21 **Ausland** Die USA verlagert sich von Europa nach Asien

22 **Mörgeli** Politbürojustiz eines Rechtsgelehrten

22 **Bodenmann** Der Siemens-Elektro-Sauber

23 **Medien** Presse-TV – das letzte TV-Abenteuer

23 **Kostenkontrolle** 45 Millionen für die Autoverlader

24 **Leserbriefe/Darf man das?**

Hintergrund

26 **Eine griechische Schere tut sich auf**

Warum wachsen die staatlichen Ausgaben doppelt so stark wie die Wirtschaft? Die Staatsrechnung 2011 gibt Auskunft

29 **«Waldau»** Das Komplott gegen den Direktor ist gescheitert

30 **«Als Bundesrat wäre ich allein»**

Jean-François Rime über Bundesräte und den Atomausstieg

32 **Grünes Kraftpaket**

Stadträtin Ruth Genner verärgert selbst Gesinnungsgenossen

34 **Formaljuristischer Nebel**

Die Strafuntersuchung gegen SVP-Nationalrat Christoph Blocher trägt alle Merkmale eines politischen Prozesses

38 **Energiepolitik** Ökostrom im Gegenwind

39 **Arbeitsmarkt** Kommt jetzt die Lohnpolizei?

40 **Die gute Ehefrau**

Warum die traditionelle Rollenaufteilung glücklicher macht

42 **Ehe** Der vielzitierte «Führer für die gute Ehefrau» von 1955

44 **Wie rette ich mein Geld?**

Antworten auf die drängendsten Frage im Euro-Desaster

47 **Währungsunionen** Von Afrika lernen

48 **Mutter Europa**

Die historische Chance von Bundeskanzlerin Angela Merkel

50 **Schumpeters später Sieg**

Rezepte eines Keynes-Zeitgenossen gegen die Wirtschaftskrise

52 **«Sie sind wie Aasgeier»**

Das geheime Killer-Kommando des syrischen Assad-Clans

54 **Die besten Internate der Deutschschweiz**

Benediktinermönche siegen im ersten *Weltwoche*-Ranking

BREITLING *for* BENTLEY

Superlative²



Breitling fertigt weltbeste Mechanikchronografen. Bentley konstruiert mythische Automobile. Die beiden Marken mit der geflügelten B-Initiale, die in ihren Bereichen Vorzügliches leisten, haben Uhren kreiert, die das Beste aus ihren Welten vereinen: Performance und Prestige. Leistungsstärke und Luxus. Eleganz und Meisterschaft. Tradition und Innovation. Altehrwürdiges Handwerk und Hightech. Die Chronografen Breitling *for* Bentley, die sich durch stilistisch erlesene Ästhetik, raffinierte Finissierungen, Chronometer-zertifizierte Werke und technische Exklusivitäten auszeichnen, sind geschaffen für Kenner und Liebhaber von Premiumuhren. Hochkarätige Motoren in edlen Karosserien.

BENTLEY GMT


LES AMBASSADEURS
THE LEADING HOUSE OF LEADING NAMES

BAHNHOFSTRASSE 64, 8001 ZÜRICH +41 44 227 17 17

BREITLINGforBENTLEY.COM



BREITLING *for* BENTLEY



«Ich funktioniere wie ein KMU»: Videokunst-Pionierin Pipilotti Rist. Seite 62

Stil & Kultur

60 Stil & Kultur «Lost in Tokyo»

62 Bestseller

62 Emanzipation durch Technik

Pipilotti Rist verdankt ihren Ruhm ihrem leichtfüssigen Umgang mit schweren elektronischen Geräten

64 Sphinx im Schlafrock

Iwan Gontscharows Meisterwerk «Oblomow» ist heute so aktuell wie damals

65 Jazz Cojazz meets Bruno Spoerri

66 Top 10

66 Kino «21 Jump Street»

67 Fernseh-Kritik «SF bi de Lüt»

68 Namen Coninx-Clan, Hotel-Geburtstag und Kunstsammler

69 MvH Mein Weltstar

69 Gesellschaft Für die Abschaffung dummer Feiern

70 Die Besten Satt im Bild und Ton

71 Thiel Pädagogen auf dem Spielplatz

71 Wein Columella 2008

73 Auto Mini Cooper SD Roadster

74 Hochzeit Egon Bahr und Adelheid Bonnemann-Böhner

Autoren in dieser Ausgabe

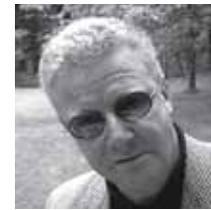
Wolfram Weimer



Der deutsche Publizist und Verleger gründete 2004 das Magazin *Cicero* und war Chefredaktor von der *Welt* sowie *Focus*. Für die *Weltwoche*

schreibt er über die deutsche Kanzlerin Angela Merkel und deren neuen Gegenspieler: Frankreichs Präsidenten François Hollande. Seite 48

Oliver vom Hove



Der Literaturkritiker war Kulturredakteur der *Wiener Presse* und später Dramaturg am Burgtheater und am Zürcher Schauspielhaus. In seinem Beitrag erklärt er, warum «Oblomow», das

Meisterwerk des vor 200 Jahren geborenen russischen Autors Iwan Gontscharow, heute wieder aktuell ist. Seite 64

Abonnenten profitieren.



Wöchentlich ausgewählte Angebote aus den Bereichen Unterhaltung, Kultur und Reisen.

www.weltwoche.ch/platinclub

DIE WELTWOCH

TOYOTA IST WAKU DOKI

Top-Leasing
1,9%
und Cash Bonus bis
Fr. 12'000.-

Yaris Hybrid ab Fr. 24'500.-*
(inkl. Fr. 3'000.- Cash Bonus)
Mit 1,9% Leasing ab Fr. 212.-/Mt.*

YARIS HYBRID



Prius+ Wagon ab Fr. 40'500.-*
(inkl. Fr. 3'700.- Cash Bonus)
Mit 1,9% Leasing ab Fr. 383.-/Mt.*

PRIUS+ WAGON



«Waku Doki!» ist Japanisch und steht für:
Freude, Begeisterung und Leidenschaft.
Genau so fühlen wir uns bei Toyota, denn
der Technologiepionier wartet mit Neuheiten auf, die Herzen
erobern. Lassen auch Sie sich begeistern.

GT86

GT86 ab Fr. 41'900.-*
Mit 1,9% Leasing ab Fr. 397.-/Mt.*



wakudoki.ch

* Empfohlener Netto-Verkaufspreis nach Abzug des Cash Bonus («Nichts ist unmöglich»-Prämie), inkl. MwSt. Im 1,9% Leasing: Leasingzins pro Monat inkl. MwSt. **Yaris Hybrid** Luna 1,5 VVT-i Hybrid Synergy Drive®, 74 kW (100 PS), 5-Türer, Fr. 27'500.- abzgl. Cash Bonus von Fr. 3'000.- = Fr. 24'500.-, Leasingzins Fr. 212.60, Ø Verbrauch 3,5 l/100 km, Ø CO₂-Emissionen 79 g/km, Energieeffizienz-Kategorie A. **Prius+ Wagon** Luna 1,8 VVT-i Hybrid Synergy Drive®, 100 kW (136 PS), 5-Türer, Fr. 44'200.- abzgl. Cash Bonus von Fr. 3'700.- = Fr. 40'500.-, Leasingzins Fr. 383.90, Ø Verbrauch 4,1 l/100 km, Ø CO₂-Emissionen 96 g/km, Energieeffizienz-Kategorie A. **GT86** 2,0 D-4S Boxer, 147 kW (200 PS), 6-Gang-Getriebe manuell, Fr. 41'900.-, Leasingzins Fr. 397.20, Ø Verbrauch 7,8 l/100 km, Ø CO₂-Emissionen 181 g/km, Energieeffizienz-Kategorie F, Ø CO₂-Emissionen aller in der Schweiz immatrikulierten Fahrzeugmodelle: 159 g/km. **Jetzt profitieren:** 1,9% Top-Leasing gilt für alle Toyota Modelle. Berechnungsbeispiele: Effektiver Jahreszins 1,92%, Leasingzins pro Monat inkl. MwSt., Vollkaskoversicherung obligatorisch, Sonderzahlung 20%, Kautions vom Finanzierungsbetrag 5% (mindestens Fr. 1'000.-), Laufzeit 48 Monate und 10'000 km/Jahr. Weitere Berechnungsvarianten auf Anfrage. Eine Leasingvergabe wird nicht gewährt, falls sie zur Überschuldung des Konsumenten führt. Cash-Bonus-Angebote sind mit dem 1,9% Top-Leasing kumulierbar. Die abgedruckten Verkaufsaktionen sind gültig für Vertragsabschlüsse vom 1. Juni bis 31. Juli 2012. Die Abbildungen zeigen zum Teil Modelle mit höherwertigen Ausstattungsvarianten. Druckfehler, Irrtümer und Änderungen vorbehalten. Alle Angaben ohne Gewähr, kein Anspruch auf Vollständigkeit. Stand Juni 2012.

Ihr allerbesten Freund, das Smartphone? Sie haben es in der Hand.

Mit dem neuen Samsung Galaxy SIII.

Ein Smartphone, das Sie besser kennt als Ihr bester Freund und sich auf Ihre Bedürfnisse einstellt. Und zusammen mit dem besten Netz holen Sie auch das Beste aus Ihrem Samsung Galaxy SIII. Dafür engagieren wir uns. Jeden Tag in der ganzen Schweiz. www.swisscom.ch/galaxy

CHF **149.-** *
32-GB-Version
exklusiv mit Swisscom



Erneut Testsieger gemäss
Fachzeitschrift connect

Schnellstes Netz gemäss
Kassensturz-Test 9/2011



swisscom



* Gilt bei Gerätekauf und gleichzeitigem Abschluss eines neuen Swisscom Abos NATEL® BeFree (CHF 169.-/Mt.). Mindestvertragsdauer 24 Monate. Preis des Gerätes ohne Abo CHF 889.-. Exkl. SIM-Karte für CHF 40.-.

Strom, Steuern, Stöhnen

Von Urs Paul Engeler — Die drei jüngsten Manöver dokumentieren die Sehnsucht von Bundesrat und Beamtenschaft, sich und die Schweiz der EU zu unterwerfen.



Mit weisser Fahne nach Brüssel: Bundesräte Burkhalter (l.), Schneider-Ammann.

Am 29. Mai warben Aussenminister Didier Burkhalter und Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann (beide FDP) vor der Aussenpolitischen Kommission (APK) des Nationalrats für die Unterstützung ihres Plans, in der Schweiz das neue Monstrum einer «Überwachungsbehörde» zu installieren. Die Kantone, Regierung und Parlament übergeordnete Administration hätte zu kontrollieren, ob die Schweiz die Verträge mit der EU exakt so umsetzt, wie Brüssel befiehlt. Diese juristische Wucherung will das freisinnige Duo ins Stromabkommen einpflanzen, über das verhandelt wird, und dann auf andere Sektoren übertragen. Die konfuse Kommission beschloss mit elf gegen neun Stimmen nur, dass sie dazu keine Meinung haben will. Burkhalter wird somit noch in diesem Monat mit dieser weissen Fahne nach Brüssel fahren – und wohl mit dem Bescheid zurückkehren, dass das künftige Protektorat weitere Zugeständnisse zu leisten habe.

Am 1. Juni verkündete Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP), en passant quasi, dass sie und ihr famoses Staatssekretariat für internationale Finanzkonzessionen den «Dialog» über die von der EU geforderte Änderung der Besteuerung von Unternehmen aufnehmen werden. Auf Nachfrage entpuppte der «Dialog» sich dann als «Verhandlung» mit der Absicht,

ausländische und Schweizer Firmen fiskalisch gleichzustellen. Christian Wanner (FDP), Präsident der kantonalen Finanzdirektoren und Widmer-Schlumpfs getreuer politischer Partner, präzisiert, dass nicht etwa die Steuern für Schweizer gesenkt, sondern jene für Ausländer angehoben werden sollen, Abwanderung hin, Abwanderung her. Das erfolgreiche und einträgliche Modell der gezielt moderaten Besteuerung von ausländischen Holdings wird – nach erfolgtem «Dialog» und nach den obligaten Nachverschlechterungen – durch die verfehlte EU-Hochsteuerpolitik ersetzt.

«Sie haben hochrangige Interessen»

Am 3. Juni schliesslich wurde den Lesern der *NZZ am Sonntag* in extenso die Jeremiade des aktuellen Schweizer Botschafters in Brüssel, Jacques de Watteville, zugemutet. In einem internen Papier, das von beflissenen Beamten – unter Zunicken des Departements – zwecks Stimmungsmache zur Publikation freigegeben wurde, stöhnte und weinte der Diplomat ohne Rückgrat. Der Ton sei so viel rauer geworden; nicht einmal mehr die Freunde der Schweiz verstünden die Schweiz; die EU habe schon Sanktionen geprüft; und die Anrufung der Ventilklause sei ein schrecklicher Fehler gewesen. Darum stehe man einer geschlosse-

» Fortsetzung auf Seite 12

Heisse Kastanie



Enrico Preziosi, Spielzeughändler.

Als Unternehmer legte Enrico Preziosi, 64, eine Glanzkarriere hin vom Haushaltgeräteverkäufer im Hinterland von Neapel zur europäischen Nummer zwei im Spielwarenhandel hinter Lego und zur Residenz in Lugano. Mit seinem Lieblingsspielzeug, dem Fussball, bekommt er ständig Scherereien. Den Klub Como Calcio, den er in die Serie A geführt hatte, liess er im Jähzorn über den Abstieg pleitegehen und kassierte dafür 23 Monate Gefängnis, die er dank einer Amnestie nie abzusitzen brauchte. Er zog weiter zum Genoa Cricket and Football Club, dem ältesten Fussballverein Italiens, und bestach mit 250 000 Euro Spieler des Gegners Venezia – seine Mannschaft wurde in die Serie C deklassiert.

Die viermonatige Haftstrafe wird verjähren. Der Fussballverband belegte Preziosi zwei Mal mit der Höchstperre von fünf Jahren. Doch niemand hat den despotischen Fanatiker am Weitermachen gehindert. Jetzt fällt sein Name im Wettskandal in einem Atemzug mit käuflichen Spielern, kriminellen Ultras, Hintermännern aus Singapur, Zockerbanden vom Balkan und Paten der Mafia. Preziosi, der Wegbereiter des Gewährenlassens, des Wegschauens und der arroganten Regelmässigung.

Als sein Klub Genoa am 22. April 0:4 gegen Siena verlor, randalierten die Ultras vierzig Minuten lang und zwangen die unehrenhaften Genoa-Spieler, ihre Trikots auszuziehen. Es war erst das Vorspiel. Das Resultat war mutmasslich getürkt. Ein einziger Spieler entging dem demütigenden Striptease: Giuseppe Sculli, 31, eine Wanderniere des Calcio, Lieblingsenkel des 'Ndrangheta-Bosses Giuseppe Morabito und mit kriminellen Fan-Rädelsführern befreundet. Abhörprotokolle und Videos belegen Scullis Kontakte zum illegalen Wettmilieu. Eine ganz heisse Kastanie.

Italiens Ministerpräsident Mario Monti hat gedroht, den Fussballsumpf mit einer Zwangspause von zwei, drei Jahren trocken-zulegen. Kein Problem für den Spielzeugmilliardär Preziosi: Er reitet sein Steckenpferd nur über die Grenze. Er ist auch Besitzer des FC Lugano.

Peter Hartmann

nen Front von Kritikern gegenüber – was nicht einmal stimmt; eben hat der tschechische Präsident Václav Klaus «Verständnis» für den Entscheid bekundet.

Dem Volk wird systematisch Angst gemacht. Finanzdirektor Wanner spricht von «drohenden massiven Retorsionen», ohne dafür ein einziges kleines Beispiel nennen zu können. De Watteville muss im Kleingedruckten zugeben, dass angedachte EU-Sanktionen gegen die Schweiz rasch verworfen worden seien, aus Angst vor einem «Eigentor». Bundesrat Schneider-Ammann schliesslich rapportierte kürzlich, er habe im Kontakt mit den zuständigen EU-Kommissaren «immer wieder erfahren», dass diese sich eine Kündigung von Verträgen «zumindest zwei- oder dreimal überlegen würden». Denn, so Schneider-Ammann, «sie haben hochrangige Interessen ihrerseits». Die Position der Schweiz ist in der internationalen Realität wesentlich besser, als Bundesräte und Beamte hierzulande immer wieder glauben machen wollen. Sie ist sogar komfortabel.

Warum aber konstruieren die Behörden die vielen Schreckgespenste, die den braven Schweizer Bürger erschrecken sollen? Ein Rückblick auf die zwanzig Jahre seit dem EWR-Nein liefert die Antwort. Der Politologe und Europaspezialist Dieter Freiburghaus hat kürzlich in einem Vortrag analysiert, dass das Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und der damaligen EG «einen zwar nicht hindernisfreien, aber doch gesicherten Zugang zum EG-Binnenmarkt» gewähre. So wie das Land seine Wirtschaftsbeziehungen global ausgebaut habe (mit und ohne Freihandelsverträge), so hätte sich nach dem Nein zum EWR auch der Handel mit dem EU-Raum entwickeln lassen. Doch es sei der Bundesrat gewesen, der 1993, bereits zwei Monate nach seiner Niederlage, das Gesuch an die EU gerichtet habe, das Land mit bilateralen Verträgen enger an den Binnenmarkt zu binden.

Die ökonomische und historische Wahrheit ist: Die bilateralen Verträge wären gar nicht nötig, um eine gedeihliche wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz zu sichern. Bundesrat und Verwaltung haben den schleichenden Anschluss an die EU gewollt und vorangetrieben. Sie nehmen die juristischen und politischen Automatismen nicht nur in Kauf, sie begrüssen und fördern diese Entwicklung. Das Ziel heisst EU.

Die konzertierten Manöver zur Übernahme von EU-Recht und EU-Steuernormen sowie die Unterwerfung unter «Überwachungsbehörden» entspringen also weniger konkretem Druck der EU als der tiefen Sehnsucht von Schweizer Magistraten, Diplomaten und Beamten, die keinen Konflikt durchstehen können und überall herzlich empfangen werden wollen, im europäischen Grossreich auf- respektive unterzugehen.

Kriminalität

Freiräume für die Gewalt

Von Alex Reichmuth — Vergewaltigungen, Massenschlägereien, Überfälle. Basel wird von einer Kriminalitätswelle überrollt. Die nachlässigen Behörden sind an den Exzessen mitschuldig.

Vergangenes Wochenende war es wieder so weit: In der Nacht auf Samstag wurde in Basel eine Frau vergewaltigt, in der Elisabethenanlage. Die Polizei fahndet nach einem dunkelhäutigen Nordafrikaner. Die Elisabethenanlage ist kein entlegener Park, sondern er liegt zentral. Wer von der Innenstadt zum Bahnhof gehen muss, kommt fast zwangsläufig hier vorbei.

Der Vorfall ist Teil einer Gewaltserie mitten in der Stadt. Schon am 31. März wurde im Schützenmattpark eine Frau vergewaltigt. Am 26. April eine am Unteren Rheinweg. Und am 20. Mai eine an der Hammerstrasse. Auffällig oft erwähnen die Opfer Afrikaner als Täter. Dazu kamen in diesem Frühling mehrere sonstige sexuelle Übergriffe, 17 Raubüberfälle, Massenschlägereien und Schiessereien. Basel ist nicht mehr sicher. Sich am Rhein auf Kleinbasler Seite aufzuhalten, rund um den Claraplatz, im Schützenmattpark oder in der Elisabethenanlage, bedeutet ein Risiko für Leib und Leben.

Bei Angriff laut schreien

Die Häufung von Gewalt in Basel ist weder zufällig noch gottgegeben. Die Leugnung des Problems sowie der lasche Umgang mit Gewalt sind schuld, dass die Kriminalität überbordet.



Auf dem Rückzug: Regierungsrat Gass.

1—Vor allem linke Politiker beschwichtigen und verniedlichen regelmässig. «Ich fühle mich in Basel immer noch sicher», sagte der basel-städtische SP-Präsident Martin Lüchinger nach Gewaltexzessen über Pfingsten. «Die Häufung von Kriminalität und Gewalt in den letzten Wochen ist für mich kein typisch baslerisches Phänomen», pflichtete Urs Müller bei, Präsident der linken Gruppierung Basta. Für die Sicherheit im öffentlichen Raum werde genug getan. Die Schönfärberei ist symptomatisch, sehen doch solche Politiker Basel als Leuchtturm für gelungene Integration. Sie können darum nicht zugeben, dass Basel ein Problem mit gewaltbereiten Ausländern hat.

2—Der oberste Verantwortliche für die Gewaltbekämpfung, Justiz- und Sicherheitsdirektor Hanspeter Gass (FDP), müsste präsent sein. Doch Gass, der bald aus der Regierung zurücktritt, ist keine Figur, die Konflikte offensiv angeht. Statt hinzustehen und der Gewalt den Kampf anzusagen, lässt er sich durch seinen Sprecher entschuldigen. «Fast scheint es, als ob der Justizdirektor nach seinem angekündigten Rücktritt mit seinem Job innerlich abgeschlossen hat», kommentierte die *Basler Zeitung*.

3—Die Staatsanwaltschaft warnt die Bevölkerung vor Gewalt an gefährlichen Orten, statt diese zu bekämpfen. «Ich würde niemandem raten – weder Männern noch Frauen –, in der Nacht durch irgendwelche Parks zu gehen», mahnte Peter Gill, Medienchef der Staatsanwaltschaft. Sein Kollege René Gsell gab Tipps, wie man sich verhalten solle, falls man angegriffen werde – etwa laut schreien. Solche Botschaften sind fragwürdig. Die Behörden signalisieren damit, dass sie vor der Gewalt kapitulieren und rechtsfreie Räume mitten in der Stadt akzeptieren.

Am letzten Wochenende fand in Basel nicht nur eine weitere Vergewaltigung statt, sondern auch eine weitere illegale Party. Auf einem Areal in Kleinbasel feierten etwa tausend Personen. Anwohner reklamierten wegen Lärms. Etwa dreissig Vermummte reagierten aggressiv auf die anrückende Polizei. Diese wurde mit Steinen beworfen. Trotzdem löste die Polizei die Ansammlung nicht auf. Begründung: Die Menge habe «hauptsächlich aus zufälligen Partygängern» bestanden. Hier zeigt sich wieder diese Laschheit der Behörden, die auch dafür verantwortlich ist, dass Vergewaltiger, Schläger oder Drogenhändler in Basel kaum etwas zu befürchten haben.

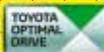
Mit 1,9% Leasing ab
Fr. 132.-
pro Monat*

DAS WAKU DOKI AUTO: DER iQ FÜR FR. 13'990.-



Der smarte iQ Waku Doki

Quicklebendig, wendig, fröhlich, geräumig und fünf Sterne im NCAP-Sicherheitstest – alles auf weniger als drei Metern Länge. Der Toyota iQ ist unvergleichlich clever konstruiert. Und nur die Schweizer haben mit dem iQ Waku Doki noch ein Highlight mehr: **den Waku Doki Bestpreis von Fr. 13'990.-***



Mehr Infos?
wakudoki.ch

*iQ Terra 1,0 VVT-i, 50 kW (68 PS), 2-Plätzer, Fr. 13'990.-, Leasingzins Fr. 132.60, Ø Verbrauch 4,41/100 km, Ø CO₂-Emission 99 g/km, Energieeffizienz-Kategorie A, Ø CO₂-Emission aller in der Schweiz immatrikulierten Fahrzeugmodelle: 159 g/km. Abgebildetes Fahrzeug: iQ Sol 1,33 Dual VVT-i, 72 kW (98 PS), 4-Plätzer, Fr. 21'490.-, Leasingzins Fr. 203.70. Abbildungen und Beschreibungen enthalten zum Teil aufpreispflichtige Optionen. **iQ Waku Doki Bestpreis gültig bis 31. Dezember 2012.**

Highlights

- Bis zu 4 grosszügige Sitzplätze auf nur 2,99 m Länge
- Keine Kompromisse bei der Sicherheit
- Geniales Innenraumkonzept für grosszügiges Raumgefühl
- Erstklassiger Insassenschutz dank 9 Airbags
- 5-Sterne-Bewertung im Euro NCAP-Sicherheitstest
- Hohe Fahrsicherheit dank Stabilitäts- und Traktionskontrolle

Sie möchten einen iQ Waku Doki gewinnen?

Dann nichts wie los an die Toyota Waku Doki Days vom 29. bis 30. Juni 2012.

Gewinnen Sie den iQ Waku Doki während der Toyota Waku Doki Days. Da können Sie ausserdem die komplette Toyota Vollhybrid-Palette und das rasante Sportcoupé GT86 testen. Einfach den Coupon ausschneiden, ausfüllen und am 29. oder 30. Juni 2012 bei Ihrem Toyota Partner abgeben. Alles Weitere macht die Glücksfee. Und den nächsten Toyota Partner finden Sie unter www.wakudoki.ch.

Waku Doki steht für:

(Bitte nur eine Antwort ankreuzen)

- Begeisterung, Freude, Leidenschaft!
- Einen japanischen Energy-Drink
- Eine Maikäferart aus Hokkaido

Vorname und Name

Adresse

PLZ/Ort

E-Mail

Teilnahmebedingungen: Teilnehmen können alle natürlichen Personen ab 18 Jahren mit gültigem Personenwagen-Führerausweis und Wohnsitz in der Schweiz oder im Fürstentum Liechtenstein, ausgenommen die Mitarbeitenden der Toyota AG, der ihr angeschlossenen Vertreterorganisationen und der beauftragten Agenturen. Die Gewinner werden unter notarieller Aufsicht durch das Los ermittelt und schriftlich benachrichtigt. Eine Barauszahlung des Gewinns ist nicht möglich. Es besteht keine Kaufverpflichtung für die Teilnahme an der Verlosung. Über diesen Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Teilnahmeschluss ist der 15.07.2012.

Ich stimme zu, dass meine Adresse von Toyota AG zu Marketingzwecken verwendet werden kann. Die Daten werden nicht an Dritte weitergegeben.



Orientalischer Genuss in Istanbul.

Kulinarikreise für Weltwoche-Leser: Die osmanische Küche zwischen Orient und Okzident – traditionell bis modern: Donnerstag, 4. 10., bis Sonntag, 7. 10. 2012.

Märchenhaft thronet Istanbul mit seinen Moscheen, Basaren und der bunten Mischung aus Tradition und Moderne am Bosphorus. Erleben Sie die einmalige Atmosphäre und die kulinarischen Schätze der osmanischen Kultur. Geniessen Sie den Gegensatz zwischen einer nach jahrhundertalten Rezepten zubereiteten Küche und den eleganten Kreationen des ersten Michelin-Sterne-Kochs des Landes. Sie besuchen die lokalen Gewürzmärkte und degustieren regionale Weine bei einer Bootsfahrt auf dem Bosphorus.

Donnerstag, 4. 10. 2012

Abflug am Morgen ab Zürich mit Ankunft am Mittag in Istanbul und Check-in im Hotel. Danach Besuch des Istanbul-Kochinstituts mit Führung durch den Besitzer, einen bekannten Kochbuch-Autor, der Ihnen beim Abendessen Wissenswertes über die türkische Küche präsentiert und seine Kochbücher vorstellt.

Freitag, 5. 10. 2012

Am Morgen unternehmen Sie eine private Bootstour auf dem Bosphorus mit Einblicken in die türkische Weinproduktion durch einen Sommelier bei einer geführten Weindegustation. Bei einem Halt auf der asiatischen Seite schlendern Sie durch die bekannteste Gourmet-Gasse und können sich von den Köstlichkeiten verzaubern lassen. Individuelles Mittagessen und Besichtigung einer 200-jährigen Konditorei, wo Sie die hauseigenen Spezialitäten degustieren. Start in den Abend mit einem

Aperitif und anschliessend Genuss von modern interpretierter türkischer Küche im privaten Diningroom des ersten Michelin-Sterne-Kochs des Landes.

Samstag, 6. 10. 2012

Am Morgen private Stadtführung durch Istanbul mit Besichtigung von Hippodrom-Platz, German Fountain, Blauer Moschee, Hagia Sophia, Topkapi-Palast und der Yerebatan-Zisterne. Danach geniessen Sie Ihr Mittagessen in einem lokalen Restaurant, bevor Sie die versteckten Gassen um den Gewürzmarkt erkunden und hinter die Kulissen des Geschehens blicken. Individuelles Abendprogramm.

Sonntag, 7. 10. 2012

Individuelles Erkunden des Grossen Basars oder traditionell türkischer Badegang im Hamam aus dem 16. Jhdt. Danach Mittagessen im Chora-Kloster, wo Sie typisch osmanische Gerichte geniessen – zubereitet nach historischen Rezepten, die im Topkapi-Palast gefunden wurden. Transfer zum Flughafen und Abflug mit Ankunft am Abend in Zürich.

Spezielle Erlebnisse

- Führung im Istanbul-Kochinstitut
- Besuch der kulinarischen Märkte
- Dinner beim ersten Michelin-Sterne-Koch
- Weindegustation auf dem Bosphorus
- Essenz gegensätzlicher Küchenkunst
- authentische osmanische Küche

Weltwoche-Spezialangebot

Kulinarikreise für Weltwoche-Leser: «Orientalischer Genuss in Istanbul»
Donnerstag, 4. 10. bis Sonntag, 7. 10. 2012

Reisearrangement/Preis

Für Abonnenten: Fr. 2230.–
Für Nichtabonnenten: Fr. 2430.–
Teilnehmerzahl: max. 16 Personen

Detailprogramm/Anmeldeformular

Detaillierte Informationen zum Reiseprogramm finden Sie unter www.weltwoche.ch/platinclub

Anmeldung/Anmeldeschluss

Unter www.weltwoche.ch/platinclub oder direkt bei Seventhaven
Anmeldeschluss: 3. 7. 2012

Veranstalter

Reiseveranstalter ist die auf Kulinarikreisen spezialisierte Boutique-Reiseagentur Seventhaven Switzerland Ltd. in Zürich.
www.seventhaven.ch
Telefon: 044 777 70 70
E-Mail: info@seventhaven.ch

Personenkontrolle

Brélaz, Berset, Hutter, Widmer-Schlumpf, Steinbrück, Lagarde

Dass der beliebte Lausanner Stadtpräsident und grüne Nationalrat **Daniel Brélaz** am 12. September als «Ehregast» im Berner Luxushotel «Bellevue» die «Swiss Wine Night» eröffnet, erstaunt den interessierten Laien nicht. Dass hingegen auch Gesundheitsminister **Alain Berset** (SP), der Wasser predigt und derzeit ein rigoroses Präventionsgesetz durch die unwilligen Räte peitscht, sich als «Invité d'Honneur» durch «den Reichtum der Schweizer Weine» trinken wird, macht selbst Fachleute stutzig. Eine Erklärung könnte sein, dass Berts Schwiegervater lange Jahre als Weinverkäufer (vorwiegend teure Tropfen aus dem



Lange «Nacht des Schweizer Weins»: Berset.

Bordeaux) gearbeitet hat. Das zweite, näherliegende Motiv ist finanzpolitisch. Berts Bundesamt für Gesundheit (BAG) unterstützt die «Schweizer Genusswoche», die diesen Alkoholverzehr organisiert, jährlich mit 20 000 bis 50 000 Franken. Ende Jahr, nach der langen «Nacht des Schweizer Weins», muss Berset entscheiden, ob er die Gilde der welschen Gourmands weiterhin mit Steuergeld subventionieren will. (upe)

FDP-Nationalrat **Markus Hutter** hatte die gute Idee zuerst. Mit einer Motion forderte er den Bundesrat im Juni 2011 dazu auf, als erstes Land in Europa ein Währungsabkommen mit China abzuschliessen. Davon hätte die Schweizer Wirtschaft profitiert, denn die Transaktionen mit einem wichtigen Handelspartner wären ohne den bislang unumgänglichen Umweg über den US-Dollar einfacher und kostengünstiger geworden. Ausserdem wäre das Währungsrisiko gesunken. Doch im trägen Berner Betrieb blieb Hutters Motion, obwohl vom Nationalrat überwiesen, ohne Spuren. Das Departement von Bundesrätin **Eveline Widmer-Schlumpf** verschlief die Angelegenheit. Die Folge: England war schneller. Widmer-Schlumpfs Beamte, so scheint es, sind zu sehr mit der Opferung des Finanzplatzes



Gute Idee: FDP-Nationalrat Hutter.

beschäftigt, als dass sie sich um die Belange der Importeure und Exporteure kümmern könnten. (fsc)

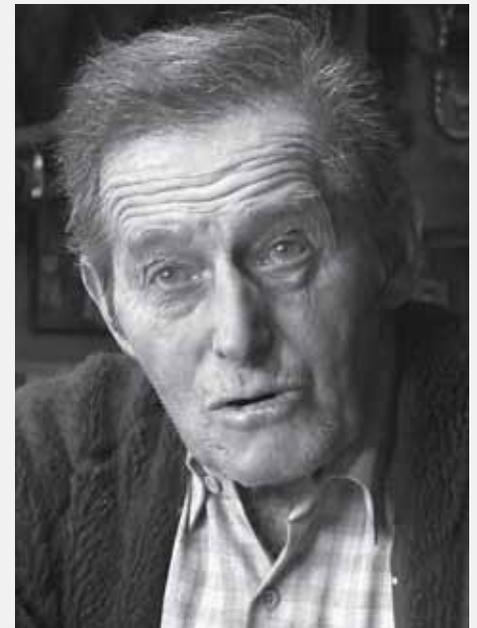
Er möchte Kanzler werden und prahlt bei den deutschen Sozialdemokraten mit seiner Wirtschaftskompetenz: Der ehemalige Finanzminister **Peer Steinbrück**. Doch das Bild des Vorzeige-Sozialdemokraten bekommt Kratzer: Steinbrück sitzt im Aufsichtsrat von Thyssen Krupp, ausgerechnet demjenigen Unternehmen im Deutschen Aktienindex (DAX), das in diesem Jahr am schlechtesten rentiert hat (minus 30 Prozent). Anlagetipp: Steinbrück verkaufen. (fsc)

IWF-Direktorin **Christine Lagarde** machte jüngst auf sich aufmerksam, indem sie in einem Interview mit der britischen Zeitung *Guardian* die Griechen aufforderte, endlich ihre Steuern zu zahlen («Die Griechen sollen Verantwortung übernehmen und sich gemeinsam selber helfen»). Damit, so meinte die französische Politikerin, liessen sich die prekären Staatsfinanzen des Landes ein wenig entlasten. Lagarde selbst hat gut reden, denn als Chefin der internationalen Organisation bezieht sie ein Einkommen von 467 940 US-Dollar – und zwar steuerfrei. Nach der «Konvention über Privilegien und Immunitäten besonderer Agenturen» vom 21. November 1947 ist das Einkommen der Mitarbeiter der meisten internationalen Organisationen, darunter des IWF in Washington, steuerfrei. Von der Regelung profitieren auch sämtliche Mitarbeiter der in Genf ansässigen Organisationen UNO, WTO, ILO (International Labour Organization) und des in Bern ansässigen Weltpostvereins. (fsc)



Über 467 000 Dollar steuerfrei: Lagarde.

Nachruf



Mystischer Tellensohn: Äpler Bissig.

Remigi Bissig (1926–2012) — Er kämpfte weder gegen den EU-Beitritt noch gegen den EWR, nicht einmal für die Alpeninitiative. Mit Leib und Seele war er Äpler. Der Urner Remigi Bissig aus Isenthal, geboren am 19. November 1926, setzte sich 1974 als Bürgerratspräsident dickschädlich gegen die Beseitigung alten forstlichen Herkommens ein. Es ging um das *Husholz* (zum Anfeuern), das *Hagholz* (zum Heckenmachen) und das *Buholz* (zum Bauen): «Nein, Herr Oberförster, das kann ich nicht gestatten, das ist gegen das Landbuch.» Auf diesem Niveau hat vor 550 Jahren ein mystischer Bauer namens Klaus von Flüe politisiert.

Den Sommerabend beschloss Remigi Bissig mit dem *Betruf*, dem Alpsegen. Einmal streifte ihn ein Blitz an der Wange. Er behielt eine steife Oberlippe. Die bemerkenswerteste Eigenschaft, die er sich in vierzig Alpsommern angeeignet hatte, war der Blick in die unsichtbare Welt. Wer sonst wäre noch in der Lage gewesen, den «Manschettler» reiten zu hören oder den Atem des «Dreckbätschlers» zu spüren? Und wenn er vom «Grissjuni» erzählte, jenem Potentaten, der keine Rücksicht auf alte Heurechte nahm, lebte Tells Oppositionsgeist als Mahnmal für die Gegenwart auf.

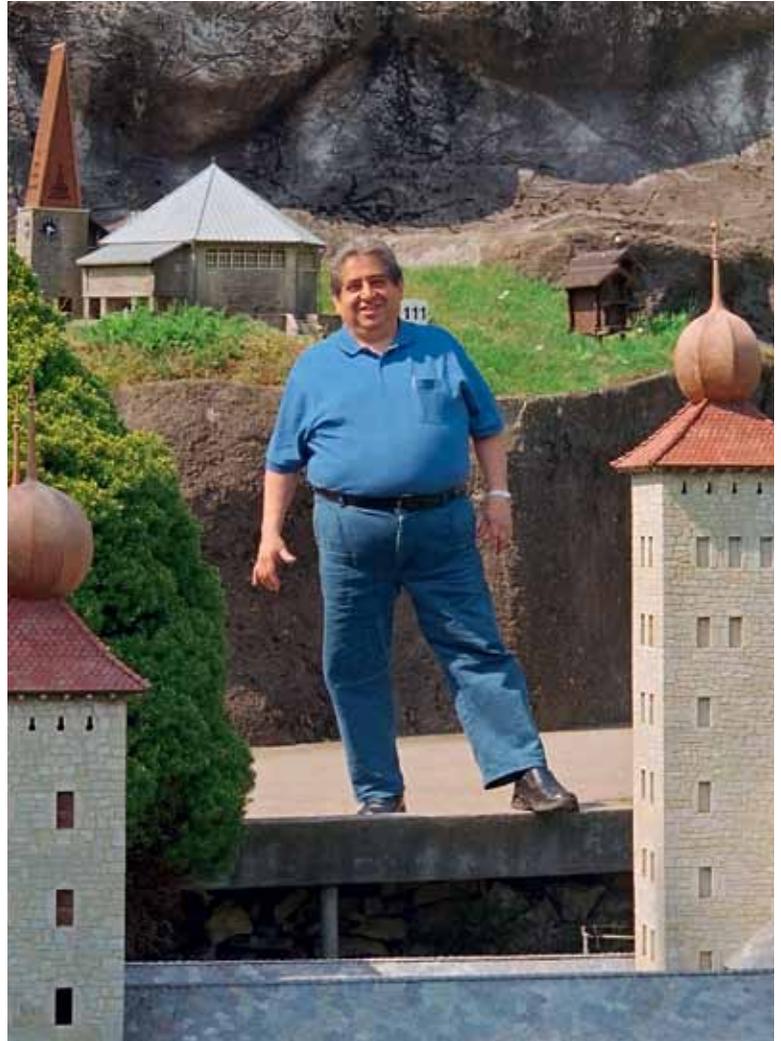
Remigi Bissig wurde eine der wichtigsten Gewährspersonen in Edwin Beelers Dokumentarfilm «Arme Seelen» von 2011. Als *native speaker*, Originalsprecher einer Epoche überschaubarer Freiheit, ist dieser belebte Äpler schwerer zu ersetzen als CEOs oder Bundesräte. Als Braunviehexperte hat er auch mal die Türkei gesehen. Am Pfingstsonntag vertauschte der begnadete Mann das Leben mit dem Tode. *Pirmin Meier*

Showdown in der Waldhütte

Von Philipp Gut — Im epischen Justiz- und Politskandal Ramos/Roschacher/Holenweger ist vieles im Dunkeln geblieben, offizielle Berichte sind lückenhaft bis falsch. Jetzt soll der Fall neu untersucht werden. Recherchen zeigen: Ex-Bundesanwalt Roschacher war durch Rotlicht-Kontakte erpressbar.



Illegaler Einsatz: ehemaliger Bundesanwalt Roschacher.



Wollte Millionen: Drogenhändler und Doppelagent «Ramos».

Geri Müller ist es nicht mehr wohl in seiner Haut. Der grüne Aargauer Nationalrat war Mitglied der Geschäftsprüfungskommission (GPK), die den sogenannten Fall Holenweger untersuchte (wir kommen darauf zurück). Doch mit den Ergebnissen, die er und seine Parlamentarierkollegen unter dem Vorsitz von Lucrezia Meier-Schatz (CVP) im Jahr 2007 vorgelegt haben, kann sich Müller nicht (mehr) identifizieren. Der GPK-Bericht müsse «heute als unvollständig bezeichnet und in wesentlichen Teilen als falsch beurteilt werden», schreibt der grüne Politiker in einer parlamentarischen Initiative selbstkritisch. Der GPK, dem höchsten parlamentarischen Aufsichtsorgan, seien «Informationen bewusst und illegalerweise vorenthalten» worden. Mehr noch: Die schweizerischen Strafverfolgungsbehörden hätten «wider besseres Wissen falsche Antworten gegeben», so Müller.

Die Vorstellung, dass der Bericht als das in die Geschichte eingeht, was er ist – nämlich unvollständig, irreführend und über weite Strecken unwahr bis «falsch» –, ist für den aufrechten Grünen unerträglich. Der Fall müsse neu aufgerollt werden. Zu diesem Zweck fordert Müller die «Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) betreffend Nicht- und Falschinformation der schweizerischen Strafverfolgungsbehörden im Fall Ramos (1998–2007)», wie es in der Initiative heisst. Am Montag, 11. Juni 2012, wird Müllers Vorstoss im Büro des Nationalrats besprochen werden. Später soll das Parlament über die Einführung einer PUK entscheiden.

Die jüngste Wende in diesem juristischen und politischen Endlos-Skandal ist bemerkenswert. Einerseits, weil es eher selten ist, dass Politiker über ihren Schatten springen und aktiv dazu beitragen, Irrtümer und Fehler der Ver-

gangenheit auszuräumen. Andererseits, weil jetzt die Chance besteht, Licht in eines der dunkleren Kapitel der Schweizer Justizgeschichte zu bringen und eine beispiellose Folge von Fehlleistungen durch die Behörden zumindest ansatzweise zu korrigieren. Auch die Geschäftsprüfungsdelegation (GPDel), die den Fall von der GPK übernahm, hat bisher nichts zu dessen Aufklärung unternommen und die peinliche Angelegenheit versanden lassen – was kein Wunder ist, handelt es sich doch teilweise um dasselbe Personal (so hätte etwa das ehemalige GPK-Mitglied Claude Janiak von der SP sein eigenes Verhalten untersuchen müssen).

«Wir sind jetzt alle Zwerge»

Worum geht es? Der Fall Ramos beschäftigt Politik, Justiz, Öffentlichkeit und Medien des Landes seit Jahren; auch die *Weltwoche* spielte dabei eine Rolle, indem sie publik machte,

dass die Strafverfolgungsbehörden mit einem kolumbianischen Drogenhändler – eben «Ramos» – zusammenarbeiteten, der gleichzeitig Agent für die USA war. Ramos alias Alex alias Jairo Sandoval wurde vom ehemaligen Bundesanwalt Valentin Roschacher in die Schweiz geholt. Das Ex-Mitglied des Medellín-Kartells behauptete, der Zürcher Privatbankier Oskar Holenweger wasche Drogengeld – worauf die Bundesanwaltschaft ein Verfahren gegen Holenweger eröffnete. Der Anfangsverdacht, der sich einzig und allein auf die Aussagen von Ramos stützte, erwies sich als erfunden und konstruiert – im April vergangenen Jahres wurde Holenweger vom Bundesstrafgericht auf der ganzen Linie freigesprochen.

Das klare Verdikt war eine Ohrfeige für die Bundesanwaltschaft (BA), die Bundeskriminalpolizei (BKP), das Bundesamt für Polizei (Fedpol) und für die GPK. Angestachelt von einer ausser Kontrolle geratenen und – wie sich zeigen sollte – selber tief in den Fall verwickelten Bundesanwaltschaft, versuchte die parlamentarische Aufsicht unter der Leitung von Lucrezia Meier-Schatz aus der Affäre einen Fall Blocher zu zimmern. Der damalige Justizminister, so schlossen die Parlamentarier aus privaten Notizen des Bankiers Holenweger, sei in ein Komplott gegen Bundesanwalt Roschacher verwickelt. Auch dieser Verdacht, der mit zur Abwahl Blochers aus dem Bundesrat führte, erwies sich als falsch und fiel in kurzer Zeit in sich zusammen. «Wir sind jetzt alles Zwerge», beschrieb GPK-Mitglied Marc F. Suter (FDP) die Stimmungslage, nachdem die Komplott-Theorie sich in Luft aufgelöst hatte.

Zurückgeblieben ist ein Scherbenhaufen – und viele offene Fragen. Bundesanwalt Roschacher musste zurücktreten, viele seiner Kollegen setzten sich ab und traten anderswo wieder ein Amt an, sei es als Regierungsrat (FDP-Mann Claude Nicati in Neuenburg) oder als Staatsanwalt (Michel-André Fels, ebenfalls FDP, in Bern und Alberto Fabbri, CVP, in Basel-Stadt).

Bundesanwaltschaft verweigert Auskunft

Für den Grünen Geri Müller ist klar, dass man die Intrigen und Irrtümer der Vergangenheit nicht einfach auf sich beruhen lassen kann. Das einzige Mittel, sich endlich der «Wahrheit» anzunähern, sei eine PUK. Es gehe darum, das Vertrauen «in staatlich relevante öffentliche Stellen wie Bundesanwaltschaft und Bundeskriminalpolizei» wiederherzustellen, heisst es in Müllers parlamentarischer Initiative. Nur eine PUK verfüge über die dazu notwendigen Mittel. Ihre Untersuchungen haben – im Gegensatz zu jenen der GPK – Ermittlungscharakter; was Befragte vor ihr zu Protokoll geben, kommt einer eidesstattlichen Erklärung gleich. Mit andern Worten: Nur eine PUK besitzt die juristischen Zwangsmittel, um auch gegen Widerstand der Betroffenen Untersuchungen durchführen zu können.

Wie sehr dies nötig wäre, zeigt das Beispiel von Thomas Wyser, der die Bundesanwaltschaft in der sogenannten Task Force Guest vertrat. Diese war auf Antrag Valentin Roschachers eigens dazu gegründet worden, den verurteilten Drogenkriminellen und Doppelagenten Ramos alias Alex alias Jairo Sandoval zu «führen», wie es in einem internen Dokument heisst. Aus den GPK-Protokollen, die der *Weltwoche* vorliegen, geht hervor, dass sich Wyser komplett weigerte, Auskunft über den Fall Ramos zu geben. Er berief sich auf das Zeugenverweigerungsrecht und verabschiedete sich nach wenigen Minuten wieder. Als ihm die GPK darauf erneut einen Fragekatalog zusandte, antwortete Wyser mit Datum vom 15. November 2007 schriftlich an Lucrezia Meier-Schatz: «In der Sache selbst teile ich Ihnen mit, dass ich zur Beantwortung der gestellten Fragen nicht bereit bin.»

Meier-Schatz akzeptierte die Auskunftsverweigerung des massgeblich in den Fall Ramos verstrickten Staatsanwalts des Bundes – so hiess seine Funktion offiziell – und rapportierte am 28. November 2007 an die GPK:



Fordert PUK: Nationalrat Müller.

«Herr Wyser ist nicht mehr beim Bund tätig und deshalb nicht verpflichtet, Auskunft zu geben. Wir müssen seine Antwort respektieren und zur Kenntnis nehmen.» Beinahe noch erstaunlicher ist: Valentin Roschacher, der Drahtzieher des Ramos-Engagements, wurde von der GPK nie dazu befragt. Während Meier-Schatz und ihre Truppe sich irrlichternd auf Blocher einschossen, verloren sie die eigentlichen Akteure der Affäre aus den Augen.

Dass Beteiligte sich derart ungehindert und still aus dem Staub machen konnten, ohne auch nur eine kritische Frage beantworten zu müssen, ist für den Grünen Geri Müller und für Parlamentarier aus andern Parteien – etwa die Mitunterzeichner Caspar Baader (SVP), Filippo Leutenegger (FDP), Ruedi Noser (FDP), Eric Voruz (SP) – ein Grund mehr, der für die Einsetzung einer PUK spricht. Insider, welche die dubiosen Vorgänge in der Bundesanwalt-

schaft rund um die Verpflichtung von Ramos à fond kennen, gehen davon aus, dass Wyser die Bundesanwaltschaft im Oktober 2006 deshalb so abrupt verliess, dass er nicht aussagen und seinen ehemaligen Chef Roschacher belasten musste (Wyser arbeitet heute in Teilzeit bei der Staatsanwaltschaft Berner Oberland).

Abgestrittenes Geheimtreffen

Die Frage rückt immer mehr ins Zentrum: Was hat die Bundesanwaltschaft, was haben Wyser, Roschacher & Co. zu verbergen? Ein Schlüssel zur Beantwortung dieser Frage liegt im ominösen «Waldhütten-Treffen», das am 20. Mai 2003 in der Nähe von Bern stattfand (siehe *Weltwoche* Nr. 50/06). Auffällig war schon das versammelte Personal. Die ganze Corona der Schweizer Strafverfolgungsbehörden war dem Ruf des Drogendealers und Doppelagenten Ramos, der gleichzeitig für die USA arbeitete, gefolgt: Bundesanwalt Roschacher, BKP-Chef Blöchliger, Michael Jaus, der Leiter der Task Force Guest, Wyser. Bewacht wurde der Geheimklub der Spitzenbeamten von der ebenfalls geheimen Einsatztruppe Tigris in bewaffneter Vollmontur.

Was in der Waldhütte an diesem verhangenen und kühlen Mai-Dienstag besprochen und verhandelt worden ist, versuchen die Beteiligten bis heute zu verheimlichen, zu vertuschen, zu leugnen. Der Berner Jurist Rolf Lüthi, der im Auftrag des Eidgenössischen Polizei- und Justizdepartements (EJPD) einen Bericht über die Ramos-Affäre verfasste, wurde über das Treffen nicht informiert – entsprechend fehlerhaft und falsch fiel dann sein Bericht aus. Und Thomas Wyser behauptete anlässlich des Holenweger-Prozesses vor dem Bundesstrafgericht in Bellinzona auf die Frage, worum es beim «Waldhütten-Treffen» gegangen sei: «Ich weiss es nicht mehr.» Als ob es sich dabei um ein gewöhnliches Cervelat-Bräteln gehandelt hätte.

Damit sind die Ungereimtheiten in diesem Fall längst nicht zu Ende. Laut offizieller Version hätte Bundesanwalt Roschacher zu diesem Zeitpunkt im Mai 2003 längst nichts mehr mit Ramos zu tun gehabt – wie auch der Lüthi-Bericht festhielt. Doch auch dies erwies sich als gezielte Desinformation. Roschacher war dabei – und er war, neben Ramos, sogar die Hauptperson der klandestinen Zusammenkunft.

270 000 Franken «Spesen»

Was wollte Ramos von den Schweizer Behörden? Warum traf sich nicht einfach sein «Handler», wie es im Fachjargon heisst, mit ihm in irgendeiner McDonald's-Filiale? Warum arrangierten Bundesanwaltschaft und Bundeskriminalpolizei das aufwendige Treffen in der Waldhütte? Weshalb wurde dazu die Sondereinheit Tigris aufgeboden? Wieso waren die Chefs von Bundesanwaltschaft und Bundeskriminalpolizei höchstpersönlich mit von der Partie? >>>

Ramos habe mehr Geld gefordert, heisst es in einem vertraulichen Bericht der Bundeskriminalpolizei vom 12. September 2003. Aufgrund «moralischer Verpflichtungen» (!) gewähre man ihm einen Zuschuss von 2500 Dollar. Insgesamt liess sich die Schweiz die zweifelhaften Dienste des Drogenbarons Hunderttausende von Franken kosten.

Im nicht veröffentlichten, aber der *Weltwoche* vorliegenden «Anhang» zum erwähnten Lüthi-Bericht wird darüber detailliert Auskunft gegeben – falls die Angaben denn stimmen. Abgerechnet wurde über den Budgetposten «Task Force Guest» «via die Buchhaltung der Abteilung Spezialeinsätze/Kommissariat für verdeckte Ermittlungen bei der BKP», wie es im Lüthi-Anhang heisst. Ramos bekam total Fr. 271 559.80, deklariert als «Spesen». Für «eine Reise nach Kolumbien» erhielt er 14 000 Franken, zudem gab man ihm bei der Abreise aus der Schweiz 3800 Franken «Starthilfe» mit auf den Weg. Ein interessantes Detail am Rande: Obwohl Ramos zuerst einen L- und dann einen B-Ausweis (Niederlassungsbewilligung) erhielt, bezahlte er weder Steuern noch Sozialversicherungsbeiträge. Zur Begründung wird in den Akten angeführt, es sei darum gegangen, «jede Art von Spur» zu vermeiden.

Ramos spricht von Millionen-«Deal»

Doch ist es wirklich plausibel und vernünftig, für 2500 Franken Zusatzschädigung einen derartigen Aufwand zu treiben? Allein die Einsatzkosten der Sondereinheit Tigris überstiegen diesen Betrag um ein Mehrfaches, abgesehen von der teuren Arbeitszeit der Chefs von BKP und Bundesanwaltschaft sowie der weiteren involvierten Top-Beamten. Das massive, waffenklirrende Aufgebot der Behörden hat keinen Sinn, wenn es nur um diese banale Frage und den relativ geringfügigen Betrag ging.

Worum aber ging es dann? Auch diese Frage möchte der grüne Nationalrat Geri Müller von einer PUK mit ihren weitreichenden Ermittlungsbefugnissen geklärt haben. Hinweise, in welche Richtung zu recherchieren wäre, verdichten sich.

In einem der *Weltwoche* vorliegenden E-Mail von Ramos an seinen US-Anwalt Jeffrey P. Manciangli aus Atlanta, Georgia, spricht der Drogendealer und Doppelagent von «10 Prozent» der Salinas-Gelder, die ihm die Schweizer Behörden versprochen und offeriert hätten. Zur Erinnerung: Im Zuge des sogenannten Salinas-Falles hatten die damalige Bundesanwältin Carla Del Ponte und ihr Zögling und Nachfolger Roschacher in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre erstmals Kontakt zu Ramos geknüpft, der damals in den USA im Gefängnis sass. Das fragliche Salinas-Vermögen belief sich auf 132 Millionen Dollar – und davon wollte Ramos 10 Prozent, mindestens (an andern Stellen ist gar von 15 Prozent die Rede). «Das ist der Deal», schreibt Ramos in der er-



Im Milieu: Roschacher (2. v. l.) mit «Lina».

wähnten E-Mail. Je nach Wechselkurs wären das bis zu 20 Millionen Franken. In einem Memorandum, das der *Weltwoche* ebenfalls vorliegt, erwähnt sein Anwalt Manciangli, «dass Ramos für einen so niedrigen Betrag», wie ihn die Schweizer Behörden bezahlt hatten – immerhin über 270 000 Franken für etwas mehr als ein Jahr Spitzeldienst –, «niemals in die Schweiz gegangen wäre». Ramos sei «greedy», also notorisch geldgierig, so sein Anwalt.

Dass die Idee einer Erfolgsprämie den Schweizer Behörden tatsächlich nicht fremd war, belegt ein Briefwechsel zwischen Bundesanwalt Roschacher und seinem Nachfolger Erwin Beyeler, damals noch Chef der Bundeskriminalpolizei, vom Sommer 2002. Darin schreibt Beyeler ausdrücklich von einer «Prämie» für Ramos (*Weltwoche* Nr. 15/11). Wie hoch diese Extrazahlung war und ob sie jemals überwiesen wurde – auch das müsste Gegenstand der Ermittlungen einer PUK sein. Zu

«Warum wurde Bundesanwalt Roschacher zu diesem mysteriösen Treffen gezwungen?»

prüfen wäre auch, ob in diesem Zusammenhang Dokumente unterschlagen wurden, die den von Ramos und seinem Anwalt erwähnten «Deal» regeln.

Das bewaffnete Grossaufgebot beim «Waldhütten-Treffen» legt die Vermutung nahe, dass Ramos erheblichen Druck auf die Schweizer Behörden ausgeübt hat. Kenner des Falls weisen darauf hin, dass der Drogenbaron versucht haben könnte, Roschacher zu erpressen. Der Grund für diese Vermutung liege darin, dass Roschacher damals regelmässig im Zürcher Rotlichtmilieu verkehrt habe – wo sich auch Ramos niedergelassen hatte. Tatsächlich besuchte Roschacher, wie mehrere voneinander unabhängige Zeugen bestätigen, regelmässig ein Etablissement am Bleicherweg 74, das als Dessous- und Fotostudio getarnt war, im Hintergrund aber als Bordell diente. Meh-

rere Mädchen, die zunächst in der Dessous-Galerie zu sehen waren, tauchten später auf expliziteren Seiten und in Sexstudios auf.

Gefährliche Liaison

Dazu gehörte auch eine gewisse «Lina», eine Italienerin und Gelegenheitsprostituierte, mit der Roschacher ein längeres Verhältnis unterhielt. In einem Artikel in der Zeitschrift *Facts* vom 15. Februar 2001 sind Roschacher und «Lina» sogar zusammen auf einer Fotografie zu sehen – anlässlich eines Weihnachtssessens der Allfinanz Zentrum AG im Zürcher Restaurant «Casa Aurelio». Vier der damals anwesenden Personen wurden kurze Zeit später verhaftet, darunter Roschachers Freund Ernst Imfeld. Dem Ex-Direktor der Bank Leumi wurde vorgeworfen, Kundengelder veruntreut zu haben (das Verfahren ist nach wie vor hängig). Laut Insidern liess sich «Lina» ihre Dienste über ein Konto bei der Bank Leumi honorieren. Imfeld wies im Bekanntenkreis gern mit Stolz auf seine Freundschaft mit dem Bundesanwalt hin, dessen Kontakt er offenbar als nützlich erachtete.

Die Verbindungen Roschachers zum Rotlichtmilieu sind im Zusammenhang mit dem Fall Ramos relevant, weil sie den damaligen Bundesanwalt angreif- und erpressbar machten. Es ist kaum denkbar, dass Drogenbaron Ramos, der zur selben Zeit im einschlägigen Restaurant «Sonne» in unmittelbarer Nähe zur Langstrasse Hof hielt, von Roschachers regelmässigen Milieubesuchen nicht Kenntnis erhielt. Diese Zusammenhänge deutet Geri Müller an, wenn er in seiner parlamentarischen Initiative fragt: «Warum wurde Bundesanwalt Roschacher zu diesem mysteriösen Treffen gezwungen? Was waren die wirklichen Hintergründe des Treffens des Bundesanwalts mit Ramos und Anwalt in einer Waldhütte? Warum konnte sich einer der teilnehmenden Staatsanwälte anlässlich der Zeugenbefragung vor dem Bundesstrafgericht nicht mehr an den Inhalt dieses Treffens erinnern?»

Ob Ramos wirklich versucht hat, Roschacher und die Schweizer Behörden zu erpressen – oder ob diese sogar erpresst worden sind: Das kann nur eine PUK untersuchen. Gleichzeitig müsste sie die Frage klären, warum die beteiligten Hauptakteure – Roschacher, Blöchliger & Co. – nicht zur Verantwortung gezogen wurden. Das Bundesstrafgericht hielt klar und deutlich fest, der Einsatz von Ramos sei illegal gewesen. Und der sogenannte Keller-Bericht beurteilte die nachrichtendienstliche Tätigkeit für eine fremde Macht – die USA – als Officialdelikt. Geschehen ist bisher nichts. Für die PUK, so sie denn kommt, bleibt viel zu tun.

Valentin Roschacher antwortete bis zum Redaktionsschluss nicht auf Fragen der *Weltwoche*. ○

WAKUDOKI DAYS

29./30.
Juni

Toyota ist Waku Doki, und das feiern wir mit
Ihnen am **29. und 30. Juni 2012**
an unseren **Waku Doki Days!**

Wir präsentieren Ihnen unsere neuesten Modelle, die
qualitative Massstäbe setzen UND das Herz begeistern.
Es erwarten Sie attraktive Cash-Prämien, Kundenvorteile
auf Sondermodelle, Top-Leasing-Konditionen, Probefahrten
und viele tolle Überraschungen – alles bei
Ihrem Toyota Partner. Besuchen Sie uns auf
www.wakudoki.ch und erfahren Sie mehr!

wakudoki.ch

Böse Waffen

Von Henryk M. Broder — Die Bundesrepublik liefert U-Boote an Israel. Das ist ein Skandal.



Griechenland gehört zur Nato. Die Türkei auch. Dennoch fühlen sich die Griechen von den Türken bedroht. Damit die Türkei nicht auf die Idee kommt, Griechenland zu überfallen, haben die Griechen entlang der griechisch-türkischen Grenze 1400 Panzer in Stellung gebracht. Kein anderes Nato-Land besitzt – im Verhältnis zur Bevölkerung – mehr Panzer als das kleine Griechenland. Dazu zählen auch 170 Leopard-2-Panzer des deutschen Herstellers Krauss-Maffei Wegmann für über 1,7 Milliarden Euro. Trotz der Krise geben die Griechen viel Geld für die Verteidigung aus. So haben sie bei einer Kieler Werft U-Boote im Wert von drei Milliarden Euro geordert – falls die Türken nicht übers Land, sondern vom Meer her kommen. Das ist kein Geheimnis, niemand nimmt an dem absurden Geschäft Anstoss. Waffenexporte in Nato-Länder sind so unproblematisch wie die Ausfuhr von Waschmaschinen oder Kühlschränken.

Ganz anders liegen die Dinge, wenn die Bundesrepublik drei U-Boote an Israel liefert. Denn erstens gehört Israel nicht der Nato an, zweitens wird der Verkauf zum Teil mit Steuergeldern finanziert, und drittens hat sich Israel nicht verpflichtet, die U-Boote nur für friedliche Zwecke zu nutzen, um etwa Touristen die Schönheit der Unterwasserflora und -fauna zu zeigen. Statt mit Glasböden sollen die U-Boote mit «nuklear bestückten Marschflugkörpern», vulgo: Atomraketen, ausgestattet werden. Die SPD fühlt sich hinters Licht geführt, die Grünen verlangen, Israel solle erst einmal seine Siedlungspolitik ändern und den Bau eines Klärwerks in Gaza zulassen. Der Regierungssprecher äussert sich ausweichend: «Die Lieferung erfolgt ohne Bewaffnung; an Spekulationen über die spätere Bewaffnung beteiligt sich die Bundesregierung nicht.»

Deutschland ist der drittgrösste Waffenexporteur weltweit. 80 000 Menschen arbeiten in der Rüstungsindustrie. Dabei sagt das Grundgesetz: «Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden.»

Ja! Und Zigaretten dürfen nur an Nichtraucher, Fleischwaren ausschliesslich an Vegetarier verkauft werden.

Nur ein Vorgeschmack

Von Kurt Schiltknecht — Der Euro zwingt die europäische Wirtschaft in einen jahrzehntelangen Anpassungsprozess. Wenn es Europa ernst meint mit dem Euro, dann wird es schmerzhaft.

Als im 18. Jahrhundert der Dollar als Einheitswährung in den Vereinigten Staaten eingeführt wurde, dauerte es Jahrzehnte, bis sich die amerikanische Wirtschaft einigermaßen darauf eingestellt hatte. Es kann daher nicht überraschen, dass sich die Wirtschaft in der Euro-Zone nach rund zehn Jahren noch nicht an die Einheitswährung angepasst hat. Man braucht keine prophetischen Gaben, um vorauszusagen, dass es Jahrzehnte dauern wird, bis die europäische Wirtschaftsstruktur mit dem Euro einigermaßen kompatibel sein wird. Bis es so weit ist, wird es immer wieder zu grösseren und kleineren regionalen Wirtschaftskrisen kommen. Die heutige Krise gibt einen ersten Vorgeschmack. Die Vorstellung, dass mit einer Zentralisierung der Wirtschafts- und Fiskalpolitik und der Schaffung von Euro-Bonds die wichtigsten Hindernisse für eine gedeihliche regionale Wirtschaftsentwicklung kurzfristig aus dem Weg geräumt werden könnten, ist illusorisch.

Im Gegensatz zu den heutigen wirtschaftlichen und politischen Strukturen waren die Verhältnisse bei der Einführung des Dollars als Einheitswährung idyllisch. Im 18. Jahrhundert gab es keine Sozialversicherungen, die Leute wussten, dass sie nur überleben konnten, wenn sie ihre Löhne beim Auftreten wirtschaftlicher Schwierigkeiten sofort den neuen Verhältnissen anpassten und/oder an einem anderen Ort nach Arbeit suchten. Die Wanderungsbereitschaft der Bevölkerung und die Lohnflexibilität waren und sind auch heute zentrale Voraussetzungen für den Erfolg einer Einheitswährung.

Nun wissen wir aber alle, dass in den europäischen Sozialstaaten die Lohnflexibilität fast nur noch nach oben besteht und die Wanderung von einem Land ins andere aus sprachlichen und kulturellen Gründen begrenzt ist. Bis heute haben die Befürworter des Euro keine befriedigende Antwort darauf gegeben, welches die Alternativen bei der Lösung von regionalen Unterschieden in der Wettbewerbsfähigkeit sind. Dafür hat die griechische Notenbank ein rabenschwarzes Bild über die Folgen einer Rückkehr zu einer eigenen Währung gemalt: riesige Arbeitslosigkeit und ein Rückgang der Löhne in zweistelligen Prozentzahlen. Wegen der Abwertung der neuen Währung gegenüber dem Euro würden die Importpreise in die Höhe schnellen und zu einem

Preisanstieg führen. Die Schilderung der griechischen Notenbank ist nicht unrealistisch, und der Schock, der den Griechen bei diesen Zukunftsperspektiven in die Glieder gefahren ist, ist nachvollziehbar. Das Einzige, was die Notenbank und die Politiker ihren Bürgern vorenthalten, sind die Folgen eines Festhaltens am Euro. Denn auch in diesem Fall müssen das griechische Lohnniveau und die Staatsausgaben zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit drastisch gesenkt werden. Nur so hat Griechenland eine Chance, in den nächsten Jahren auf einen Wachstumspfad zurückzukehren. An Lohnsenkungen und hoher Arbeitslosigkeit führt kein Weg vorbei. Auch das Verhältnis der einheimischen zu den ausländischen Preisen muss der Realität angepasst werden. Bei einem Festhalten am Euro erfolgt dies über eine Deflation. Bei einer Rückkehr zu einer eigenen Währung könnte dies viel einfacher über eine «Abwertung» gegenüber dem Euro erfolgen.

Wie immer Griechenland sich entscheidet, die Kosten für die Lösung der heutigen Probleme sind sowohl für Griechenland als auch die Euro-Länder enorm. Die Rückkehr zu einer eigenen Währung hätte allerdings den riesigen Vorteil, dass die Anpassung der griechischen Löhne und Preise auf ein im internationalen

Wettbewerb erforderliches Niveau sowohl heute als auch in der Zukunft schneller und effizienter erfolgen könnte.

Island macht es vor

Island hat gezeigt, wie ein von der Finanzkrise gebeuteltes Land dank einer dramatischen Abwertung der eigenen Währung und einer vernünftigen Geldpolitik sich relativ rasch von der Krise erholen und die Arbeitslosigkeit senken kann. Angesichts solcher Erfahrungen sollten die Politiker, statt über die riesigen Kosten eines Austrittes aus dem Euro-System zu lamentieren, darüber nachdenken, ob es langfristig nicht billiger wäre, den südlichen Ländern durch einen geordneten Austritt aus dem Euro-System wieder eine Wachstumsperspektive zu geben. Denn eines ist sicher: Auch bei einem Festhalten am Euro werden die Kosten zur Lösung der Schulden-, der Arbeitslosen- und der Bankenprobleme nicht kleiner sein. Nur fehlen bei diesem Vorgehen jegliche positiven Zukunftsperspektiven.



Amerikas Wendung

Von Hansrudolf Kamer — Die finanzielle Basis für die Weltmachtstellung der USA schrumpft. Die Anfang Jahr verkündete Strategie trägt dem Rechnung. Der Schwerpunkt verlagert sich von Europa nach Asien.



Vor siebzig Jahren hat die Seeschlacht in der Nähe des Midway-Atolls im Pazifik (4. bis 7. Juni 1942) die strategische Lage in dieser Weltgegend verändert. Sie war der Wendepunkt in einer Entwicklung,

die schliesslich zur Kapitulation Japans führte. Seither bestimmen die Vereinigten Staaten grosso modo, was in der grossen Wasserwüste westlich von Amerika abläuft. Die späteren Kriege in Korea und Vietnam brachten diese Vormachtstellung nie ins Wanken.

Dieser Ausgang war keineswegs vorgezeichnet. Midway war «ein knappes Ding». Zufall, Improvisationstalent und die Insubordination eines amerikanischen Kampfpiloten waren mitentscheidend. Sein Tod im japanischen Abwehrfeuer rettete ihn vor dem Kriegsgericht. Glücklicherweise das Militär, das solche Individualisten in seinen Reihen hat.

Seither läuft auch die Debatte über die atlantische oder pazifische Ausrichtung der Vereinigten Staaten. Während im Kalten Krieg Europas Vorrang kaum umstritten war, verschoben sich die Gewichte nachher langsam, aber sicher Richtung Mittlerer Osten und Asien.

Das war schon unter den Präsidenten Bill Clinton und George W. Bush der Fall. Doch Präsident Obama hat nun diese Strategie mehrmals deutlich artikuliert und explizit darauf hingewiesen, dass das wachsende Gewicht Asiens eine Neuorientierung bedinge. Er nahm dabei kaum Rücksicht auf verletzte europäische Gefühle und Traditionen.

Weniger ist mehr

Darüber ärgert sich etwa der alte Diplomat und Demokrat Leslie Gelb, der im Council on Foreign Relations in New York wirkt. Nach seiner Auffassung ist eine gewisse Verlagerung der Ressourcen zwar notwendig, doch soll darüber nicht geredet werden. Denn Europa sei für Amerika nach wie vor am wichtigsten – politisch, wirtschaftlich, historisch und damit strategisch.

Ändern kann er hingegen nichts: Die Neuorientierung hat begonnen. Gleichzeitig mit der Wendung nach Asien schrumpft die finanzielle Basis, auf der die globale Rolle Amerikas und die Präsenz seiner Streitkräfte ruhen. Da

Perzeption in diesem Geschäft die halbe Miete ist, muss die «Redimensionierung» richtig verkauft werden, damit nicht der Eindruck entsteht, Amerika befinde sich global auf dem Rückzug.

Die Ankündigungen der konkreten Schritte folgen tropfenweise. Am diesjährigen «Shangri-La Dialogue» des Internationalen Instituts für strategische Studien in Singapur gab Verteidigungsminister Panetta bekannt, dass die US Navy künftig ihr Kräfteverhältnis zwischen Pazifik und Atlantik auf sechzig zu vierzig Prozent einpendeln werde. Panetta betonte, dass die Verteidigungsausgaben der asiatisch-pazifischen Region jene Europas in diesem Jahr erstmals übertreffen werden.

Jedem Laien ist klar, dass künftig die US Navy mit weniger Schiffen, die Luftwaffe mit weniger Flugzeugen und die Marines und die Army mit weniger Soldaten auskommen müssen. Die magische Losung lautet: Weniger ist mehr! Panetta zählte neue Waffen und Träger auf, deren Kampfkraft ungleich höher sein werde als jene, die sie ersetzen – U-Boote, Stealth-Bomber und neuartige Mittel der elektronischen Kriegführung.

Der Kern der Strategie ist aber ein politischer. Die Amerikaner verfügen über ein Netz von Allianzen und Partnerschaften, das aktiviert, intensiviert und ausgeweitet werden

soll. Zum engeren Kreis gehören Japan, Südkorea, Australien, die Philippinen und Thailand. In den Anfängen steckt die Kooperation mit weiteren Ländern: Indien, Singapur, Indonesien, Malaysia, Neuseeland und – natürlich – Vietnam. Der einstige Kriegsgegner ist strategisch der interessanteste Baustein.

China wird eingekreist

Die Amerikaner haben nicht die Absicht, die Pazifik-Anrainer mit neuen Militärbasen zu überziehen. Aus Okinawa ziehen sie Einheiten der Marine-Infanterie ab und verlagern sie nach Guam, das zu einer Art Militär-Hub im Westpazifik werden soll. Die Truppenpräsenz in Korea wird reduziert. In Darwin, Nordaustralien, ist im April das erste Kontingent von Marines eingetroffen.

Auch diese Marine-Infanteristen sollen nicht eine permanente amerikanische Präsenz markieren. Sie sollen vielmehr als mobile Truppe in Rotation in andere Partnerstaaten verschoben werden und dort mit deren Streitkräften gemeinsame Manöver durchführen. «Schlanker», «mobiler», «flexibler» sind die positiv klingenden Schlagworte, das Adjektiv «kostengünstiger» beschreibt die nüchterne Realität.

Man kann es den Chinesen nicht verdenken, dass sie hier den Ansatz zu einer Einkreisung sehen. Dass die Verhaftung eines amerikanischen Spions gerade zum Zeitpunkt von Panettas Auftritt in Singapur bekanntgegeben wurde, ist kaum ein Zufall. Washington betont immer wieder, dass man die militärische Zusammenarbeit auch mit Peking suche. Doch das politisch-strategische Strickmuster ist eindeutig. Der Aufstieg Chinas und seine Aufrüstung haben unweigerlich Folgen. ○



Neues Kräfteverhältnis: US-Verteidigungsminister Leon Panetta (M.) in Singapur.*

Politbürojustiz eines Rechtsgelehrten

Von Christoph Mörgeli

Über die parlamentarische Immunität herrschen groteske Ansichten. Am irrwitzigsten vertritt sie Kurt Fluri, Vertreter eines im Etatismus erstarrten Freisinns. Er sorgte in der Staatspolitischen Kommission dafür, dass der Schmutz im Staate Schweiz nicht mehr aufgedeckt werden kann. Fluri stand hin und sprach: «Es lässt sich anständig politisieren, ohne die Immunität in Anspruch zu nehmen.» Anständig ist selbstverständlich die eigene Meinung, unanständig jene der anderen. Die bisher geltende Immunität nicht verdient, so Fluri frappierend offen, haben SVP-Nationalräte wie Schlüer, Brunner und Mörgeli.

Die relative Immunität, die Kurt Fluri den Parlamentariern abspricht, soll für Bundesräte, Bundeskanzlerin und Bundesrichter wegen ihrer «besonders exponierten Stellung» weiterbestehen. Bundeskanzlerin Casanova ist demnach «exponierter» als ein Nationalrat Blocher. Rechtsgelehrte sind besonders raffinierte Rechtsverdrehler: Fluri hat das Parlament flugs als gleichberechtigte Bundesbehörde entmachtet – und so Regierung und Justiz gestärkt.

Nun muss sich Christoph Blocher dank Fluri und Konsorten einer tendenziösen, willkürlichen Strafverfolgung aussetzen. Brigitta Gadiant brachte es 2011 in der Parlamentsdebatte auf den Punkt: «Schutz gegen strafrechtliche Verfolgung ist nicht nur bei den Verhandlungen in den Räten nötig, sondern auch ausserhalb, wenn Parlamentarier politisch tätig sind. Darin liegt gerade der Kerngedanke der Immunität.» Speziell die Opposition braucht das Recht zur Zuspitzung, zur Polemik, zur Aufdeckung von Missständen. Der ehemalige Ständerat Carlo Schmid sagte es so: «Ohne Immunität würde die Politik vom Forum der öffentlichen Meinung in den Saal des Strafrichters verlegt.» Kostspielige Prozesse haben das Ziel, politische Gegner zum Schweigen zu bringen. Wer nicht Blocher heisst, wäre kaum in der Lage, ein Verfahren im Hildebrand-Skandal zu überstehen.

Staatspolitisch verfehlt ist auch Fluris Delegation der Immunität an eine Kommission von Politikern, die immer politisch entscheiden werden. Ein Recht, welches das Parlament als gesamte Institution betrifft, kann bei sauberer Rechtsauffassung nicht an eine Kommission delegiert werden. Erst recht nicht an ein lichtscheues Politbüro, das jedem Öffentlichkeitsprinzip spottet.

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.
Mehr zum Thema: Seite 34

Der Siemens-Elektro-Sauber

Von Peter Bodenmann — Die SBB schlafen. Werden bald ökologische Elektro-Lastwagen lautlos durch das Urnerland fahren?



Summen statt Rattern: Formel-1-Rennstallbesitzer Peter Sauber.

Die SBB schaffen es nicht, Güter umweltfreundlich und rentabel mit der Bahn durch die Schweiz zu transportieren. Und dies, obwohl die staatlichen Rahmenbedingungen gut sind.

Die Fahrt mit dem Lastwagen durch den Gotthard kostet pro Kilometer doppelt so viel wie die Fahrt über den Brenner. Weil die Schweiz dank der Schwerverkehrsabgabe pro Fahrt rund 300 Franken abkassiert. Alpen-Initiative sei Dank.

Der Schweizer Transportfliz setzt konsequent auf den kombinierten Verkehr. Nur findet dieser bei unsern Nachbarn keine Freunde.

Umgekehrt meiden die SBB einen innovativen Lastwagenverlad wie der Teufel das Weihwasser. Stattdessen fressen veraltete, langsame und lärmige Güterzüge die knappen Kapazitäten des Schweizer Schienennetzes.

In vielen Schweizer Städten verkehren seit Jahrzehnten Trolleybusse. Siemens hat diese Technik weiterentwickelt und will sie flächendeckend für Lastwagen einsetzen.

Siemens-Baustein 1 — Autobahnen erhalten auf der rechten Spur eine Strom-Oberleitung.

Siemens-Baustein 2 — Die Lastwagen werden mit einem Stromabnehmer der nächsten Generation ausgerüstet.

Siemens-Baustein 3 — Für Nebenstrecken ohne Oberleitung erhalten die Lastwagen eine Batterie und ein kleines Hybridmodul.

Siemens-Baustein 4 — Lastwagen formieren sich auf Autobahnen zu Road-Trains. Die Kapazität der Autobahnen wird erhöht, die Umweltbelastung sinkt dramatisch.

Der Traum von Siemens: Durch das Urnerland rattern bald nicht mehr lärmige Güterzüge, sondern Lastwagen summen von Norden nach Süden und umgekehrt. Die Elektro-Lastwagen verbrauchen pro Container zwischen Basel und Chiasso absehbar etwas weniger Energie als die lärmigen SBB-Güterzüge.

Nach dem Schweizer Rennstallbesitzer Peter Sauber werden wir alle «früher oder später mit Elektromotoren auf der Strasse fahren. Und wenn dem dann so ist, wird der Elektromotor auch im Sport eingesetzt werden. Schlussendlich auch in der Formel 1.» Na also.

Der für Umweltfragen zuständige Sachverständigenrat der deutschen Bundesregierung möchte 5700 Autobahnkilometer für vierzehn Milliarden Euro elektrifizieren. Für den Spottpreis von weniger als einer Milliarde Franken kann man die Strecke Basel–Chiasso mit elektrifizieren.

Siemens stammt aus Bayern. Der deutsche Verkehrsminister ist ein Bayer. Der Präsident des Sachverständigenrates ebenfalls. Deshalb können die Urner hoffen.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Zu Tode geküsst

Von Kurt W. Zimmermann — Die Idee hiess Presse-TV. Es war das letzte lustige TV-Abenteuer unserer Verlagshäuser.

Man muss sich das so vorstellen: Im Studio sitzt steif der *Sonntagsblick*-Journalist Frank A. Meyer. Neben ihm sitzen vier Gäste. Drei davon sind Journalisten.

Meyer sagt nun: «Wir haben heute ein ernstes, sehr ernstes Thema, ein internationales Thema, nämlich die Frage, ob Israel demnächst, bis zum Sommer oder im Sommer, einen militärischen Schlag durchführt, gegen Iran, gegen die Atomanlagen im Iran, was im Nahosten zu sehr grossen kriegerischen Problemen führen könnte.»

So muss Fernsehen sein, wenn es die Massen elektrisieren will. «Standpunkte *Sonntagsblick*» heisst das Gefäss. Es kommt auf SF 1. Der Marktanteil liegt mit einem Prozent knapp über der Messbarkeitsgrenze.

«Standpunkte *Sonntagsblick*» gibt es bald nicht mehr. Es ist dennoch ein wichtiger Teil unserer TV-Geschichte. Es ist die ulkige Geschichte, wie die SRG die privaten Medienhäuser erfolgreich zu Tode küsste.

Im Grunde gab es für das Schweizer Fernsehen immer nur eine echte Gefahr. Es war die Gefahr, dass die grossen Medienhäuser einen eigenen Sender lancieren würden. In der Abwehr dieses Szenarios zog die SRG stets zwei Register: Verbrüderung und Bestechung.

Der SRG-Geniestreich war dabei 1995 die Gründung von Presse-TV. Die SRG offerierte den Medienhäusern Ringier, Basler Zeitung, NZZ und Axel Springer Schweiz eigene Sendeplätze auf SF 1 und SF 2. Die Verlagshäuser durften dort Eigenproduktionen abspielen. Sie hiessen «*Sonntagsblick* Standpunkte» oder «*Basler Zeitung* Standpunkte» oder «*NZZ* Format» oder «*Bilanz* Standpunkte». Fast alle waren beim Publikum erfolglos.

Presse-TV war die schlaue SRG-Reaktion auf das bisher grösste Risiko ihrer Geschichte. 1994 planten die Medienhäuser Tages-Anzeiger, Luzerner Zeitung, Basler Zeitung und Jean Frey gemeinsam mit dem deutschen RTL-Kanal eine Programmalternative zur SRG. Die bedrohte SRG lobbyierte wie verrückt dagegen und setzte sich durch. Der Bundesrat verbot das Projekt.

Nun offerierte die SRG den Verlegern Presse-TV und machte sie glücklich. Endlich durften sie nun Fernsehen machen und am Bildschirm ihre Drucktitel vorstellen. Presse-TV wurde dadurch oft zum Gruselkabinett. Denkbar unterlegene Chefredaktoren wie Hugo Bütler (*NZZ*) oder Hans-Peter Platz (*Basler Zeitung*) drängte es vor die Kamera – selbst die Kinder nahmen schreiend Reissaus.



«Sehr ernstes Thema»: Frank A. Meyer.

Der SRG war es egal. Denn sie wusste genau, was sie tat. Sie bezahlte den Verlegern für ihre Presse-TV-Flops ungerührt dreizehn Millionen Franken im Jahr. Dafür verzichteten die gekauften Verlage auf eine Konkurrenz zum Staatsfernsehen.

Der Geniestreich Presse-TV zahlte sich 1999 für die SRG definitiv aus. Nun startete TV3, ein Joint Venture des Verlagshauses Tamedia und des luxemburgischen TV-Konzerns SBS, dessen VR-Präsident ich damals war. TV3 erreichte in der Primetime einen Marktanteil von sieben Prozent und wurde zur ersten echten Bedrohung des Staatskanals.

Als dritten Partner hätte TV3 damals gern Ringier im Boot gehabt. Dann wäre es für das Schweizer Fernsehen brandgefährlich geworden. Doch Ringier winkte ab, aus Loyalität zu Presse-TV.

Nun ist das Abenteuer vorbei. Letzte Woche vermeldete Ringier seinen Ausstieg aus Presse-TV. Damit ist das Projekt tot, es verlor die treibende Kraft. Presse-TV kostete Ringier, trotz SRG-Spritzen, eine Million Franken pro Jahr. Das war dem neuen CEO Marc Walder zu viel.

Für die SRG hingegen hat sich die Geschichte gelohnt. Seit der Gründung von Presse-TV hat sie 200 Millionen Franken an die Verlagshäuser überwiesen. Sie hat sie damit strategisch lahmgelegt. Es waren gut angelegte Bestechungsgelder.

45 Millionen für die Autoverlader

Von Florian Schwab

Der Nationalrat hat mit dem Vereina- und dem Lötschbergtunnel zwei Eisenbahnstrecken mit Autoverlad in das Netz der Nationalstrassen (!) übernommen. Die Folgen des auf den ersten Blick harmlosen Entscheids wiegen schwer.



Erstens: Zukünftig ist die Benutzung der Strecken für alle Inhaber einer Vignette kostenlos. Die bisherigen Tarife von 27 bis 40 Franken im Fall Vereina und gut 90 Franken im Fall Lötschberg (jeweils für einen PKW) entfallen.

Zweitens: Eine Folge des Aufstiegs zur Nationalstrasse ist, dass zukünftig wohl die Kasse des Bundes für die Betriebskosten aufkommen muss. Laut Bundesrätin Doris Leuthard (CVP) entstehen dadurch Mehrkosten von rund 45 Millionen Franken – ziemlich genau die 13,8 Millionen Franken, welche die Rhätische Bahn bislang am Vereina und die 26,9 Millionen, welche die BLS am Lötschberg über Verladetickets eingenommen haben (Zahlen von 2011).

Die Begehrlichkeiten der Bergkantone erstaunen insbesondere beim Vereina, denn hier hatte sich der Bund bereits mit 680 von insgesamt rund 800 Millionen Franken an den Baukosten beteiligt – eine überaus grosszügige Zuwendung an den Kanton Graubünden und seine Bewohner, denn im Unterengadin explodierten darauf die Immobilienpreise.

Verantwortlich für den nationalrätlichen Bubenrick im Fall Vereina ist der im Jahr 2011 gewählte Parlamentsfrischling Martin Candinas (CVP, GR). Im Fall Lötschberg stellte die grüne Nationalrätin Franziska Teuscher den Antrag.

Die Anspruchshaltung der Bergler brachte CVP-Mann Candinas gegen den erfolglosen Widerstand seiner Parteigenossin Leuthard ganz unverfroren zum Ausdruck. Nach einer Erklärung über die Bedeutung des Engadins als Tourismusdestination schloss er: «So meine ich, dass der Kanton Graubünden die Aufnahme des Vereinatunnels ins Nationalstrassennetz auch aus diesem Grund mehr als verdient hätte.» Wie man durch dieses Geschenk die stundenlangen Wartezeiten im Winter verringern kann, bleibt das Geheimnis von Candinas. Das letzte Wort hat nun der Ständerat.

Leserbriefe

«Ich habe das Gefühl, dass die Gymnasien als Folge solcher Rankings ihr Profil ausweiten und somit abflachen.» *Peter Senn*



«Globaler Wettbewerb, Ankurbelung, Qualitätssicherung»: Schüler der Alten Kanti Aarau.

Zu milde bewertet

Nr. 22 – «Triple-A-Kanton Aargau»;
Gymnasium-Ranking von René Lüchinger
und Roderick Panchoad

Mir als jungem *teaching assistant* an der Universität in Tennessee haben Eltern manchmal anerkennend gesagt, dass die Basketballmannschaft hervorragend sei, und ich habe ein paar Mal naiv gefragt, ob ihr Kind Basketball spiele, bis ich endlich begriff, dass Basketball als Indikator gilt für gute akademische Leistung, gesunde Ernährung, wenig Rauchen, wenig Alkohol, wenig Sex, wenig Partys und weiss der Teufel was. Ich habe das Gefühl, dass die Gymnasien als Folge solcher Rankings ihr Profil ausweiten und somit abflachen, damit sie mit einem umfangreichen Angebot dastehen respektive in möglichst vielen Kriterien punkten.

Peter Senn, Reichenburg

Schade, dass beim grossangelegten Ranking der Gymnasien der Deutschschweiz die deutschsprachigen Abteilungen der Freiburger Gymnasien nicht berücksichtigt wurden. Im zweisprachigen Kanton Freiburg weist jedes Gymnasium in der Stadt Freiburg eine deutschsprachige Abteilung auf. Ein wichtiges Kriterium bei der Bewertung der Gymnasien fehlt: Wie viele Maturandinnen und Maturanden eines Gymnasiums schliessen nach ihrer Matura ihr Studium ab beziehungsweise brechen es ab? Dieses Kriterium erachte ich als

ein wichtiges für ein Ranking, denn in vielen Gymnasien werden in der Regel Prüfungen zu milde bewertet, fallen die Noten also zu hoch aus. Weiter sollte die durchschnittliche Maturaquote in einem Kanton nur in Ausnahmefällen 20 Prozent übersteigen, wenn das heutige Anspruchsniveau gehalten werden soll.

Beat Hayoz, Düringen

Im Gymnasialvergleich ist wie üblich die Rede von globalem Wettbewerb, Ankurbelung, lohnwirksamen Anreizsystemen, Qualitätssicherung, Markt und Wirtschaft. Die Menschlichkeit bleibt auf der Strecke. Schade, werden im Gymnasialvergleich nicht auch die gesundheitlichen Aspekte und das Sozialklima bewertet. So sind beispielsweise die Kantone St. Gallen und Uri sowie die Freie Katholische Schule Zürich klar Spitzenreiter, wenn es darum geht, die Schüler vor WLAN-Bestrahlung zu schützen.

Paul Nijman, Gerolfingen

Stellen Sie sich vor, ein Artikel über die besten Autos, die in der Schweiz zugelassen sind, würde für einen Vergleich der neusten Modelle die folgenden Kriterien beiziehen: Sitzkomfort, Farbe der Karosserie, Qualität der Stereoanlage und Anzahl der Sitze. Stellen Sie sich weiter vor, dass technische Daten wie Motorleistung, Verbrauch, Fahrverhalten in Kurven keine Rolle spielen würden. Dann hätten Sie einen Artikel, dessen Gültigkeit

vergleichbar wäre mit jenem in der *Weltwoche* zu den Schweizer Gymnasien.
Christoph Schärer, Bern

Unbeliebte Familie

Nr. 22 – «Schlechtes Signal»; Interview mit
EMS-Chefin Magdalena Martullo von Kari
Kälin und Florian Schwab

Bundesanwaltschaft und Werkspionage bei EMS-Chemie AG: Der Artikel liest sich so, als wäre der Fall in Russland passiert. Eine bei einem Bundesstrafrichter unbeliebte Familie inklusive deren Betriebe wird durch unsere Gesetze und Richter nicht mehr geschützt. Dass dadurch Hunderte von Arbeitsplätzen in der Schweiz gefährdet werden, ist diesen Behörden egal. Das Betriebswissen steht den deutschen Konkurrenten nun gratis zur Verfügung. Der Schaden für die EMS-Chemie, deren Arbeitnehmer und für den Kanton Graubünden wird enorm sein. Wer wird für diesen Schaden aufkommen?

Alfred Simonetti, Breitenbach

EMS-Chefin Magdalena Martullo sagt über ihre Presseorientierung vom 23. Mai: «Die staatlichen Medien (Radio und Fernsehen) waren zwar anwesend, ignorierten den Fall jedoch in ihrer bisherigen Berichterstattung.» Beide kritisierten Sender haben selbstverständlich berichtet, und zwar ausführlich. In der «Tagesschau» (Mittagsausgabe) wurde Frau Martullo ja eigens noch befragt. Desgleichen im «Regionaljournal Ostschweiz».

Heinz Moll, Prag

Schäden an Natur und Umwelt

Nr. 22 – «Das Märchen vom Ende des Öls»; Alex Reichmuth über
das schwarze Gold

Der Artikel von Alex Reichmuth ist einseitig, weil die Kehrseite der Medaille der grenzenlosen Ausbeutung von Ölvorkommen, nämlich die Schäden an Natur und Umwelt, nicht erwähnt wird. Zum Beispiel hinterlässt die Ausbeutung von Ölsanden eine gänzlich verwüstete Landschaft, und es ist zu erwarten, dass sich dagegen lokale Opposition bildet und dass Banken und andere Kreditgeber es in zunehmendem Masse problematisch finden werden, solche Unternehmungen finanziell zu unterstützen. Nicht alles, was technisch machbar und finanziell tragbar ist, kann in der Praxis auch verwirklicht werden!

Kurt Krummen, Ettingen

Endlich erwähnt auch eine Publikation aus der Schweiz, dass jährlich mehr Öl gefunden als verbraucht wird. Typischerweise sind es vorwiegend Politiker und Bürokraten, die ihr

Einkommen auf Kosten der Steuerzahler «erwirtschaften», welche uns immer wieder die Schauergeschichten vom Ende der Rohstoffe auftischen, um gutgläubigen Mitgenossen irgendwelche neuen Steuern schmackhaft zu machen. Momentan dürfte es wohl darum gehen, den Bürgern für viel Geld alternative Energien anzudrehen. Es ist heute allerdings jedem Fachmann klar, dass die Welt gegenwärtig – wie auch in vorhersehbarer Zukunft – im Öl und vor allem im Gas schwimmt (Schiefergas). Die USA wandeln sich vom Ölimporteur zum Exporteur (Importterminals werden zu Exportterminals umgebaut); nur wird das bei uns noch kaum wahrgenommen.

Matthias Hohermuth, Möhlin

Hätte der Autor beim Artikel über die Energiezukunft nur ein bisschen mehr nachgedacht und Ehrlichkeit bewiesen, hätte er unweigerlich erkennen müssen, dass das, was er da zum Besten gibt, absolut unrealistisch ist. Solange der Homo sapiens sich so wahn-sinnig vermehrt und wir dadurch alle elf bis zwölf Jahre eine Milliarde mehr Menschen mit dem American Way of Life zu bedienen haben, ist es mehr als verwegen, solche Prognosen in den Raum zu stellen. Es nützt niemandem, die Hauptursache allen Übels einfach zu verschweigen, früher oder später wird uns die Wahrheit einholen und brutal auf den Boden der Wirklichkeit zurückwerfen. Solange sich die Menschheit diesem Problem verweigert und sich nicht entschliessen kann, sich diesem grundlegenden Übel zu stellen, ist alles Tun und Lassen vergebene Liebesmüh.

Werner Heller, Wiesendangen

In kleinen Dosen

Nr. 20 – «Könige, Kaiser, Bundesräte»; Philipp Gut über die Aussenpolitik

Vor 20 Jahren hat der Bundesrat in Brüssel sein EU-Beitritts-Gesuch (damals noch EG) eingereicht. Am 6. Dezember 1992 haben Volk und Stände den Beitritt zum EWR (Europäischer Wirtschaftsraum), vom Bundesrat als Verlobung mit der EU bezeichnet, in einem obligatorischen Referendum abgelehnt. 1993 hat der Bundesrat den Beitritt zur EU zu seinem strategischen Ziel erklärt und seine EU-phile Gefolgschaft nicht enttäuscht. Um eine Blamage wie bei der EWR-Abstimmung zu vermeiden, hat er in der Folge seine Taktik geändert und verabreicht dem Volk seither den EU-Brei nur noch in kleinen Dosen, die zudem nur dem fakultativen Referendum unterstehen. Das Volk muss dabei zuerst die nötigen 50 000 Unterschriften sammeln und für dessen Annahme genügt das einfache Volksmehr. Wenn der Bundesrat für seine Abstimmungskampagnen dazu noch seinen riesigen Propaganda-Apparat in Gang setzt, ist dagegen kaum ein Kraut gewachsen.

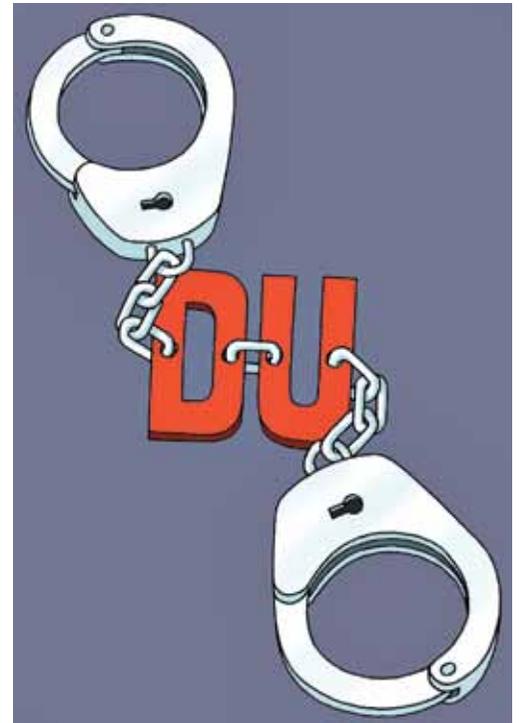
Auf diesem Humus ist die eidgenössische Volksinitiative «Für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik (Staatsverträge vors Volk!)» gewachsen, über die wir am 17. Juni abstimmen werden. Mit ihr wird gefordert, dass bestimmte völkerrechtliche Verträge dem Obligatorischen Referendum unterstellt werden, d.h. zwingend Volk und Ständen vorgelegt werden müssen. Für deren Annahme ist sowohl ein Volks- als auch ein Ständemehr nötig. Gegenüber heute ein wesentlich schwierigeres Unterfangen, eine Vorlage durchzuboxen. Schengen z. B. wäre bei einem obligatorischen Referendum nicht angenommen worden (kein Ständemehr).

Nur wenn völkerrechtliche Verträge im Sinne obiger Initiative dem obligatorischen Referendum unterstellt werden, hat der Souverän noch eine Chance, den immer mehr aus dem Ruder laufenden Europakurs des Bundesrates zu korrigieren.

Albert Bissig, Chur

Darf man das?

Leser fragen, die Weltwoche antwortet



Darf man als Patient seinem Arzt oder Zahnarzt das Du anbieten?

Andréa Maria Ottiger, Luzern

Vor hundert Jahren waren die Regeln klar: Die Dame bot dem Herrn, der Ältere dem Jüngeren, der Hochrangige dem Nachrangigen das Du an. Heute ist es schwieriger: In vielen Firmen sagen von Anfang an alle du, im Privaten wird oft übergangslos vom Sie auf das Du gewechselt. Robert U. Müller, Arzt aus Rüschlikon ZH, rät in der Praxis zur Vorsicht: «Leider habe ich schon erlebt, dass Patienten diese Nähe systematisch aufbauen und dann missbrauchen. Mit kleinen Geschenken, gemeinsamen Freizeitaktivitäten und Einladungen wird eine Freundschaft simuliert. Ist die persönliche Beziehung einmal etabliert – und dazu gehört auch das Du –, kommen unverschämte Forderungen wie zum Beispiel, ungerechtfertigte Leistungen von Arbeitgebern oder von der Versicherung zu erlangen.» Ist das Verhältnis aber definiert, steht dem Du nichts im Wege. «Es kann manchmal Spannungen, Hemmungen und Ängste mildern, das Vertrauen fördern und die Interaktionen spontaner und unkomplizierter machen», sagt Doktor Müller.

Deborah Neufeld

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion Weltwoche, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem Weltwoche-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.



«Die Förderung von Wohneigentum ist dringend nötig.»

Hans Egloff, Nationalrat SVP, Zürich

Komitee «Eigene vier Wände dank Bausparen», Postfach, 3001 Bern



17. Juni

JA

BAUSPAREN

www.bausparen-JA.ch

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der Weltwoche erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert.

Postadresse: Redaktion Weltwoche, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich.
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

Eine griechische Schere tut sich auf

Wofür gibt der Bund sein Geld aus? Was kostet ein Bundesangestellter durchschnittlich? Warum wachsen die staatlichen Ausgaben doppelt so stark wie die Wirtschaft? Die Staatsrechnung 2011 gibt Auskunft. Von Peter Keller und Tom Hübscher (Infografik)

Vorstellen kann sich diese Summen schon lange keiner mehr. 64,3 Milliarden Franken gab der Bund im letzten Jahr aus. Wer diesen Betrag bei einer Bank abheben möchte, braucht ein ganzes Logistikunternehmen: mit Lastwagen, Kran und über 600 Paletten. Die Grafik unten zeigt: Bereits 100 Millionen Franken entsprechen in Grösse und Gewicht mehreren erwachsenen Menschen. Sind die Paletten einmal aneinandergereiht, verschwindet die Vergleichsperson dazwischen als kaum mehr wahrnehmbares Männchen.

Der Bund verfügt über das grösste Budget im Land. Finanziert von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, von den Unternehmen, Konsumenten, Autofahrern, Rauchern und Biertrinkern. Was aber passiert mit dem Geld? Wofür gibt der Staat unsere Milliarden aus? Woher kommen seine Einnahmen? Wie haben sich die Ausgaben in den letzten Jahren entwickelt?

Unschwer zu erkennen ist: Der ganz grosse Brocken der Ausgaben liegt bei der sozialen Wohlfahrt mit über 20 Milliarden Franken.

Damit liessen sich problemlos viereinhalb Schweizer Armeen parallel finanzieren. Jeder dritte Franken fliesst in den Sozialstaat. Dazu gehört die breitabgestützte Altersversicherung (AHV) mit 10,1 Milliarden. Eine ewige Baustelle bildet dagegen die Invalidenversi-

Der ganz grosse Brocken der Ausgaben liegt bei der sozialen Wohlfahrt mit über 20 Milliarden.

cherung mit 4,6 Milliarden, die der Bund zurzeit einschiesst. Die IV lässt sich mit den dafür vorgesehenen 1,4 Lohnprozenten (je zur Hälfte vom Arbeitnehmer und Arbeitgeber bezahlt) schon lange nicht mehr finanzieren. Neben dem ordentlichen Beitrag von 37,7 Prozent der IV-Ausgaben übernimmt der Bund die gesamten Zinskosten der IV und zieht die zusätzlich beschlossenen 0,4 Mehrwertsteuerprocente ein (zusammen rund eine Milliarde).

Von 1993 bis 2002 stand dem zuständigen Departement des Innern Ruth Dreifuss (SP)

vor. In dieser Zeit summierten sich die Defizite der IV auf über 5 Milliarden. Die jetzt anstehende 6. IV-Revision ist ein weiterer Kosmetikversuch, um die unter Dreifuss aus dem Ruder gelaufene Sozialversicherung wieder einigermaßen ins Gleis zu bringen. 2011 weist die Statistik des Bundesamts für Sozialversicherungen (BSV) 450 000 IV-Leistungsbezüger aus. Die jährlichen Ausgaben belaufen sich auf 9,4 Milliarden Franken (1990: 4,1 Milliarden).

Faktor drei im Asylwesen

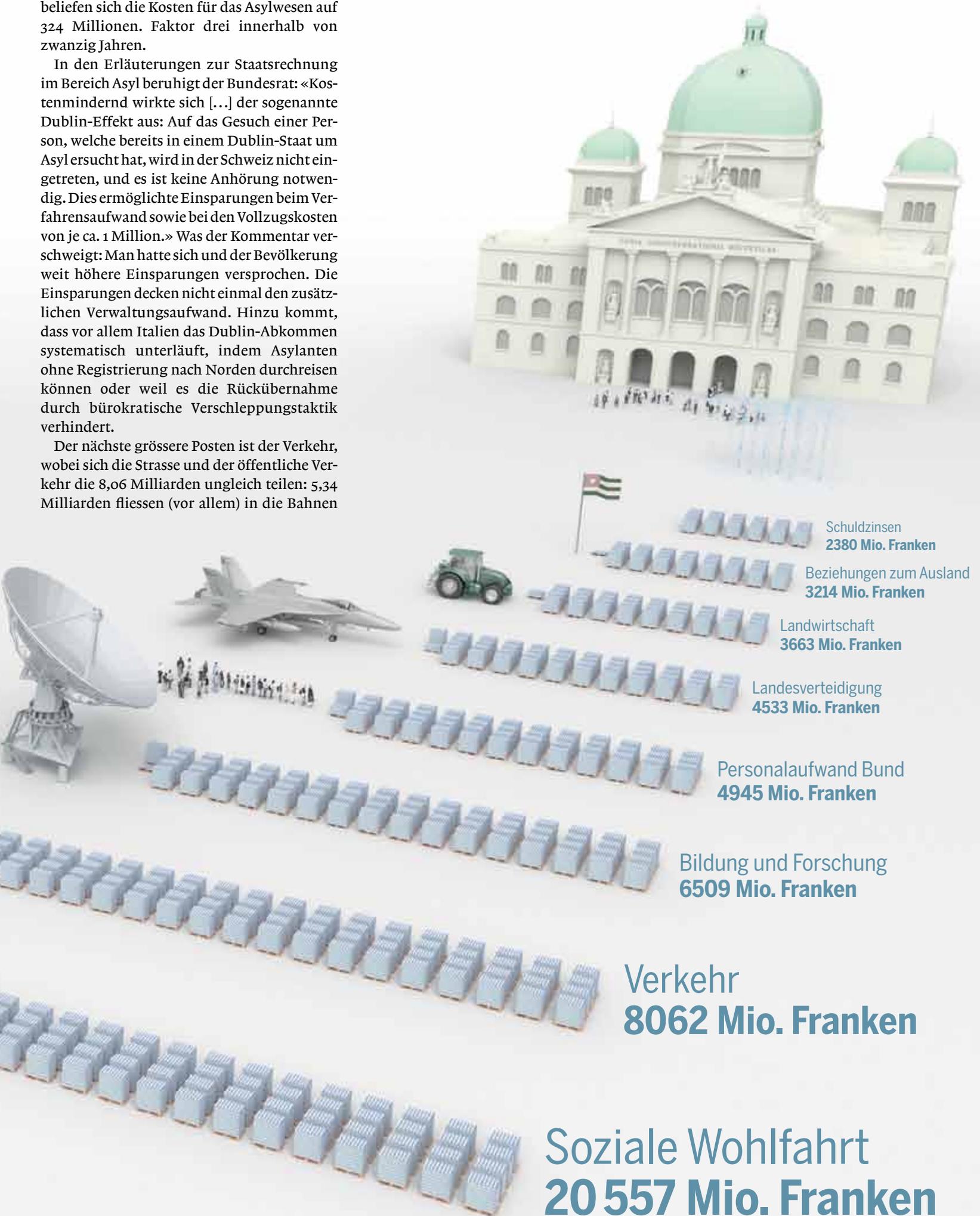
Ebenfalls unter den Titel «soziale Wohlfahrt» fallen die Ausgaben für «Migration», namentlich das Asylwesen: mit 937 Millionen gegenüber 885 Millionen im Jahr 2010. Das ist ein Zuwachs von 52 Millionen oder 5,9 Prozent. Tendenz weiter steigend. Der Zustrom von Pseudoflüchtlingen aus Nordafrika hält unvermindert an. Dazu kommen die steigenden Kosten im Bereich Sozialhilfe (plus 40 Millionen allein im letzten Jahr). Nur ein kleiner Anteil der anerkannten Asylanten geht einer geregelten Arbeit nach. Zum Vergleich: 1990



beliefen sich die Kosten für das Asylwesen auf 324 Millionen. Faktor drei innerhalb von zwanzig Jahren.

In den Erläuterungen zur Staatsrechnung im Bereich Asyl beruhigt der Bundesrat: «Kostenmindernd wirkte sich [...] der sogenannte Dublin-Effekt aus: Auf das Gesuch einer Person, welche bereits in einem Dublin-Staat um Asyl ersucht hat, wird in der Schweiz nicht eingetreten, und es ist keine Anhörung notwendig. Dies ermöglichte Einsparungen beim Verfahrensaufwand sowie bei den Vollzugskosten von je ca. 1 Million.» Was der Kommentar verschweigt: Man hatte sich und der Bevölkerung weit höhere Einsparungen versprochen. Die Einsparungen decken nicht einmal den zusätzlichen Verwaltungsaufwand. Hinzu kommt, dass vor allem Italien das Dublin-Abkommen systematisch unterläuft, indem Asylanten ohne Registrierung nach Norden durchreisen können oder weil es die Rückübernahme durch bürokratische Verschleppungstaktik verhindert.

Der nächste grössere Posten ist der Verkehr, wobei sich die Strasse und der öffentliche Verkehr die 8,06 Milliarden ungleich teilen: 5,34 Milliarden fliessen (vor allem) in die Bahnen



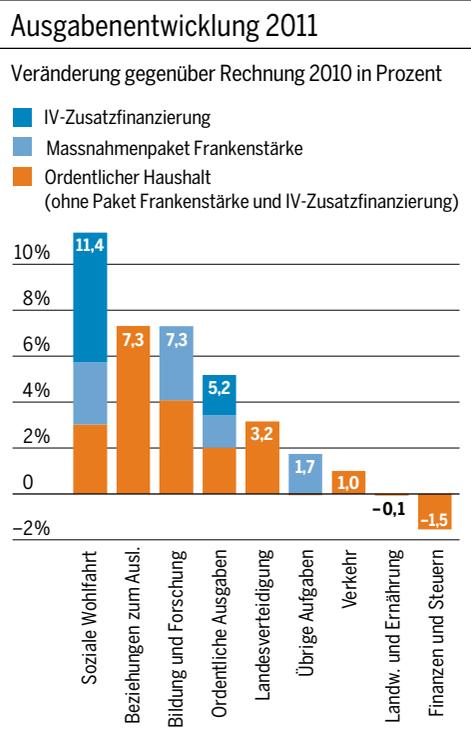
Einnahmen Bund 2011	
In Millionen Franken	
Fiskaleinnahmen	58996
Direkte Bundessteuer	17891
Verrechnungssteuer	4861
Stempelabgaben	2857
Mehrwertsteuer	21642
Übrige Verbrauchssteuern	7341
· Mineralölsteuer	5020
· Tabaksteuer	2208
· Biersteuer	113
Verkehrsabgaben	2323
· Automobilsteuer	408
· Nationalstrassenabgabe	360
· Schwerverkehrsabgabe	1555
Zölle	1046
Spielbankenabgabe	376
Lenkungsabgaben	660
Andere Einnahmen	5249
ORDENTLICHE EINNAHMEN TOTAL	64245

Das grösste Budget im Land: Bundeseinnahmen.

und lediglich 2,58 Milliarden in den Privatverkehr – obschon die Strasse überfinanziert ist: Die Mineralölsteuern spülen 5,02 Milliarden in die Kasse, die Automobilsteuer 408 Millionen, die Nationalstrassenabgabe 360 Millionen und die Schwerverkehrsabgabe 1,55 Milliarden. Das sind total rund 7,3 Milliarden Verkehrsabgaben, die mehrheitlich in die Bundeskasse oder in die Bahninfrastrukturen fliessen (Neat, Finöv). Umso wackliger ist die Begründung für die Erhöhung der Autobahnvignette von 40 auf 100 Franken, wie sie in der laufenden Session beantragt wurde: Ohne diese zusätzlichen Erträge, wurde wiederholt eingewendet, könnten verschiedene Nationalstrassenprojekte nicht realisiert werden. Mit diesen zusätzlichen Abgaben sinkt jedoch nur der Druck, die milliardenschwere Zweckentfremdung der Strassenabgaben zu korrigieren.

Nur in zwei Bereichen wird gespart

Das Geld sitzt locker, viel lockerer als in früheren Jahren. Die Ausgaben des Bundes lagen 2011 um 3,1 Milliarden höher als im Vorjahr, was einem Anstieg von 5,2 Prozent entspricht. Im gleichen Zeitraum wuchs das Bruttoinlandprodukt lediglich um 2,6 Prozent. Mit anderen Worten: Die Staatsausgaben wuchsen im letzten Jahr doppelt so schnell wie die reale Wirtschaft. Eine griechische Schere tut sich auf: Der Staat wächst auf Kosten des privaten Sektors. Selbst im offiziellen Kommentar der Bundesverwaltung ist von einer «deutlich expansiven Entwicklung» die Rede. Ein kurzer Blick zurück bestätigt die Vermutung: Die vorangegangene Legislatur (2003/07) konnte ein moderates Ausgabenwachstum von 1,9 Prozent ausweisen. Mit der Abwahl Christoph Blochers



Das Geld sitzt locker: steigende Ausgaben.

endete die Ausgabendisziplin. In den folgenden vier Jahren verdoppelte sich das Ausgabenwachstum auf durchschnittlich 3,7 Prozent.

Besonders dramatisch ist der Anstieg 2011 im Bereich soziale Wohlfahrt mit 11,4 Prozent innerhalb eines Jahres (siehe Grafik oben rechts). Das hohe Wachstum hat entscheidend mit der Zusatzfinanzierung für die IV (plus 1 Milliarde) und dem Massnahmenpaket Frankenstärke (plus 500 Millionen) zu tun. Solche Entschul-

Die obersten 8,6 Prozent der Steuerpflichtigen bezahlen 68,9 Prozent der Bundessteuern.

digungen verfangen allerdings in den Aufgabengebieten Bildung und Forschung (plus 7,3 Prozent) und Beziehungen zum Ausland (plus 7,4 Prozent) nicht. Im letzten Bereich beträgt die Differenz zu 2010 satte 192 Millionen, wobei dieser Betrag fast vollständig für die Entwicklungshilfe für Süd- und Ostländer verwendet wurde. Insgesamt fliessen 3,21 Milliarden Franken pro Jahr in die Beziehungen zum Ausland.

Nur zwei Aufgaben weisen ein Minuswachstum aus, nur dort kann von echtem Sparen gesprochen werden: so etwa bei der vielgescholtenen Landwirtschaft mit minus 0,1 Prozent und bei den Finanzen/Steuern mit minus 1,5 Prozent (hier wirken sich vor allem die niedrigen Schuldzinsen positiv aus). Beim Militär orientiert sich die Ausgabenentwicklung inzwischen am nominalen Wirtschaftswachstum (plus 3,2 Prozent im letzten Jahr). Dieser Konsolidierung ging allerdings eine harte Sparübung voraus: 1998 belief sich das Budget der Armee

auf 5,16 Milliarden, heute sind es 4,53 Milliarden. Anschaulicher zeigt sich der Rückgang im Vergleich zu den Gesamtausgaben: Hier sank der Anteil des Verteidigungsbudgets von 11,5 Prozent (1998) auf 7,3 Prozent (2011).

Die öffentliche Hand zeigt sich spendabel

Auf den vierten Platz der Ausgaben hat sich der Personalaufwand geschoben. Mehr als für die Armee gibt der Bund für sein Personal aus. Mit den Entschädigungen für die Parlamentarier (71 Millionen) und den Bezügen für Bundesrichter (38 Millionen), Bundesräte und Bundeskanzlei (4 Millionen) beläuft sich der Personalaufwand beim Bund auf 4,94 Milliarden – mehr als die Landesverteidigung. Ende 2011 beschäftigte die Eidgenossenschaft auf Vollzeitbasis 33 054 Personen. Umgerechnet kostet den Steuerzahler jeder Bundesangestellte rund 150 000 Franken.

So summiert sich Milliarde um Milliarde. Insgesamt beliefen sich die ordentlichen Ausgaben 2011 auf 62,33 Milliarden, die Einnahmen dagegen auf 64,24 Milliarden statt der veranschlagten 62,42 Milliarden. Das ergibt eigentlich ein Plus von 1,9 Milliarden Franken. Ein schönes Ergebnis, das dank höherer Fiskaleinnahmen, also dank dem Fleiss und dem Erfolg der Steuerzahler und Unternehmen, entstanden ist. Sind diese 1,9 Milliarden Franken für die Schuldentilgung des Bundes – rund 110 Milliarden – verwendet worden? Mitnichten. Wenn unverhofft mehr Geld eingenommen wird, finden sich sofort Extraposten und «Sonderfinanzierungen». So landete der Überschuss im Infrastrukturfonds (850 Millionen) und als weiterer Sanierungsbeitrag in der Pensionskasse der SBB (1148 Millionen): Es wird also erneut eine Milliardenranche für die Renten der Staatsangestellten bereitgestellt, finanziert durch die Allgemeinheit.

Die Zahlen sprechen für sich. Das linke Mantra, wonach der Schweizer Staat kaputtgespart werde, stimmt schlicht nicht. Das zeigt allein das Ausgabenwachstum zwischen 2000 und 2012 von 47,13 auf 62,33 Milliarden, was einem Zuwachs von über 32 Prozent entspricht.

Die öffentliche Hand zeigt sich spendabel. Die Rechnung geht an die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, an die Konsumentinnen und Konsumenten, an die Autofahrerinnen und Autofahrer, Raucher, Biertrinker, Lastwagenunternehmen (siehe Tabelle oben links). Die Belastung ist ungleich verteilt. Während die Mehrwertsteuer alle Haushalte gleich trifft, wird die Bundessteuer (17,89 Milliarden) fast ausschliesslich von den höheren Einkommen finanziert: Laut Economiesuisse zahlen die obersten 8,6 Prozent der Steuerpflichtigen 68,9 Prozent der Bundessteuern. Womit geklärt ist, wer die Schweiz finanziert: wer viel leistet, Auto fährt, raucht, Aktien besitzt und nach der Steuererklärung ein Feierabendbierchen trinkt. ○

Neues aus der Anstalt

Eine rabiante rote Führung hat innert Monaten die Psychiatrische Klinik «Waldau» bei Bern in ein Tollhaus verwandelt: Sie ist gescheitert und sollte das Gelände schleunigst räumen.

Von Urs Paul Engeler

Für SP-Regierungsrat Philippe Perrenoud war es vor gut einem Jahr ein «Glücksfall», dass er die von Fachkenntnissen völlig unbelastete, aber rücksichtslos agierende SP-Funktionärin Regula Mader an die Spitze der Universitären Psychiatrischen Dienste (UPD) – im Volksmund weiterhin «die Waldau» genannt – hieven konnte. Die Juristin mit unschönen Vorgeschichten als Regierungsstatthalterin hatte den (expliziten oder informellen) Auftrag, die UPD von allen Menschen zu säubern, die dem Herrn Regierungsrat nicht gefielen. Geworden ist daraus ein Desaster für den ganzen Kanton Bern, das noch nicht ausgestanden ist.

Nachdem Mader Position um Position umbesetzt und durchgehend mit «Helfershelferinnen» bestückt hatte, wagte sie am 22. Februar den finalen Coup: Sie stellte dem Rektorat der Universität Bern den Antrag, Prof. Dr. Dr. Werner Strik, Direktor Psychiatrie und damit ihr wichtigster Mitarbeiter, sei zu entlassen. Strik ist ein Privatfeind Perrenouds, der früher ebenfalls als Psychiater gearbeitet hat (*Weltwoche* Nr. 22/12). Mitgeliefert wurde dem Gesuch um Entfernung ein offenbar heimlich angelegtes «Sündenregister». In einer ersten und unbedarften Reaktion stieg der überforderte bis hilflose Rektor Martin Täuber tatsächlich auf Maders Ansinnen ein und erklärte vor Zeugen, ein Verbleib Striks in dessen Position sei nicht denkbar.

So konnte Mader via interne Mails bereits jubelnd und apodiktisch ihre Botschaft verbreiten: «Die Geschäftsleitung hat Ihnen bereit [gemeint ist wohl: bereits, die Red.] schriftlich mitgeteilt, dass eine weitere Zusammenarbeit mit Prof. Werner Strik für sie keine Option ist.» Im Siegesrausch wies sie auch sämtliche Forderungen der Assistenz- und Oberärzte ab, die auf eine Rückkehr Striks drängten und organisatorische Änderungen verlangten. In harschem Ton wies sie die protestierende Ärzteschaft an: «Eskalation ist kein guter Weg. Wir bitten Sie [...], von weiteren Eskalationen abzusehen und sich an die Regeln unseres Unternehmens und die gesetzlichen Vorgaben zu halten.» Schliesslich flötete die rabiante Machtfrau: «Bitte erinnern Sie sich daran, dass es bei unser aller Arbeit um das Wohl unserer Patientinnen und Patienten geht.»

Geholt hat sie eine späte, harte und verdiente Ohrfeige. Die Universitätsleitung, die das dreckige Dossier juristisch sauber aufarbeitete, hat diese Woche in einem ausführlichen, 33-seitigen Entscheid nicht nur alle Anträge von lic. iur. Regula Mader abgeschmettert, sondern ihr gleich auch juristische, menschliche und

politische Lektionen erteilt. Die Uni-Leitung bezeichnet die willkürlich zusammengeschusterten Argumente Maders (und implizit stets auch jene des rachsüchtigen Perrenoud) schlicht als «nicht nachvollziehbar»; sie vermag oft beim sorgfältigsten Willen gar nicht «zu erkennen, was Prof. Strik zur Last gelegt werden könnte», und kann, Punkt für Punkt, Seite für Seite, «den diesbezüglichen Vorwürfen der UPD [...] nicht folgen».

«An der Grenze zur Anmassung»

Abwertende und unbelegte Äusserungen des Duos Mader/Perrenoud über Striks Reputation in der Fachwelt weist die Universität sogar in äusserst scharfem Ton zurück: Sie betrachte «dieses pauschale Urteil als unzulässig und an der Grenze zur Anmassung». Und abschliessend klagt sie die selbstherrliche Leiterin der «Waldau» an, sie habe nie das klärende Gespräch gesucht und so die rechtzeitige Suche nach Alternativen verbaut: «Durch das resolute Vorgehen der Vorstehenden der Geschäftsleitung, den sich daraus ergebenden zeitlichen Druck und die verhärteten Fronten rückte eine solche Lösung aber auch aus dem Bereich des Machbaren.»

Professor Werner Strik, der im feinen Berner *Bund* bereits mehrfach vorverurteilt wurde, ist damit mehr als nur rehabilitiert. Er müsste, auch auf Wunsch der Belegschaft, rasch auf

seinen Posten als Dozent, Chefarzt und Direktor zurückkehren können. Dann aber hätten Mader, für die Striks Comeback in der «Waldau» weiterhin «keine Option» ist, und mit ihr die aktuelle Geschäftsleitung sowie die neuen «Helfershelferinnen» ihre Büros zu räumen. Mader und Co. denken indes nicht daran, im Gegenteil: Unbelehrbar und dreist wiederholt sie per Communiqué ihre akribisch widerlegten Anschuldigungen; ebenso rotzfrech wirft sie der zuständigen Universität vor, falsch entschieden zu haben.

Die aktuelle Eskalationsstufe heisst nun: Strik oder Mader. Diesen grundsätzlichen Konflikt mochte die Universitätsleitung, die lange zögerlich agiert hatte, nicht abschliessend entscheiden. Sie hat «die Angelegenheit [...] dem Regierungsrat zum endgültigen Entscheid vorgelegt» und die Möglichkeit einer Kündigung «im öffentlichen Interesse» angetönt, die offenbar auch ohne Grund erfolgen kann. Dass damit «die Angelegenheit» wieder bei Gesundheitsdirektor Philippe Perrenoud (SP) landet, der die geschmacklose Affäre losgetreten hat und in den Ausstand treten müsste, ist eine weitere üble Pointe. Politisch von Belang ist die Frage, ob die Gesamtregierung den Irrsinn endlich beendet, den linken Amoklauf stoppt und den Ruf von UPD und Universität wiederherstellt. ○



Mehr als nur rehabilitiert: Professor Strik.



Politische Lektion: SP-Funktionärin Mader.

«Als Bundesrat wäre ich allein»

Nach zwei verlorenen Bundesratswahlen wurde Jean-François Rime jetzt Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbands. Der Freiburger Unternehmer und SVP-Politiker über den Wirtschaftsminister, den Atomausstieg und die Zukunft der Sozialversicherungen. Von Florian Schwab und Lukas Maeder (Bild)

Herr Rime, wie haben Sie im Nationalrat bei den Steuerabkommen gestimmt?

Gegen die Abkommen mit Deutschland und Grossbritannien. Hier sind die vereinbarten Steuersätze einfach viel zu hoch, als dass die Schweiz für die betreffenden Kunden noch attraktiv bleiben könnte. Im Abkommen mit Österreich ist die Lage anders, da konnte ich zustimmen.

Erwarten Sie ein Referendum?

Man wird sehen, was die Auns macht. Ich bin Mitglied, wenn auch nicht besonders aktiv. Mein Vater gehörte gemeinsam mit dem damaligen Präsidenten des Schweizerischen Gewerbeverbandes (SGV), Otto Fischer, zu den Mitbegründern.

Sie waren bei der Zuppiger-Nachfolge klar der rechtsbürgerlichste Kandidat.

Auch Sylvia Flückiger, Gerhard Pfister und Jean-René Fournier sind bürgerliche Politiker.

Im Vergleich zu Ihnen ist Fournier ein Linker.

Wenn Sie sich die Rankings anschauen, bin ich vielleicht ein bisschen weiter rechts. Für das Amt des SGV-Präsidenten war allerdings nicht die politische Einstellung entscheidend, sondern die Verankerung im Gewerbe. Gegenüber Fournier hatte ich ausserdem den Vorteil, dass ich durch meine beiden Bundesratskandidaturen in der Deutschschweiz eine gewisse Bekanntheit erlangt habe.

Welche Bundesräte haben Sie seit Ihrer Wahl bereits getroffen?

Alain Berset hat vor einigen Tagen die Parteien und Wirtschaftsverbände eingeladen, um über die Altersvorsorge zu sprechen. Als Freiburger kenne ich ihn gut, da wir zweimal miteinander einen Wahlkampf um den Ständerat geführt haben. Wir schätzen uns, auch wenn wir politisch weit auseinanderstehen.

Bei welchem Bundesrat sehen Sie die Anliegen des Gewerbes am besten vertreten?

Der Schweizerische Gewerbeverband versteht sich als Partner der Regierung. Die Anliegen, die uns wichtig sind, besprechen wir mit den zuständigen Bundesräten.

Bundesrat Schneider-Ammann wäre als Wirtschaftsminister demnach eine Ihrer ersten Ansprechpersonen.

Das Wirtschaftsministerium ist im Vergleich zu anderen Departementen derzeit weniger wichtig. In der Wirtschaftspolitik



«Es gibt nicht nur schlechte Kartelle»: Gewerbeverbandspräsident Rime.

ist es sowieso besser, möglichst wenig zu machen.

Schneider-Ammann macht aber viel. Er erklärt zum Beispiel einen Gesamtarbeitsvertrag nach dem anderen für allgemeinverbindlich, was die bürokratischen Anforderungen an die Unternehmen erhöht und die Gewerkschaften stärkt.

Ja, das überrascht uns.

Ausserdem hat er eine sehr radikale Kartellgesetzrevision vorgelegt.

Ich kenne Johann Schneider-Ammann seit vielen Jahren. Lassen Sie mich mit einem Sprichwort antworten: «Die Suppe wird nicht so heiss gegessen, wie sie gekocht wird.» Obwohl wir den jetzigen Vorschlag klar ablehnen, gibt es Themen, die mich noch mehr beunruhigen.

Welche?

Da ist zum Ersten der Bereich der Sozialversicherungen. Insbesondere die zweite Säule muss dringend nachhaltig finanziert werden, beispielsweise durch die Flexibilisierung des Rentenalters. Wenn Bundesrat Berset sagt, er möchte diese Frage nur im Kontext aller drei Säulen ansehen, dann erfüllt mich das mit Sorge. Im SP-Parteiprogramm soll die AHV auf Kosten der anderen Systeme ausgebaut werden. Unsere Position ist klar: Wir wollen die bestehenden Sozialwerke langfristig solide finanzieren und auf keinen Fall neue schaffen.

Und weiter?

Zwei weitere Schwerpunkte sind Energie und Infrastruktur allgemein. Die Energieversorgung ist für die Wirtschaft absolut zentral, und Bundesrätin Leuthards Konzept des Atomausstiegs bis 2035 überzeugt uns nicht. In Zeiten, wo die Wirtschaft wegen der Währungssituation und der unsicheren Lage im Euro-Raum sowieso herausgefordert ist, sollte alles vermieden werden, was die Energie verteuert.

Wo sehen Sie das Hauptproblem?

Die Frage ist: Wie können wir die vierzig Prozent Atomstrom ersetzen und zu welchem Preis? Darauf gibt es noch keine überzeugende Antwort. Ich denke, dass es gelingen wird, in den nächsten dreissig Jahren den Gesamtenergieverbrauch zu senken. Davon macht der Strom allerdings nur rund vierzig Prozent aus, und viele Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz bringen eine Verlagerung weg von fossilen Brennstoffen hin zu elektrischer Energie mit sich. Jede Wärmekraftpumpe, die eine bestehende Ölheizung ersetzt, generiert einen erhöhten Strombedarf. Jede Verlagerung von Gütertransporten auf die Schiene ebenso. Die Eröffnung des Gotthard-Basistunnels wird den Strombedarf der SBB deutlich erhöhen, denn es braucht um ein Vielfaches mehr Energie, wenn ein Zug durch einen Tunnel

fährt als über Land. In dieser Lage aus der Kernkraft auszusteigen, ist sehr problematisch.

Zum Thema Infrastruktur: Was bereitet Ihnen Sorgen?

Die Transporte auf der Strasse werden durch Massnahmen wie die LSVA und Nachtfahrverbote immer weiter verteuert. Zusätzlich sollen jetzt auch noch die Möglichkeiten auf der Schiene reduziert werden, indem die SBB rund ein Viertel der 500 Güterbahnhöfe stilllegen möchte. Mir gefallen die Defizite bei SBB Cargo auch nicht, aber es kann doch nicht sein, dass auf Kosten der Infrastruktur überall gespart wird. Dagegen werden wir kämpfen.

Wie viel Macht und Einfluss hat der Gewerbeverband?

Es gibt in der Schweiz vier Wirtschaftsdachverbände mit mehr oder weniger Einfluss. Das sind Economiesuisse, der Bauernverband, der Gewerkschaftsbund und eben der Gewerbeverband. Mit unseren 300 000 Mitgliedern können wir jederzeit ein Referendum lancieren. Das will aber immer gut

«Die Politik kann wenig für die Wirtschaft tun, aber viel gegen die Wirtschaft.»

überlegt sein, denn ob wir es am Schluss auch vor dem Volk gewinnen, ist eine andere Frage.

Wie grenzen Sie sich von Economiesuisse ab?

Der Gewerbeverband ist eher binnenwirtschaftlich geprägt, auch wenn der Export mit rund 30 Prozent stark vertreten ist. Unsere Mitglieder sind vor allem kleine und mittlere Unternehmen. Economiesuisse vertritt die Grossunternehmen, hauptsächlich die Exportindustrie, den Finanzplatz und Versicherungen. Als Präsident des SGV bin ich zu den Vorstandssitzungen von Economiesuisse eingeladen. Das bedeutet aber nicht, dass wir der kleine Bruder von Economiesuisse sind. Es gibt viele Themen, die wir gemeinsam vertreten. Wir haben dabei aber ein klares, eigenständiges Profil, das gelegentlich auch von Economiesuisse abweicht.

In vielen Themen vertritt der Gewerbeverband mutigere und liberalere Positionen als Economiesuisse. Als einziger Verband waren Sie von Anfang an gegen die Wechselkurs-Untergrenze und kämpfen gegen die Kartellrechtsrevision.

Es freut mich, dass das so wahrgenommen wird. Sicherlich hängt das auch mit der Person unseres Direktors Hans-Ulrich Bigler zusammen, eines Mannes mit unzweifelhaft wirtschaftsliberalen Ansichten.

Das heisst, der SGV bekennt sich heute klarer zur Marktwirtschaft als früher?

In der Tendenz ja. Allerdings sind wir ein Dachverband, in dem die Interessen der einzelnen Mitglieder nicht immer dieselben sind. **Das Gewerbe hatte früher oftmals protektionistische Instinkte mit strikten Berufsregelungen, Marktabschottungen und kartellähnlichen Absprachen.**

Es gibt nicht nur schlechte Kartelle. Mein Kollege Lustenberger hat kürzlich Pluspunkte gefordert für Betriebe, die Lehrlinge ausbilden. Für manch einen mag das aussehen wie Protektionismus. Ich meine aber, dass Schutzmassnahmen für KMU manchmal gerechtfertigt sind.

Wo liegt für Sie die Grenze des Erlaubten?

Der rechtliche Rahmen ist relativ klar. Wir könnten nicht von heute auf morgen einfach die Zölle erhöhen, um die einheimischen Unternehmen zu schützen. Da würden wir mit der WTO in Konflikt geraten.

Ein bescheidener Anspruch. Geht es nicht eher darum, die Marktwirtschaft als Ordnungsrahmen zu verteidigen, auf den man sich auch glaubwürdig berufen möchte?

Jede Regulierung verursacht Bürokratie und Kosten. Wenn man das mit berücksichtigt, gelangt man automatisch zu einer sehr zurückhaltenden Wirtschaftspolitik. Wie schon gesagt: Die Politik kann wenig für die Wirtschaft tun, aber viel gegen die Wirtschaft.

Haben für Sie die Positionen des Gewerbeverbands oder der SVP Priorität?

Mit meiner Partei ist abgesprochen, dass ich im Zweifel die Haltung des SGV vertrete. Glücklicherweise stimmen die Positionen ja meistens überein.

Eine bedeutende Ausnahme ist die Personenfreizügigkeit. Der Gewerbeverband ist dafür, die SVP ist dagegen.

Ich war im Initiativkomitee für die Einwanderungsinitiative. Das war bei meiner Wahl zum Präsidenten bekannt. Ich werde mich im Abstimmungskampf zurückhalten und nicht, wie damals Hans Grunder bei der Ausschaffungsinitiative, als Mitglied des Initiativkomitees dagegen Front machen.

Wären Sie eigentlich lieber Bundesrat als Präsident des Gewerbeverbands?

Ich habe zweimal für den Bundesrat kandidiert. Nicht weil ich mir besonders grosse Chancen ausgerechnet habe, sondern weil es für die Partei wichtig war. Wenn man sich den Bundesrat heute ansieht, denke ich nicht, dass das Amt besonders attraktiv wäre. Schauen Sie Ueli Maurer an: Er stimmt fast immer alleine. Auch ich wäre meistens in der Minderheit, auch bei sehr wichtigen Themen. Als Präsident des Gewerbeverbandes kann ich mehr bewegen. Das KMU-Leben ist mein Leben. Mein gesamtes Vermögen steckt in meinen Betrieben. Das ist familiär bedingt. Bereits zu Hause am Familientisch wurde mehr von Investitionen, Aufträgen und Krediten gesprochen als von Ferien. ○



«Wie Odysseus zwischen den Seeungeheuern Skylla und Charybdis»: Ruth Genner, Vorsteherin des Zürcher Tiefbaudepartements.

Grünes Kraftpaket

Die ehemalige Parteipräsidentin der Grünen, Ruth Genner, steht als Zürcher Stadträtin in der Kritik und verärgert sogar ihre Gesinnungsgenossen.

Von Christoph Landolt

Um sechs Uhr in der Früh geht es los. Auf Portugiesisch und Albanisch rufen sich die dreissig Arbeiter Anweisungen und Scherze zu. Für Carola Vetter* ist dann nicht mehr an Schlaf zu denken, obwohl sie alle Fenster verrammelt hat. Die Bauarbeiter sind schliesslich nur drei Meter von ihrem Schlafzimmer entfernt, in Baubaracken. Zwei Etagen hoch türmen sich diese vor dem Haus an der Kanzleistrasse 135 in Zürich. Der burgartige Containerstapel lässt kaum Licht in Veters Zweizimmerwohnung.

Besonders schlimm ist es für die Bewohner des Mehrfamilienhauses, wenn die Arbeiter die ganze Nacht hindurch werken. Immer wieder fräsen sie Leitungsröhre auf dem Dach der Baracken zu, wenige Schritte von der Hausmauer entfernt. Weil auch die Badezimmer zur Strasse hin liegen, schliesst Carola Vetter vor dem Duschen die Läden. Seit Juli 2011 stehen die Container nun schon vor dem Haus.

Weg kommen sie erst in einem Jahr, im Juni 2013, wenn die Stadt Zürich alle alten Wasserrohre im Quartier ersetzt haben wird.

Um sich zu wehren, haben die Mieter Unterschriften gesammelt und bei der Hausverwaltung interveniert. Sie wollen, dass die Container anderswo aufgestellt werden – oder eine Mietzinsreduktion. Robert Meier, Geschäftsführer der Habitat 8000 AG, einer gemeinnützigen Bauinvestorin, hat Verständnis für den Ärger seiner Mieter. Er hat Stadträtin Ruth Genner deshalb einen Brief geschrieben mit der Bitte, die Container zu verschieben.

Es gäbe durchaus Alternativen. Meier schlug die nahe Pflanzschulwiese vor. «Hier hat es praktisch nie Leute. Höchstens einmal ein Secondo, der seinen Kampfhund trainiert.» Noch näher ist eine Brücke über die Bahngeleise, auf der sich eine Glassammelstelle befindet. Würde man diese verschieben, wäre genug Platz für die Bau-

baracken, meint Meier. Diese Standorte zeigte er auch dem zuständigen Bauleiter, der mit ihm nach Lösungen suchte. «Er hätte nichts dagegen gehabt, die Container zu verschieben.»

«Keinen passenden Standort»

Etwas dagegen hatte aber Ruth Genner (Grüne), Vorsteherin des Zürcher Tiefbaudepartements. Das Amt habe mögliche Ersatzstandorte geprüft, «aber im dafür in Frage kommenden Perimeter keinen passenden Standort gefunden», teilte Genner schriftlich mit. Die Pflanzschulwiese komme «nicht in Frage, da diese Grünfläche den Schulen und den Anwohnenden [sic!] im Quartier als Sportplatz und für andere Aktivitäten zur Verfügung stehen muss». Zudem müssten Bäume gefällt werden, um Platz zu schaffen.

Es ist nicht das erste Mal, dass Ruth Genner als halsstarrig und bürgerfern wahrgenom-

men wird. Im Zweifel schlägt sich die ehemalige Parteipräsidentin der Schweizer Grünen auf die Seite der Gänseblümchen. Selbst im links-urbanen Kreis 4, in dem die Kanzleistrasse liegt und wo das linke Lager zwei Drittel aller Parlamentarier stellt, stösst Genner mit ihrer Politik auf Unverständnis. «Seit ihrer Wahl vor vier Jahren hat es Ruth Genner geschafft, auf politischer Ebene so ziemlich alle gegen sich aufzubringen», bilanzierte letzte Woche die NZZ. Für FDP und SVP sei sie von jeher ein rotes Tuch, doch seit einiger Zeit üben auch SP und Grüne auffällig viel Kritik. Inzwischen, so das Blatt weiter, dürfte sich Genner vorkommen «wie Odysseus zwischen den Seeungeheuern Skylla und Charybdis».

Erinnerung an Monika Stocker

Im Wesentlichen ist ihre unkomfortable Situation auf drei Defizite zurückzuführen: Kommunikationsschwäche, eine gewisse Rücksichtslosigkeit und mangelndes Feingefühl.

Wenn Genner spricht, stiftet sie immer wieder Verwirrung. Während ihre Gesinnungsgenossen wohlwollend von «unglücklicher Kommunikation» sprechen, werfen ihr die Kritiker Irreführung vor. Als im letzten Herbst das Stadtzürcher Stimmvolk eine Initiative annahm, die den Autoverkehr um 30 Prozent reduzieren will, erzählte Genner, es gebe zwischen ihr und dem kantonalen Volkswirtschaftsdirektor Ernst Stocker (SVP) keine Differenzen. «Herr Stocker will die Stadt dabei unterstützen.» Stocker, der in Sachen Autoverkehr auch in der Kantonshauptstadt ein gewichtiges Wort mitzureden hat, sah das anders. Mittels Communiqué stellte er klar, die Informationen seien «unvollständig» und «teilweise verzerrt» wiedergegeben worden. Das gleiche Spiel wiederholte sich, als Genner im Zusammenhang mit der Neugestaltung der Sechseläutenwiese eine Fahrspur des Utoquais,

eine der wichtigsten Einfallstrassen in die Stadt, streichen wollte. Im Gemeinderat gab Genner an, der Regierungsrat habe den Spurbau bewilligt. Das Parlament gab deshalb seinen Segen, für den Platz wie auch für die verengte Strasse. Regierungsrat Stocker aber wusste nichts von einer kantonalen Bewilligung. Und Genner? Anstatt hinzustehen und einen Fehler zuzugeben, liess sie in aller Eile ein Rechtsgutachten verbreiten, in dem eine drei Jahre alte Stellungnahme des kantonalen Amtes für Verkehr zu einem kantonalen Ja umgedeutet wurde.

«Sie erinnert mich immer mehr an die ehemalige Sozialvorsteherin Monika Stocker», sagt Mauro Tuena, SVP-Fraktionschef

Anstatt einen Fehler zuzugeben, liess sie in aller Eile ein Rechtsgutachten verbreiten.

im Gemeinderat und Präsident der Verkehrskommission. Tuena glaubt nicht an ein Missverständnis, sondern an Kalkül. Wollte die grüne Politikerin unter dem Titel Neugestaltung ein neues Verkehrshindernis hineinschmuggeln, wie ihre Kritiker argwöhnen? Vieles spricht dafür. Wenn Ruth Genner für die Ökologie kämpft, nimmt sie auf juristische Details keine Rücksicht.

Einer, der zu den Leidtragenden von Genners Politik gehört, ist Fredi Kunz. Dem Ingenieur gehört ein Haus im Stadtteil Affoltern, das mehrere günstige Wohnungen beherbergt. Nun droht Kunz gemäss *Tages-Anzeiger* die Enteignung, auf jeden Fall aber ein grosser finanzieller Schaden. Geht es nach dem Willen von Tiefbauvorsteherin Genner, wird das Haus nämlich abgerissen, sobald die geplante neue Tramlinie nach Affoltern gebaut wird. Den Hauseigentümer zu informieren, hielt

Genner nicht für nötig. Als Fredi Kunz das Gespräch suchte, wollte sie nicht mit sich reden lassen. «Ich hatte den Eindruck, dass ihr mein Problem ziemlich egal ist.»

Kunz' Chancen stehen schlecht. Die sogenannte Baulinie, der sein Haus geopfert werden dürfte, ist die einzig umstrittene von insgesamt dreissig neuen Baulinien. Man hätte über seinen Fall auch gesondert abstimmen können. Ruth Genner aber setzte auf eine Päckli-Politik: Wollen die Zürcher baldmöglichst ein Tram nach Affoltern, müssen sie an der Urne automatisch gegen Kunz' Haus stimmen. Eine andere Wahl haben sie nicht.

Genner und die Steinschleuder

Geht es hingegen um Kunst im öffentlichen Raum, kann es für Genner nicht aufwendig und teuer genug sein. Der 600 000 Franken teure Hafenkran, den die Stadt vorübergehend am Limmatufer aufstellen wollte (er soll daran erinnern, dass Zürich am Wasser liegt), wurde vom Gemeinderat gestrichen. Anstatt den Entscheid umzusetzen, suchte Genner nach Hintertüren.

In die Kategorie Realsatire gehört die sechzehn Meter hohe Steinschleuder, die Genners Direktion im neuen Hardaupark aufstellen liess (*Weltwoche* Nr. 16/12). Das mittlerweile 430 000 Franken teure Kunstwerk in Form eines Y ist nicht nur Kunst, sondern auch Schaukel – und ein finanzielles Fiasko. Seit ihrer Aufstellung im vergangenen September war die Schaukel nie länger als ein paar Stunden geöffnet; immer neue Qualitätsmängel machen immer neue Nachbesserungen nötig. Zu Genners Glück hat in der Stadt Zürich noch niemand gefragt, was die Pannenserie beim Y mit der Führungskultur im Tiefbaudepartement zu tun haben könnte.

* Name von der Redaktion geändert.



Das Leben sollte wieder einfacher werden.

Die Bürokratie kann einem wirklich manchmal über den Kopf wachsen. Aber nicht bei Sympany: Profitieren Sie von flexiblen Lösungen und persönlichem Service für Private und Unternehmen – erfrischend anders. Jetzt informieren: www.sympany.ch

sympany
versicherungen



«Knallharte Untersuchung»: Finanzministerin Widmer-Schlumpf (BDP).



Ausgeprägter Riecher für politische Befindlichkeiten:

Formaljuristischer Nebel

Die Strafuntersuchung der Zürcher Staatsanwaltschaft gegen SVP-Nationalrat Christoph Blocher trägt alle Merkmale eines politischen Prozesses. Wenn die parlamentarische Immunität in diesem Fall nicht greift, sollte man sie getrost gleich ganz abschaffen. *Von Alex Baur*

Nach seiner Wahl zum Reichskanzler im Januar 1933 liess Adolf Hitler unter einem Vorwand erst einmal eine Reihe kommunistischer und sozialistischer Parlamentarier verhaften. In einem nächsten Schritt peitschte er das berühmte «Ermächtigungsgesetz» durch den Reichstag, das ihn mit einem Schlag zum Diktator machte. Das dafür nötige Quorum erreichte Hitler nur, weil die Stimmen der Linken fehlten – sie sassen in Untersuchungshaft. Das versties natürlich gegen alle Prinzipien der Demokratie. Doch, streng juristisch betrachtet, war Hitlers Staatsstreich legal zustande gekommen.

Der Trick war keine Erfindung Hitlers. Schon immer nutzten Herrscher schikanöse Justizverfahren, um unbotsmässige Volksvertreter zu diffamieren, zu blockieren und notfalls zu eliminieren. Ob am Schluss eine Verurteilung erfolgt, ist nebensächlich. Oft erzielt

bereits die Eröffnung des Verfahrens den gewünschten Effekt. Missbräuchliche Strafverfahren dienen aber auch dazu, die Privatsphäre von politischen Gegnern auszuspionieren. In der russischen Demokratie etwa setzt Putin Oppositionelle mittels ruinöser Strafverfahren ausser Gefecht, im malaysischen Rechtsstaat reicht dafür eine Anklage wegen angeblicher Homosexualität. Alles streng nach Gesetz.

Das ist der Grund, weshalb Volksvertreter in manchen Ländern straffrechtliche Immunität geniessen. Will heissen: Strafverfahren gegen gewählte Politiker brauchen die Ermächtigung eines politischen Gremiums. Im Kern geht es um die Gewaltentrennung. Es soll verhindert werden, dass die Exekutive ihre Staatsanwälte gegen die Legislative ins Feld schickt. Von zentraler Bedeutung ist dabei die Öffentlichkeit. Transparente Verfahren und der Druck der Wähler sollen verhindern, dass sich Politiker,

die tatsächlich ein Delikt begangen haben, hinter der Immunität verstecken.

Es stellt sich die Frage, ob der Schutz vor missbräuchlichen Strafverfahren in einer gefestigten Demokratie noch notwendig ist. In der Schweiz wurde die Immunität der Volksvertreter mit der Reform des Parlamentsgesetzes, die am 5. Dezember 2011 in Kraft trat, stark eingeschränkt. Geschützt werden nur noch Aktivitäten, die im «direkten Zusammenhang» mit der Amtstätigkeit stehen.

Schutz vor dem Volk

In der Praxis halten sich die Räte damit vor allem Verfahren wegen Ehrverletzung und Rassismus vom Hals, die von privaten Klägern ausgelöst werden. Damit findet eine Verlagerung der Immunität statt: Sie schützt den Parlamentarier nicht mehr in erster Linie vor der Regierung, sondern vielmehr dem Volk. Neu



Zürcher Oberstaatsanwalt Brunner.



Überbringer der schlechten Nachricht: Nationalrat Blocher (SVP).

ist auch, dass die Aufhebung der Immunität der öffentlichen Kontrolle weitgehend entzogen wurde: Sie wird nicht mehr im Plenum, sondern in geheimen Verfahren beschlossen.

Die Aufhebung der Immunität von Nationalrat Christoph Blocher (SVP) in der Causa Hildebrand ist der erste Fall, bei dem die neue Auslegung der Immunität zur Anwendung kommt. Das Verfahren hat Pilotcharakter, muss doch erst definiert werden, was in der Praxis genau unter einem «direkten Zusammenhang» mit dem Amt zu verstehen ist. Und dafür ist der hochpolitische Fall Blocher geradezu prädestiniert. Denn über dem ganzen Verfahren liegt die klassische Konstellation: Regierung versus Parlamentarier.

Eveline Widmer-Schlumpf (BDP), die Bundespräsidentin persönlich, hatte im letzten Januar mit Nachdruck eine «knallharte Untersuchung» gegen jene gefordert, die Hildebrand zu Fall brachten. Dass sie jemand anders als ihren ewigen Antagonisten Christoph Blocher im Visier hatte, ist schwer vorstellbar. Als Finanzministerin hielt sie dem Nationalbankpräsidenten bis zum bitteren Ende die Stange. Obwohl dem SVP-Nationalrat absolute Vertraulichkeit zugesichert worden war, als er den Bundesrat über den Insider-Verdacht gegen den Nationalbank-Präsidenten informierte,

wurde Christoph Blocher als Überbringer der schlechten Nachricht geoutet, bevor Philipp Hildebrand unter dem Druck der Fakten zum Rücktritt gezwungen wurde.

Sowohl die Kommission des Nationalrats, die Blocher den parlamentarischen Schutz nur teilweise verweigert hatte, wie auch jene des Ständerates, welche die Immunität letzte Woche gleich ganz aufhob, haben diesen Konflikt sorgsam ausgeblendet. Stattdessen wurde streng legalistisch argumentiert. Wie der SP-Ständerat und Anwalt Claude Janiak (BL) auf allen Kanälen versicherte, habe man sich ungeachtet der politischen Präferenz allein vom Buchstaben des Gesetzes leiten lassen.

Die Classe politique schlägt zurück

Nicht einmal ausgewiesene Blocher-Hasser mögen diesen Beteuerungen folgen. SVP-Chefideologe Blocher habe ein Leben lang die Classe Politique verhöhnt und dürfe sich nun nicht wundern, wenn ihn diese fallenlasse, schrieb etwa Ringier-Chefideologe Frank A. Meyer sinngemäss im *Sonntagsblick*.

Der Kommentator des *Tages-Anzeigers* formulierte es direkter: «Das riecht nach Abrechnung.» Tatsächlich sind die Gesetze aber alles andere als klar. Sie lassen der Politik einen grossen Spielraum offen.

Die selbstaufgelegten richterlichen Weihen stehen der ständerätlichen Kommission auch denkbar schlecht an. Einzelne Exponenten – namentlich Christian Levrat (SP/FR) und Pirmin Bischof (CVP/SO) – hatten die Strafexpedition gegen Blocher öffentlich gefordert, bevor diese eröffnet worden war. Und auch der alte Blocher-Gegner Janiak eignet sich kaum für die Rolle des unbefangenen Unparteiischen. Er war Teil jener Kommission, die Justizminister Blocher im Wahlherbst 2007 einen erfundenen Komplott gegen die Bundesanwaltschaft unterstellte. Bis heute konnte er sich nie zu einer Entschuldigung für den Flop durchringen.

Vor allem aber ist es die Zürcher Staatsanwaltschaft selber, die mit ihrer medienwirksam inszenierten Hausdurchsuchung bei Blochers am 20. März dieses Jahres dem Verfahren den üblen Geruch nach Politjustiz verpasste. Entgegen den gesetzlichen Bestimmungen versäumten es die Strafverfolger, bei den Präsidenten der eidgenössischen Räte eine Ermächtigung für die Zwangsmassnahme einzuholen. In Eigenregie entschieden sie kurzerhand, dass der SVP-Nationalrat keine Immunität genieisse. Erstaunlicherweise nahmen die Parlamente diesen Affront klaglos hin, wie Rechtsprofessor und SP-Politiker Martin Killias in der *Basler Zeitung* monierte. >>>

Die Staatsanwaltschaft stellte sich auf den Standpunkt, dass Blochers Immunität erst mit dessen Verteidigung am 5. Dezember 2011 in Kraft trat. Namhafte und politisch unverdächtige Rechtsgelehrte wie Professor Thomas Fleiner oder alt Bundesrichter Martin Schubarth (vormals SP) kritisieren diese Auslegung des Gesetzes, die von den parlamentarischen Kommissionen übernommen wurde, als haltlos und «formalistisch». Wie Schubarth in einem Gutachten festhält, setzte man sich damit nonchalant über eine Lehrmeinung hinweg, die sich über achtzig Jahre gefestigt habe. Mit der rechtsgültigen Wahl durch das Volk werde auch die Immunität wirksam.

Das Datum ist deshalb von Bedeutung, weil die Staatsanwaltschaft Blocher vorwirft, am 3. Dezember 2011 – zwei Tage vor seiner Verteidigung – dem Bankangestellten Reto T. «Gehilfenschaft zur Bankgeheimnisverletzung» geleistet zu haben. So steht es im Hausdurchsuchungsbefehl und im Ermächtigungsgesuch an die eidgenössischen Räte. Darauf ist die Staatsanwaltschaft zu behaften. Der Vorwurf ist einer genaueren Betrachtung wert. Er zeigt, auf welch dünnem Eis die Strafermittler gehen.

Tatvorwurf wirkt reichlich konstruiert

Unbestritten ist, dass Nationalrat Blocher den Bank-Informatiker Reto T., den er nicht einmal dem Namen nach kannte, an jenem 3. De-

zember zum ersten Mal traf – und auch zum letzten Mal. Den Kontakt hatte der Thurgauer Anwalt und SVP-Politiker Hermann Lei vermittelt, der Reto T. zum Treffen in Blochers Villa begleitete. Im Zuge des Meetings erklärte Reto T., er sei im Besitz von Kontoauszügen, die nahelegten, dass Nationalbank-Präsident Hildebrand privat mit Devisen spekulierte. Blocher leitete diese Informationen unter dem Siegel höchster Vertraulichkeit an Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey (SP) weiter, was eine Untersuchung gegen Hildebrand zur Folge hatte. Zudem veranlasste Nationalrat Blocher in Absprache mit Reto T. eine parlamentarische Anfrage allgemeiner Natur zur Problematik derartiger Devisengeschäfte.

Wie Blocher Reto T. «geholfen» haben soll, das Bankgeheimnis zu brechen, bleibt nebulös. Der Verdacht ergibt vom zeitlichen Ablauf her keinen Sinn. Als T. den Nationalrat erstmals traf, hatte er das Bankgeheimnis längst mehrfach gebrochen – als er den Kontoauszug von Hildebrand an seinem Arbeitsplatz kopierte, als er Lei und später den Zürcher SVP-Kantonsrat Claudio Schmid informierte. Dass Blocher seinerseits die Bundespräsidentin ins Vertrauen zog, wirft man ihm offenbar nicht vor. Sonst hätte das Verfahren zwingend auf Calmy-Rey ausgeweitet werden müssen.

Reichlich konstruiert mutet auch der zweite Tatvorwurf der Staatsanwaltschaft gegen Blo-

cher an: «Versuchte Verleitung zur Verletzung des Bankgeheimnisses». Der Hintergrund: Nachdem kurz vor Weihnachten alles darauf hindeutete, dass Hildebrands Geschäfte unter den Teppich gekehrt werden sollten, beschlossen Hermann Lei und Reto T. den Gang an die Öffentlichkeit. Ein erstes Treffen mit *Blick*-Reportern scheiterte (*Weltwoche* Nr. 13/12). In der Folge gab Lei, offenbar ohne explizite Einwilligung von Reto T., Kopien der Kontoauszüge an *Weltwoche*-Redaktor Urs Paul Engeler weiter, der sie publizierte und damit den Skandal auslöste. Blocher könnte, so der Verdacht, Lei den Kontakt zu Engeler empfohlen haben. Blocher bestreitet dies, und letztlich spielt es keine Rolle: Lei hatte kein Mandat einer Bank – er konnte also auch kein Bankgeheimnis brechen.

Mit solchen Fragen beschäftigte sich die Kommission des Ständerates gar nicht erst, die Christoph Blocher nun die Immunität auch für die Zeit nach dem 5. Dezember abspricht. Sie stellt sich auf den Standpunkt, der SVP-Politiker habe nicht als Nationalrat, sondern als Privatperson gehandelt. Ansonsten, so die Logik, hätte er das belastende Material gegen Hildebrand an die GPK des Nationalrats weiterleiten müssen. Dass diese, anders als der Bundesrat, keine Aufsichtsfunktion über die Nationalbank hat, spielte offenbar keine Rolle – ebenso wenig wie die Tatsache, dass Blocher auch als Nationalrat aktiv geworden

105
ONE-O-FIVE

HOLIDAYS

*Wir bezahlen
deine Traumferien*

-  **1. CHECK IN**
auf 105.ch die Traumdestination auf der Weltkarte auswählen
-  **2. BOARDING PASS**
105 hören und den Boarding Pass sichern
-  **3. TAKE OFF**
Jede Woche Traumferien im Wert von CHF 10'000* gewinnen

WWW.105.CH

*ALLE WETTBEWERBSREGELN AUF 105.CH, LAUFZEIT 105 HOLIDAYS 04.06. – 29.06.2012

RADIO 105 EMPFÄNGST DU ÜBERALL AUF DAB+, IM KABELNETZ: Z.B. BS 103.9, BE 105.6, LU 101.7, SG 105.3, ZH 105.1 UND UKW 93.0FM

war und eine Anfrage zum Thema lanciert hatte. Mag sein, dass die Beweggründe der Kommissionsmehrheit in erster Linie opportunistischer Natur waren. Diverse Medien und allen voran der Ringier-Konzern nutzten die Affäre für eine Kampagne gegen den SVP-Übervater, den man endlich in den Ruhestand verbannen möchte. Der unglückliche Reto T. bot mit seinen wirren Botschaften Stoff für Verschwörungstheorien. In dieser Atmosphäre mag es politisch geschickt sein, Blochers Rolle gnadenlos zu durchleuchten und selbst abstrusen Verdächtigungen nachzugehen.

Es ist durchaus denkbar, dass sich auch die Zürcher Staatsanwaltschaft unter der Leitung von Andreas Brunner – ein aalglatter Pragmatiker mit einem ausgeprägten Riecher für politische Befindlichkeiten – von diesem Gedanken leiten liess und Varianten untersucht, an die sie selber nicht ernsthaft glauben kann. Nur ist das kein juristisches Argument. Keinem Bürger – nicht einmal Christoph Blocher – kann zugemutet werden, dass er vor der Justiz seine Unschuld beweist. Erst recht kann es nicht die Aufgabe der Strafverfolgung sein, gegebenen Unschuldigen, zu ermitteln.

Denkbar wäre allerdings auch, dass, wie der *Tages-Anzeiger* mutmasst, die Staatsanwaltschaft aufs Geratewohl und ohne genau zu wissen, wonach sie eigentlich sucht, mal die Privatsphäre eines umstrittenen Politikers

durchleuchtet. Das wäre definitiv das Ende jeder Rechtsstaatlichkeit.

Im Dienste des Establishments

Auffällig ist, dass die Strafermittler jenen Übereifer, den sie gegenüber Blocher und Lei an den Tag legen, gegenüber Philipp Hildebrand völlig vermissen liessen. Dabei wäre gemäss Strafrechtsexperte Killias durchaus denkbar, dass die privaten Devisengeschäfte des Nationalbank-Präsidenten nicht nur einträglich, sondern auch illegal waren.

Ob und in welcher Intensität ermittelt wird, ist ein politischer, nicht ein juristischer Entscheid.

Das Muster ist aus früheren Fällen bekannt. Der gestrauchelte Armeechef Roland Nef oder die Sozialvorsteherin Monika Stocker wurden von der Zürcher Justiz mit Samthandschuhen angefasst und schliesslich verschont, obwohl handfeste Hinweise auf Straftatbestände vorlagen. Verfolgt und bestraft wurden dagegen die Whistleblower, welche die Missstände – ohne jeden Eigennutz – aufgedeckt und publik gemacht hatten. Ob und in welcher Intensität in solchen Fällen ermittelt wird, ist in erster Linie ein politischer, nicht ein juristischer Entscheid. Im Zweifel stand die Zürcher Staatsan-

waltschaft dem herrschenden Establishment stets willfährig zu Diensten.

Gerade vor diesem Hintergrund muss man sich fragen, ob gewählte Volksvertreter nicht auch eine Anlaufstelle für Whistleblower sein könnten, die in der Schweiz nach wie vor keinerlei Schutz geniessen. Diese Rolle, die Nationalrat Blocher in der Affäre Hildebrand wahrnahm, liesse sich mit dem historisch gewachsenen Verständnis der parlamentarischen Immunität ohne weiteres vereinbaren. Blocher verfügt über die Mittel, um sich zu verteidigen. Andere Politiker müssen sich gut überlegen, ob sie das Risiko einer Strafverfolgung auf sich nehmen wollen.

Die ständerätliche Kommission verweigerte eine Auseinandersetzung mit derartigen, letztlich politischen Grundsatzfragen und verschante sich hinter blutleeren Auslegungen. Was übrigbleibt, ist eine Immunität, die Volksvertreter im Wesentlichen vor lästigen Ehrverletzungsklagen schützt. Das ist stossend. Es ist nicht einsehbar, warum Politiker ungestraft Diffamierungen verbreiten dürfen, für die jeder normale Bürger zur Rechenschaft gezogen werden kann. Journalisten zum Beispiel, die missbräuchlichen Klagen in einem ungleich höheren Mass ausgesetzt sind, schlagen sich tagtäglich mit diesem Problem herum. Eine derartige parlamentarische Immunität kann man getrost gleich ganz abschaffen. ○



Mehr Auto fürs Geld
www.kia.ch

VENGA_seven



* Aktion gültig solange Vorrat, Immatriculation bis 30.06.2012

KUNDEN-^{CHF}VORTEIL 4'140.-

Das limitierte Sondermodell Venga_seven bietet eine **Mehrausstattung gegenüber Modell Basic im Wert von CHF 4'150.- für nur CHF 1'787.- plus Frühlingbonus von CHF 1'777.- = Kundenvorteil von CHF 4'140.-!**

1.4 L CVVT 90 PS, 5-Gang-Schaltgetriebe, Stopp-Start-Automatik (ISG), nur 5,6 l Gesamtverbrauch und 130 g/km CO₂.

Sonderausstattung Venga_seven: Klimaanlage, el. Fensterheber vorne, Aussenspiegel in Wagenfarbe el. verstell-/heizbar, ZV mit Fernbedienung/Alarmanlage, iPod-Anschluss, Bluetooth Freisprechanlage inkl. Radio mit Lenkradbedienung, Nebelscheinwerfer vorne und vieles mehr.

Venga_seven auch mit 1.6 L CVVT oder 1.6 L CRDi erhältlich.

Verbrauch gesamt l/100 km (Energieeffizienzklasse, CO₂ g/km) – Durchschnitt aller Neuwagen 159 g/km – **1.4 L 5,6 (B, 130), 1.6 L man./aut. 5,9/6,5 (C/D, 139/154), 1.6 L CRDi 4,4 (A, 117).** 7 Jahre Werkgarantie. Preisangaben: empfohlene Nettopreise inkl. MwSt.



VENGA_SEVEN CHF 22'777.-



Kia Motors AG
5745 Safenwil
062 788 88 99

Ökostrom im Gegenwind

Sogar die EU-Kommission empfiehlt, auf die Förderung von Wind- und Sonnenstrom zu verzichten. Die Bevölkerung müsse vor zu hohen Strompreisen geschützt werden. In der Schweiz fordert die Öko-Lobby noch mehr Subventionen – mit immer schrägeren Argumenten. *Von Alex Reichmuth*



«Uferlose Subventionierung»: EU-Energiekommissar Günther Oettinger.

In Deutschland macht ein neues Wort die Runde: Energiearmut. Gemeint ist nicht eine drohende Stromlücke, sondern die Tatsache, dass viele Menschen ihre Elektrizitätsrechnungen nicht mehr bezahlen können. Bereits letztes Jahr wurde 200 000 Sozialhilfeempfänger der Strom abgestellt. Wegen der Subventionen von Ökostrom muss eine Familie jährlich weit über hundert Euro zusätzlich bezahlen. Zwar vergünstigen sich Wind- und Solaranlagen laufend. Weil aber immer mehr davon montiert werden, steigt die Belastung für die Stromkunden weiter. Schon 2011 bezahlten die Deutschen sieben Milliarden Euro, nur um Solarstrom zu subventionieren. Laut einer Studie des Karlsruher Instituts für Technologie werden sich die Strompreise bis 2025 um weitere siebenzig Prozent erhöhen. Das Beratungsunternehmen McKinsey schätzt, dass die deutsche Energiewende bis 2020 rund 175 Milliarden Euro kostet.

In Deutschland mehren sich die Stimmen, die die Ökostrom-Förderung begrenzen wollen. Selbst Bundespräsident Joachim Gauck warnte diese Woche, die Energiewende per Planwirtschaft umzusetzen. Die Länderkammer des Parlaments hat jedoch eine Kürzung der Solarstromförderung um zwanzig bis dreissig Prozent abgelehnt. Andere Länder, wo die Förderung von erneuerbarer Energie

ebenfalls aus dem Ruder gelaufen ist, haben die Subventionen dagegen schon stark reduziert – so Italien und Frankreich. Spanien hat sie sogar auf null heruntergefahren. Rückenwind bekommen die Skeptiker der Alternativstrom-Förderung nun von der EU. Zum einen kritisierte der aus Deutschland stammende EU-Energiekommissar Günther Oettinger die Energiewende in seinem Heimatland deutlich. Die Kürzung der Solarförderung sei überfällig, sagte Oettinger. Die «uferlose Subventionierung» gefährde die Industrie.

Schweizer Politiker: Seltsame Strategien

Zum anderen drängt die Europäische Kommission die EU-Staaten, ihre Förderprogramme für Sonnen- und Windkraft auslaufen zu lassen. Der Ausbau erneuerbarer Energien sei viel schneller vor sich gegangen als erwartet, steht in einem Strategiepapier der Kommission. Die Stückkosten seien deutlich gesunken. Darum müssten die Staaten die Sonnen- und Windkraft rasch den Marktkräften überlassen. Mit starrer Förderung besteht laut der EU-Kommission die Gefahr, dass die Produzenten von Ökostrom überkompensiert und erneuerbare Energien untragbar würden. Die Kosten seien für viele Menschen zu hoch.

Wie reagieren Ökostrom-Anhänger in der Schweiz auf die Erfahrungen im Ausland und

die Empfehlungen der EU-Kommission? Nachfragen der *Weltwoche* zeigen, dass diese weiterhin fordern, die kostendeckenden Einspeisevergütungen (KEV) zur Förderung von Alternativstrom zu erweitern. Bisher argumentierten die Anhänger der Energiewende, die Förderung beschere ein Arbeitsplatzwunder. Da in EU-Ländern mit starker Subventionierung aber vielmehr ein Finanzierungsdesaster eingetroffen ist, warten sie nun mit neuen, zum Teil schrägen Argumenten auf.

Bastien Girod, Nationalrat der Grünen, sieht die Förderung nun als Mittel gegen die Schuldenkrise der EU-Staaten. Denn massgeblich mitschuldig an dieser Krise sei der Import von Öl und Kohle. Mit eigenem Wind- und Sonnenstrom könne das Aussenhandelsdefizit verringert werden. Girod übersieht, dass die Staatsverschuldung wenig mit der Aussenhandelsbilanz zu tun hat und dass der Import von fossiler Energie auch den Export von Produkten ermöglicht, dank derer sich diese Handelsbilanz verbessert.

SP-Nationalrat Beat Jans argumentiert, ohne Subventionen könnten neue Kraftwerke in der Schweiz kaum mehr finanziert werden. Denn wegen der hohen Ökostrom-Förderung in ganz Europa seien die Marktpreise für Strom bei Wetterlagen mit viel Sonne und Wind eingebrochen. Deshalb sei der Ausbau der KEV «für den Kraftwerk-Standort Schweiz von strategischer Bedeutung und dient nicht bloss Umweltzielen». Jans hat zwar recht, dass die Strommarktpreise volatil geworden sind. Viele fossile Kraftwerke sind deswegen in ihrer Existenz gefährdet – auch weil Wind- und Sonnenstrom Priorität im Netz haben. Deswegen aber noch mehr Einspeisevergütung und damit unfaire Konkurrenz zu fordern, ist eine seltsame Strategie.

Der Öko-Wirtschaftsverband Swisclean-tech überrascht zwar mit seiner Zustimmung zur Forderung, die Ökoenergie müsse den Marktkräften überlassen werden – aber nur auf den ersten Blick. Der Verband fordert, dass der freie Markt auch bei fossiler und nuklearer Energie spielen müsse. Das sei heute nicht der Fall, etwa wegen des Kartells der erdölexportierenden Länder (Opec) oder nicht versicherter Grossrisiken. Swisclean-tech vertritt darum «eine geordnete Förderung» von Ökostrom, bis der Strommix in der Schweiz so sei, wie gewünscht. Im Klartext heisst aber auch das nur, dass die Subventionen für erneuerbare Energie steigen sollen. ○

Kommt jetzt die Lohnpolizei?

Eine neue Kommission des Bundes soll Sanktionen gegen Unternehmen durchsetzen, in denen sie Lohndiskriminierung vermutet. Die Massnahme stützt sich auf fragwürdige Studien.

Von Laura Weber

Fast wäre es untergegangen: Nur die NZZ berichtete über den Entscheid der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) des Nationalrats vom 22. Mai 2012. Mit einer knappen Mehrheit von Linken, Grünen und CVP trat die Kommission auf eine parlamentarische Initiative der Grünen ein, wonach eine «Kommission mit Untersuchungs- und Durchsetzungskompetenzen» für die Lohngleichheit zwischen Mann und Frau zu sorgen habe. Die WAK möchte mit einer Lohnpolizei für die Gleichstellung von Mann und Frau die Schweizer Privatwirtschaft weiter regulieren. Der Aufgabenkatalog enthält «die Befugnis, Löhne auf Anfrage von Betroffenen oder von Dritten zu kontrollieren» und, falls Nichteinhalten der Lohngleichheit vermutet wird, «Einblick in die Lohnbücher zu erhalten und Löhne stichprobenweise in den Betrieben zu kontrollieren» sowie «Sanktionen gegenüber Betrieben anzuordnen, die gegen die gesetzliche Lohngleichheit verstossen».

Dieser Entscheid folgte rund vierzehn Tage nachdem McDonald's Schweiz die Ergebnisse seines «Lohndialogs» mit der Gewerkschaft Unia und dem Bund bekanntgegeben hatte. In diesem Rahmen sind die Löhne aller McDonald's-Mitarbeiter in der Schweiz eruiert worden. Die Abweichung betrug lediglich 0,7 Prozent. Dieses Resultat ist nicht verwunderlich: Die Tätigkeiten bei McDonald's sind sehr gut vergleichbar. Das Unternehmen betreibt ein weltweites Franchisekonzept mit maximaler Standardisierung. Das Beispiel zeigt, dass in der Schweiz für gleichförmige Arbeit durchwegs gleiche Löhne ausbezahlt werden.

Nachteil für Frauen

Komplizierter wird es, wenn die Tätigkeiten nicht mehr genau gleich sind. Hier kann man aus Prinzip nicht mehr von Lohnungleichheit sprechen, weil die Tätigkeiten voneinander abweichen. Die alte Forderung «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit» wird praktisch unüberprüfbar. Ökonomen ziehen dann den sogenannten Grenznutzen heran. Dieses Prinzip erklärt, dass ein Arbeitgeber auf dem Arbeitsmarkt nach Vertragspartnern sucht, die ihm bei einer Einstellung die grösstmögliche Differenz zwischen Kosten (Lohn) und Leistung (bessere Marktposition des eigenen Unternehmens) bieten.

Würden Frauen bei gleicher Leistung tatsächlich weniger kosten, würden sie ihre männlichen Kollegen in sämtlichen Betrieben verdrängen. Das verdeutlicht folgendes Beispiel: Ein 35-jähriger männlicher Kadermitarbeiter bei

einer Versicherung verdient 15000 Franken. Das Unternehmen sucht noch eine Kollegin mit ähnlichem Anforderungsprofil. Eine gleichaltrige Frau wäre bereit, den Job für zehn Prozent weniger Lohn anzunehmen und wird somit ebenfalls angestellt. Das mag ungerecht erscheinen und als sogenannte Lohndiskriminierung wahrgenommen werden. Schaut man jedoch genauer hin, dann hat der Mann möglicherweise

Würden Frauen bei gleicher Leistung weniger kosten, würden sie alle Männer verdrängen.

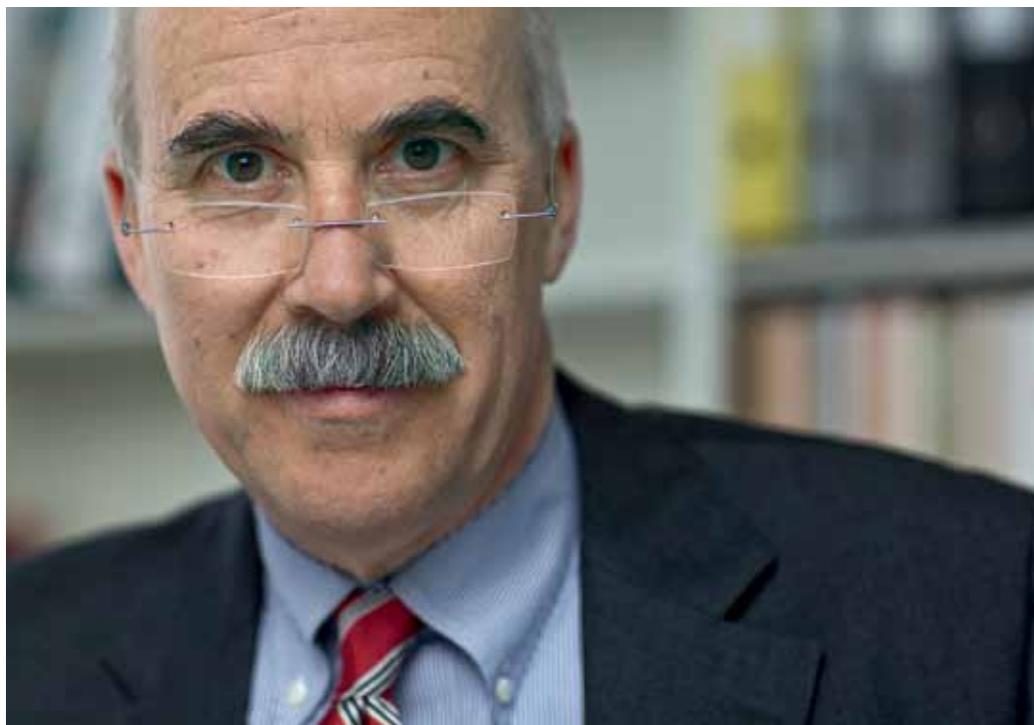
mehrere Weiterbildungen absolviert, während die Frau aufgrund einer Schwangerschaft nur eine Fortbildung besucht hat. Solche Unterschiede sind statistisch nicht genau messbar.

Von links-grüner Seite wird dies bestritten. Die Initianten der Lohnpolizei berufen sich auf eine Untersuchung des Büro Bass, welches ermittelt hat, dass von den rund 25 Prozent Lohnunterschied zwischen Mann und Frau etwa ein Drittel (nämlich 9 Prozent) auf Diskriminierung beruhe. Diese Institution fällt auf durch ihre Fähigkeit, sozialdemokratischen Forderungen einen wissenschaftlichen Mantel zu geben. Die Geschäftsleitung ist an diversen staatlich finanzierten Sozialprojekten beteiligt und

erhält vorwiegend Bundesaufträge. SP-Mitglied Heidi Stutz, die als Mitglied der Geschäftsleitung den Bereich Lohngleichheit betreut, schrieb in den 1980er Jahren unter anderem für die linke *Wochenzeitung* und verfasste das Buch «Wo Frauen sich erheben». Im Jahr 2005 brachte sie im Auftrag des Bundesamts für Sozialversicherungen (BSV) die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens aufs Parkett.

George Sheldon, Professor für Arbeitsmarkt- und Industrieökonomie an der Universität Basel, findet an der Studie keine gravierenden methodischen Mängel. Aber er äussert grundsätzliche Kritik: «Diskriminierung ergibt sich nur dann, wenn Gleiches ungleich behandelt wird. Wenn aber jeder einmalig ist, gibt es kein Gleiches zu vergleichen.»

Die WAK will Betriebe dazu zwingen, die Löhne von weiblichen Angestellten zu erhöhen. Dies würde dazu führen, dass die Hürde, eine Frau einzustellen, noch höher läge, als sie es ohnehin schon ist. Solche Eingriffe in die Vertragsfreiheit zwischen erwachsenen Menschen können zu einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit der vermeintlich geschützten Minderheiten führen. Erstaunlich ist, dass die pseudowissenschaftlich fundierte Gleichheitsideologie die politische Mitte erfasst hat. In der CVP haben sämtliche Kommissionsmitglieder dafür gestimmt. ○



«Kein Gleiches zu vergleichen»: Ökonom George Sheldon.



«Das Wichtigste ist, sich selbst nicht zu verlieren.»

Die gute Ehefrau

Soll sie arbeiten? Karriere machen? Hausfrau und Mutter sein? Frohes Fazit aus Gesprächen mit Ehepaaren: Gleichberechtigung ist selbstverständlich geworden. Und Männer geben ihren Frauen viel Freiraum. Die traditionelle Rollenaufteilung macht laut Statistik trotzdem am glücklichsten. *Von Beatrice Schlag*

Für Marthe Gosteli war die Frauenbewegung «die grösste unblutige Revolution des letzten Jahrhunderts». Aber als die prominente 94-jährige Vorkämpferin für das Schweizer Frauenstimmrecht im letzten Jahr zu dessen Vierzig-Jahre-Jubiläum befragt wurde, sagte sie wegwerfend: «Was sind schon vierzig Jahre!»

Aus Sicht von Historikern mag das richtig sein. Für die, die sich erinnern, wie sie 1971 zum ersten Mal an die Urne stöckelten, ist es eine gefühlte Ewigkeit her. Denn die unblutige Revolution pflügte danach unseren sozialen Boden mit einer nachhaltigen Gründlichkeit um, die Frauen und Männer aus den Socken haute. Wer kann sich heute noch vorstellen, dass Schweizerinnen bis 1985 nicht berufstätig sein durften, wenn es dem Ehemann nicht genehm war? Erst seit 27 Jahren sind in der Schweiz verheiratete Frauen und

Männer formal gleichgestellt. Bis dahin war der Mann das «Haupt der Familie». Er bestimmte den Wohnort der Familie und durfte nach Belieben über das von seiner Frau in die Ehe mitgebrachte Vermögen verfügen. Die Frau konnte ohne seine Unterschrift kein eigenes Bankkonto eröffnen. Bei einer Scheidung erhielt der Mann zwei Drittel, die Frau ein Drittel des ehelichen Zugewinns.

Ein Vierteljahrhundert später demonstrieren Männer gegen das Scheidungsrecht. Der Bundesrat zählt kurzzeitig mehr Frauen als Männer. Ein Chef, der der Sekretärin wie in der Fernsehserie «Mad Men» den Hintern tätschelt, hat sofort eine Klage wegen sexueller Belästigung am Hals. In Chefetagen und Verwaltungsräten tummeln sich noch immer weitgehend Männer. Aber das sei, sagen sie, nicht nur Bubenklüngelei. Trotz Förderung des weiblichen Nachwuchses seien Frauen mit

einem unbedingten Erfolgswillen rar. Es ist nicht nur Gerede.

Die noch tiefer greifende Revolution findet im Privatleben statt. Emanzipierte Mütter erziehen ihre Töchter zu selbstbewussten Frauen. Die Söhne sind verunsichert. Viele wachsen bei der Mutter auf – die Scheidungsrate liegt bei 54 Prozent – und werden von Lehrerinnen unterrichtet. Die Medien schüren den «Krieg der Mütter», Berufstätige gegen Hausfrauen, der in Wahrheit nicht existiert, weil die meisten Mütter, die arbeiten gehen, gar keine andere Wahl haben.

Die gute Ehefrau war noch vor vierzig Jahren eine klare Vorstellung für Männer und Frauen: häusliches Wesen, fleissig, gepflegt, durchaus selbstbewusst im Heim, aber selten aufbegehrend gegen die Beschränktheit ihrer Optionen. Und heute? Bei unseren Interviews lachten fast alle, Frauen wie Männer, spontan

über die Frage, was eine gute Ehefrau sei. Als sei das eine besonders absurde Frage. Tatsächlich ist das alte Rollenbild fast bis zur Unkenntlichkeit verschwommen. Aber wie sieht das neue aus?

Die Gespräche mit den Paaren wurden getrennt geführt.

Vera und Mike: Suche nach neuen Rollen

Mike Huber, 46, Regisseur — «Warum machst du nicht einen Artikel über Ehemänner? In meiner Rolle als Ehemann und Vater muss ich heute viel mehr leisten als zum Beispiel mein Vater. Diese Tatsache macht mir manchmal schwer zu schaffen. Ich bin eher für die traditionelle Beziehung. Ich weiss, dass ich sie nicht leben kann. Aber wenn meine Frau abends zu Hause ist, wenn ich heimkomme, bin ich froh. Ich bin froh, dass sie sich so viel um unseren Kleinen kümmert, dass wir nicht immer verhandeln müssen.

Unser Sohn ist drei Tage in der Krippe, zwei Tage mit ihr zusammen. Wir haben nicht den Fifty-fifty-Streit. Ich glaube, sie würde es manchmal gern anders haben, aber sie passt sich intuitiv an, obwohl sie absolut keine Frau ist, die sich über ihre Kinder definieren möchte. Wenn sie Foto-Aufträge annimmt oder sonst wegwill, organisiert sie die Betreuung. Das war von Anfang an klar.

Ich glaube, es gibt nicht viele Menschen, mit denen sie und ich zusammen sein könnten. Wir sind beide unheimlich stur. Sie ist der Mensch, bei dem ich mich am geborgensten fühle. Aber auch der, an den ich die höchsten Erwartungen habe und von dem ich am schnellsten enttäuscht bin. Das ist ungerecht. Nie wäre man mit Freunden so streng. Deswegen streiten wir auch viel, vor allem um Respekt und Grenzüberschreitungen. Man kann sich arrangieren mit der Sexualität, mit den Fehlern des andern, aber wenn der Respekt bröckelt, bröckelt alles. Ich würde unsere Ehe sehr lebhaft nennen.»

Vera Hartmann, 36, Fotografin — «Das Wichtigste für eine gute Ehefrau ist, sich selbst nicht zu verlieren. Zu dem zu stehen, was einem wichtig ist, und das auch von seinem Partner zu fordern, ohne schlechtes Gewissen oder Entschuldigungen.

Mike ist ein Workaholic. Deswegen habe ich so lange mit dem Kinderkriegen gewartet. Ich wollte bereit sein zurückzustecken. Mit dreissig war ich noch viel zu sehr auf mich und meinen Beruf fixiert. Ich wusste, dass die meiste Betreuungsarbeit an mir hängenbleiben würde. Und so ist es auch. Aber ich will halt mehr, als die Frauen früher wollen durften, das macht alles komplizierter. Und Männer wie Mike sind frustriert. Sie haben das Gefühl, sie machen zu viel, weil ihre Väter nichts von dem tun mussten. Aber sie wollen ja auch neue Väter sein.

Ohne mein Kind wäre ich sicher weiter in meiner Karriere. Andererseits möchte ich viel Zeit mit meinem Sohn verbringen, solange er klein ist. Aber es wäre schon toll, wenn mein Mann ihn einen Tag während der Woche übernehmen würde. Das neue <sexy> ist nicht mehr der Mann als Workaholic. Meine Generation Frauen findet Männer attraktiv, die 80 Prozent arbeiten. Und jüngere Männer haben



Gefühlte Ewigkeit: Frauendemonstration, 1962.

dieses Stigma nicht mehr, dass sie mit einem 100-Prozent-Job beweisen müssen, dass sie echte Männer sind. Männer in Mikes Alter denken immer noch, das wirke irgendwie weiblich. Ich sehe ihn durchaus als involvierten Vater. Dass er sich inzwischen die Wochenenden frei hält für die Familie, schätze ich sehr. Mike ist Mike. Das ist, was er geben kann.

Wir hatten eine grosse Krise wegen des Kindes. Aber vielleicht brauchen wir diese heftigen Streite auch. Und jetzt ist es so, dass ich mich arrangiert habe. Was mich nervt, ist, dass ich nicht flexibler sein kann. Wenn Mike am Abend plötzlich eine Sitzung hat, ruft er um vier an und sagt, er komme nicht heim. Ich muss in einer ähnlichen Situation die Betreuung allein organisieren. Neben kleinen Kindern an ihrer Karriere zu arbeiten, rate ich nur den Frauen, die das wirklich dringend wollen. Es fordert sehr viel von einem. Ich liebe meine Familie, aber ich definiere mich sehr über meinen Job. Mike respektiert das nicht nur. Er sagt, er finde das auch attraktiv.»

Der Wissenschaftler Nguyen Vi Cao von der Genfer Fachhochschule für Wirtschaft machte vor zwei Jahren weltweit Schlagzeilen. Mit mathematischen Modellen hatte seine For-

scherguppe eine Eheglücksformel erstellt. Anhand der Trennungsdaten von Testpaaren wurde errechnet, welchen Einfluss Nationalität, Alter, Bildung und vorherige Scheidungen auf die Dauerhaftigkeit einer Ehe haben. Das Paar mit der mathematisch besten Aussicht auf langes Zusammensein sieht für die Schweiz folgendermassen aus: Beide sind Schweizer, haben keine Scheidungen hinter sich, der Mann ist mindestens fünf Jahre älter als die Frau, die Frau ist gebildeter als der Mann. Forschungsleiter Nguyen Vi Cao ist überzeugt, dass Paare, die diese Kriterien beherrzigen, ihre Chancen auf eine glückliche Ehe um 20 Prozent verbessern.

Eine weniger mathematische Empfehlung für das Gelingen einer Ehe gibt Klaus Heer, Psychologe und Paartherapeut, den Frauen: «Spätestens seit der letzten Jahrtausendwende behindert die gute Ehefrau ihren Mann bei seinem zärtlichen Versuch, sie dazu zu bringen, sich beharrlich-lieb mit ihm zu langweilen. Im Bett vor allem, aber nicht nur dort. Der gute Ehemann lernt das schätzen und lieben. Mit der Zeit. Auch wenn's mühsam ist für beide.»

Nicole und Beat: Nur fast traditionell

Nicole Zehnder, 34, Hausfrau — «Ich finde meinen Mann schwieriger als mich. Bevor wir die beiden Kinder hatten, arbeitete ich im Büro. Aber es war immer klar, dass wir da sein wollen für die Kinder. Und da mein Mann mehr verdiente, war es keine Frage, wer zu Hause bleibt. Aber mittlerweile fehlt mir der Beruf. Ich bin auf der Suche nach einer Teilzeitstelle. Aber unter 60 Prozent findet man nichts, und so viel geht nicht neben Familie und Haushalt.

Mein Mann hilft nicht im Haushalt. Er giesst lediglich die Blumen in der Wohnung und auf dem Balkon. Den Mistkübel trägt er auch raus. Den Rest mache ich. Es wäre schön, wenn er auch einmal einen Staubsauger in die Hand nehmen würde. Aber er arbeitet wirklich viel, also ist es mein Job.

Wir haben relativ viel Streit wegen kleinem Mist. Die Zicke bin wohl eher ich. Wenn ich ihm von Problemen der Kinder in der Schule erzähle, sagt er gerne, ich solle nicht übertreiben. Dann rege ich mich auf und denke: «Warum muss ich das alles machen?» Um die Kinder kümmert er sich allerdings sehr, da kann ich nicht klagen. Aber vor allem morgens bin ich oft genervt. Die Kinder müssen parat sein, die Zähne geputzt, die Küche aufgeräumt sein. Er zieht sich ins Bad zurück, und wenn er wieder auftaucht, sagt er: «Warum hast du so einen Stress?» Dann meckere ich, er könnte ja mit anpacken, dann wären die Kinder früher bereit. Er wirft mir dann vor, dass ich nicht gesagt habe, dass er helfen solle. Aber ich brauche kein drittes Kind, dem ich sagen muss, es solle jetzt das und das machen. >>>

«Seine Themen sind wichtiger als Ihre»

Der meistzitierte Ratgeber für Gattinnen ist der «Führer für die gute Ehefrau» von 1955. Seine Echtheit wird mittlerweile angezweifelt. Lesenswert ist er trotzdem. Einige Auszüge.



«Der Abend gehört ihm.»

— Halten Sie das Abendessen bereit. Planen Sie vorausschauend, vielleicht schon am Vorabend, damit das köstliche Essen rechtzeitig fertig ist, wenn er nach Hause kommt. So zeigen Sie ihm, dass Sie an ihn gedacht haben und dass Ihnen seine Bedürfnisse am Herzen liegen. Die meisten Männer sind hungrig, wenn sie heimkommen, und die Aussicht auf eine warme Mahlzeit, besonders auf seine Leibspeise, gehört zu einem herzlichen Empfang, so wie man ihn braucht.

— Machen Sie sich schön. Gönnen Sie sich eine Viertelstunde Pause, so dass Sie erfrischt sind, wenn er ankommt. Überholen Sie Ihr Make-up, und knüpfen Sie ein Band ins Haar, damit Sie adrett aussehen. Er war ja schliesslich mit einer Menge abgearbeiteter Leute zusammen.

— Räumen Sie auf. Machen Sie einen letzten Rundgang durch das Haus, kurz bevor Ihr Mann kommt. Räumen Sie Schulbücher, Spielsachen, Papiere usw. zusammen, und säubern Sie die Tische.

— Ihr Mann wird fühlen, dass er in seinem Zuhause eine Insel der Ruhe und Ordnung hat, was auch Sie beflügeln wird. Letztendlich wird es Sie unglaublich zufriedenstellen, für sein Wohlergehen zu sorgen.

— Machen Sie die Kinder hübsch. Nehmen Sie sich ein paar Minuten, um ihre Hände und Gesichter zu waschen, wenn sie noch klein sind. Kämmen Sie ihre Haare, und wechseln Sie allenfalls ihre Kleidung. Die Kinder sind Ihre «kleinen Schätze», und so möchte er sie auch erleben. Vermeiden Sie jeden Lärm.

— Seien Sie glücklich, ihn zu sehen.

— Hören Sie ihm zu. Sie mögen ein Dutzend wichtiger Dinge auf dem Herzen haben, aber wenn er heimkommt, ist nicht der geeignete Augenblick, darüber zu sprechen. Lassen Sie ihn zuerst erzählen – und vergessen Sie nicht, dass seine Gesprächsthemen wichtiger sind als Ihre.

— Der Abend gehört ihm. Beklagen Sie sich nicht, wenn er spät heimkommt oder ohne Sie zum Abendessen oder zu irgendeiner Veranstaltung ausgeht. Versuchen Sie stattdessen, seine Welt voll Druck und Belastungen zu verstehen. Er braucht es, sich zu Hause zu erholen.

— Beklagen Sie sich auch nicht, wenn er die ganze Nacht ausbleibt. Nehmen Sie dies als kleineres Übel, verglichen mit dem, was er vermutlich tagsüber durchgemacht hat.

— Machen Sie es ihm bequem. Lassen Sie ihn sich in einem gemütlichen Sessel zurücklehnen oder sich im Schlafzimmer hinlegen. Halten Sie ein kaltes oder warmes Getränk für ihn bereit.

— Schieben Sie ihm sein Kissen zurecht, und bieten Sie ihm an, seine Schuhe ausziehen. Ihr Ziel sollte sein: Sorgen Sie dafür, dass Ihr Zuhause ein Ort voller Frieden, Ordnung und Behaglichkeit ist, wo Ihr Mann Körper und Geist erfrischen kann.

— Sprechen Sie mit leiser, sanfter und freundlicher Stimme.

— Fragen Sie ihn nicht darüber aus, was er tagsüber gemacht hat. Zweifeln Sie nicht an seinem Urteilsvermögen oder seiner Rechtschaffenheit. Denken Sie daran: Er ist der Hausherr, und als dieser wird er seinen Willen stets mit Fairness und Aufrichtigkeit durchsetzen. Sie haben kein Recht, ihn in Frage zu stellen.

— Eine gute Ehefrau weiss stets, wo ihr Platz ist.

Der «Good Wife's Guide» erschien angeblich am 13. Mai 1955 im britischen Magazin *Housekeeping Monthly*.

Zwei- bis dreimal in der Woche trainiere ich im Eishockeyklub der Frauen. Mein Mann und unser kleiner Sohn spielen auch Eishockey, die Tochter macht Eiskunstlauf. Aber auch sonst ist es kein Problem, wenn wir getrennt ausgehen. Wir sind beide nicht eifersüchtig und erzählen einander, was wir vorhaben.»

Beat Zehnder, 42, Ingenieur — «Nikki ist unter dem Strich eine gute Ehefrau. Sie könnte etwas friedlicher sein. Sie hat keine Geduld, vor allem nicht mit sich selbst. Es muss immer genau so gemacht sein, wie sie es gut findet. Ich bin halt etwas weniger hektisch. Ich wünsche mir manchmal, dass sie die Dinge gelassener sehen könnte.

Am Wochenende koche ich manchmal. Sonst mache ich eigentlich nichts im Haushalt. Die klassischen Hausarbeiten macht alle sie. Ich finde schon, dass es ihre Aufgabe ist. Sie wollte Vollblut-Mami werden, als sie schwanger wurde, das haben wir gründlich besprochen. Wenn sie jetzt wieder dazuverdienen will, ist das aus verschiedenen Gründen gut. Erstens bekommt sie etwas Ablenkung, andere Aufgaben. Und finanziell ist es ein willkommener Zustupf. Vor allem für die Ferien. Richtig in den Ferien waren wir zuletzt vor vier Jahren. Im Moment ist unser einziger Luxus, dass Nikki zu Hause sein und den Kindern schauen kann.

In meinem Umfeld hat es einige Kollegen, deren Frauen nicht wissen, was der Mann verdient. Sie bekommen einfach ein Haushaltsbudget zugeteilt. Das erschreckt mich. Wie können Partner nicht wissen, was der andere verdient? Das ist doch ein Grundstein für Vertrauen. Bei uns verwaltet meine Frau das ganze Geld. Sie hat manchmal ein schlechtes Gewissen, wenn sie davon etwas für sich kauft. Aber sie macht ja genauso einen Job wie ich, nur ist meiner bezahlt.»

Amerikas meistbeklatschter Feminist, der Politologe und Psychologe Warren Farrell, sagte: «Männer wollen Frauen glücklich machen und ihnen gefallen. Dass Frauen Männern gefallen wollen, versteht jeder. Aber nur wenige verstehen, dass Männer noch viel begieriger sind, Frauen zu gefallen. Und zwar deshalb, weil Männer ihre emotionalen Bedürfnisse einzig bei Frauen stillen können, während Frauen dabei nicht nur auf Männer angewiesen sind. Wenn die Frauen morgen sagen, wir stehen nur noch auf Männer, die auf den Händen gehen, haben wir übermorgen weltweit Handstand-Wettkämpfe zwischen Männern.»

Farrell war das einzige männliche Vorstandsmitglied der mächtigen US-Frauenorganisation National Organization for Women (NOW). Er trat aus, als er das Gefühl hatte, Frauen beginnen das zu tun, was sie an Män-

uern jahrhundertlang kritisierten: sich überlegen zu fühlen.

Monika und Peter: Das klassische Muster

Monika Schmidt, 43, Hausfrau — «Meine Mutter war schon Hausfrau, bevor sie Mutter wurde. Mein Vater fand, wenn sie nach der Berufsarbeit auch noch den Haushalt machen müsse, sei das für ihn kein Spass. Sein Gehalt reichte für eine Familie. Ich wüsste nicht, dass ihr das missfallen hätte. Mein Vater war ein Feierabendvater. Ich war ein sehr behütetes Kind, heute würde man das wahrscheinlich streng erzogen nennen. Ich heiratete mit dreissig, war zuvor zehn Jahre Kindergärtnerin und nahm 2001 einen Halbtagsjob an in der neuen Firma meines Mannes. Seit der Geburt meiner beiden Kinder bin ich daheim. Ich mache untertags die Kinderbetreuung, den ganzen Haushalt und koche, mein Mann kommt jeden Mittag heim. Abends nach dem Essen setzt er sich wieder vor den PC zum Arbeiten. Es gibt keine Diskussionen über die Arbeitsteilung.

Im Vergleich zu meiner Mutter bin ich viel freier. Bei meiner Mutter stand das Essen auf dem Tisch, wenn der Mann heimkam. Wenn ich abends mit einer Kollegin weggehe, macht mein Mann das Nachtessen für sich und die Kinder. Die Finanzen erledigt er. Ich habe eine Kreditkarte für sein Konto.

Im Moment habe ich überhaupt keine Lust, wieder berufstätig zu sein. Die meisten meiner Ex-Kolleginnen arbeiten wieder Teilzeit. Ich sehe nicht ein, warum ich meine Kinder fremdbetreuen lassen soll, um andere Kinder zu schulen. 24 Stunden Mutter und Hausfrau zu sein, ist genug, und ich mache es richtig gern.»

Peter Schmidt, 42, Elektroingenieur und Webdesigner — «Meine Mutter begann erst zu arbeiten, als wir Kinder grösser waren. Meinem Vater war das recht. Er sagte in der Regel, wo es durchgeht. Aber für die Finanzen war immer meine Mutter zuständig. Wenn der Vater nichts mehr in der Tasche hatte, sagte er, er brauche wieder einen Hunderter. Insofern war das eher innovativ. Ansonsten waren die Rollen sehr traditionell verteilt.

Ich selber machte mir nie Gedanken, ob meine Frau berufstätig oder bei den Kindern sein sollte. Dass meine Frau zu Hause bleiben will, ist für mich prima. Aber wenn sie wieder Geld verdienen will, rede ich ihr nicht drein. Das ist nicht meine Aufgabe. Eine Lösung mit den Kindern würde sich finden. Nur wenn sie grad 150 Prozent arbeiten wollte und daheim alles drunter und drüber ginge, würde ich mir Gedanken machen. Dann würde halt ich zu arbeiten aufhören. Obwohl, das kann ich mir kaum vorstellen, weil wir eine eigene Firma haben.

Über Geld streiten wir nie. Wenn man keins hat, muss man auch nicht streiten. Wir haben



«Früher war's einfacher»: Paartherapeut Heer.

beide voll Zugang zu allem. Für sie war es am Anfang etwas ungewohnt, dass ich ihr einfach ein Kärtchen und einen PIN gab. Aber daran hat sie sich schnell gewöhnt.»

In einem Punkt pfeift die Mehrzahl der Männer entgegen den Aussagen von Warren Farrell auf weibliche Anerkennung: Hilfe im Haushalt. Beim Griff zum Staubsauger gibt es noch keine Gleichberechtigung. Die Ermutigung zum Putzen, Waschen und Aufräumen ist das einzige Thema, bei dem Männer lieber einen Streit riskieren, als freiwillig aktiv zu werden.

Im Gegensatz zur inneren Hausfrau, die auch jede Karrierefrau irgendwo in sich hat, ob sie gern haushaltet oder nicht, gibt es den

«Ich sehe nicht ein, warum ich meine Kinder fremdbetreuen lassen soll.»

inneren Hausmann kaum häufiger als den Sechser im Lotto. Laut Statistik ist Putzen und Waschen in 75 Prozent der Schweizer Paarhaushalte ausschliesslich Frauensache. Selbst das Kochen, die von Männern am wenigsten gefürchtete häusliche Tätigkeit, besorgen überwiegend die Frauen. Ganze 7 Prozent der Männer stehen regelmässig am Herd.

Corinna: Häusliche Karrierefrau

Corinna Glaus, 54, Inhaberin einer Casting-Agentur — «Meine Mutter war keine begeisterte Hausfrau. Sie hatte als Lehrerin gearbeitet, bevor sie drei Kinder bekam. Mein Vater war ein Bauernbub mit klaren Familienbildern. Ich glaube, sie hatte nicht genug Selbstbewusstsein, sich dem entgegenzusetzen. Aber

meiner Schwester und mir hat sie immer gesagt, wir sollten selbständig sein und arbeiten.

Mein Mann sagt, seine ersten Freundinnen hätten ihm ziemlich den Tarif durchgegeben. Er ist ratlos Kollegen gegenüber, die Angst haben vor starken Frauen. Er findet, einem Mann könne nichts Besseres passieren.

Das Ehefrau-Sein ist für mich nicht loszulösen vom Begriff Familie. Wir haben geheiratet, weil wir Kinder wollten. Er kommt aus einer süditalienischen Familie mit klassischer Rollenverteilung. Aber sein Vater schätzte seine Frau sehr und half, wo er konnte. Das ist für Kinder schon prägend. Mein Mann gibt mir viel Platz in seinem Leben.

Ich spüre jeden Tag, was er für mich und unsere Tochter tut, deswegen tue ich das auch selber gerne. Ich könnte es nicht aushalten, das jedes Mal zu bereden. Wenn ich nicht da bin, macht er den Haushalt. Eigentlich tut er mehr als ich im Haus, weil er zwischen den Dreharbeiten oft daheim ist. Zurzeit ist er grad auf einem Filmset, da kann man ihn leider nicht interviewen. Das Geld schmeissen wir in einen Topf.

Nach Hause kommen ist wie Ferien. Wir haben beide genug Stress bei der Arbeit, daheim sein ist eine Freude. Wenn ich andere Paare sehe, die sich dauernd streiten, wird mir *gtschmuech*. Wo kannst du dich da entspannen? Wenn ich mit meinen 54 Jahren abgekämpft von der Arbeit die Treppe hochkomme, sagt er nicht selten zur Begrüssung: «Du bist einfach eine heisse Biene.»

Der richtige Mann ist natürlich ein Glücksfall, aber der Zug fährt nicht von allein. Wir bemühen uns schon täglich. Für ihn war von Anfang an klar, dass Familie bedeutet, kein *Gekarre* mit anderen Frauen, Verzichte in der Karriere. Angebote für grosse Filme im Ausland hat er oft abgelehnt wegen der Familie, ich genauso. Wir bekommen beide viel dafür. Ich lebe extrem von diesem Boden.»

Paartherapeut Klaus Heer sagt: «Das konkrete, tägliche Zusammenleben hat sein eigenes Gesicht. Aber auch seine eigene Schönheit. Ich weiss nicht, was eine gute Partnerschaft ausmacht. Das muss die Frage sein, mit der man zu zweit immerzu unterwegs ist, die man sich und einander unermüdlich stellt und kreativ beantwortet.» Die Frage, ob Paare sich inzwischen zusammen schwerer tun, weil ihre Rollen nicht mehr festgelegt sind, beantwortet er mit Sarkasmus: «Ja, früher war alles einfacher, als die Frauen ihre Beziehungsbedürfnisse noch für sich behielten. Heute drücken die Frauen klarer aus, wie sie sich eine Beziehung vorstellen.»

Laut Statistik sind in der Schweiz die glücklichsten Ehen diejenigen mit traditioneller Rollenaufteilung zwischen Mann und Frau. «Zurück an den Herd» ist dennoch kein Trend. 68 Prozent der Schweizerinnen nehmen ihre Berufstätigkeit wieder auf, sobald ihre Kinder sechs Jahre und älter sind. ○

Wie in einem Dominospiel

Die Euro-Krise spitzt sich zu. Wird die Schweizerische Nationalbank die Kursgrenze bis zum Letzten verteidigen? Was passiert, falls nicht? Droht eine Inflation? Wie schützt man sein Geld? Antworten auf drängende Fragen. *Von Florian Schwab*



Eine Art nationaler Notstand: Nationalbank-Präsident Thomas Jordan.

Als die Schweizerische Nationalbank (SNB) am 6. September 2011 den Euro-Wechselkurs bei Fr. 1.20 abriegelte, begab sie sich auf unerforschtes Gebiet. In einem umfassenden Schulterchluss erklärten Medien, Wirtschaft, politische Parteien und Ökonomen ihre Unterstützung. Selbst wer im Privaten skeptisch war, wollte damals auf keinen Fall öffentlich auf Distanz zur Schweizer Notenbank gehen. Eine Art nationaler Notstand war geboren. Es ging schliesslich darum, die Institution SNB und damit den Schweizer Franken nicht zu gefährden.

Die Ruhe hielt bis vorletzten Sonntag. Der neue Nationalbank-Präsident Thomas Jordan war es, der mit öffentlichen Überlegungen zu Notfallmassnahmen im Fall eines unkontrollierten Zusammenbruchs der Euro-Zone weltweites Aufsehen erregte. Eine Woche später legte Ex-UBS- und Ex-CS-Chef Oswald Grübel in der Zeitung *Der Sonntag* nach. Er liess die

Leser wissen, dass die Nationalbank den Wechselkurs nicht beliebig lange fixieren könne. Eines, so Grübel, «wissen wir ganz bestimmt, je länger wir daran festhalten, umso höher wird der Preis, den wir alle dafür bezahlen».

Tags darauf führte der *Tages-Anzeiger* unter den Website-Besuchern eine Umfrage durch. Ergebnis: 57 Prozent wünschten sich ein Ende der

«Die Nationalbank wiegt die Exportindustrie in einer trügerischen Sicherheit.»

Wechselkursgrenze, nur 29 Prozent waren dafür, sie beizubehalten. *Economiesuisse* sah sich dazu genötigt, noch am Montag ein Communiqué herauszugeben, in dem die Nationalbank dazu aufgefordert wird, die Wechselkursgrenze bei 1.20 zu belassen. Der Verband ist durch die

Exportindustrie geprägt, welche bei einer erneuten Aufwertung des Frankens in Schwierigkeiten geriete. Ökonomen aus dem Umfeld der Berner Behörden zeigten sich im privaten Gespräch entsetzt über die «verantwortungslose» Aktion von Grübel. Dieser «spiele mit dem Feuer», denn wenn die Kursuntergrenze ernsthaft in Zweifel gezogen würde, dann müsste die Nationalbank den Kurs massiv stützen.

Die mit der Wechselkurs-Untergrenze verbundenen Risiken treten immer deutlicher zutage. Dies stellt *Weltwoche*-Kolumnist Kurt Schiltknecht fest, früher Chefökonom der SNB: «Da auch nach zwei Jahren Schulden- und Euro-Krise noch keine Klarheit besteht, wie die EU die Probleme lösen will, hält die Unsicherheit in der Wirtschaft an, und die Belebung der Weltwirtschaft wird weiter auf sich warten lassen. Die Gefahr einer europäisch-amerikanischen Wirtschaftskrise nimmt laufend zu.»

In dieser Lage wird manchem unwohl beim Gedanken an die Wechselkursgrenze. Es stellt sich die Frage, ob auch die Schweiz auf Gedeih und Verderb dem Geschehen in der Euro-Zone ausgeliefert bleibt, welches mit einer stark inflationären Entwicklung enden dürfte. Sein Vermögen zu schützen, ist sehr schwierig geworden. Die *Weltwoche* hat mit Finanzexperten gesprochen, um etwas Ordnung ins Euro-Chaos zu bringen.

Was passiert mit Griechenland?

Alle Beobachter sind sich einig: Das nächste kritische Datum für die Euro-Zone ist der 17. Juni. An diesem Tag findet die erzwungene Neuwahl des Parlaments in Griechenland statt, weil sich die Parteien nach der letzten Wahl nicht dazu durchringen konnten, den von der EU vorgegebenen Sparkurs einzuhalten. Die Rating-Agentur Standard & Poor's schätzt die Wahrscheinlichkeit, dass Griechenland in den kommenden paar Monaten aus der Euro-Zone ausscheiden wird, auf rund 30 Prozent. Hans-Ulrich Bigler, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands, geht davon aus, dass Griechenland mit einer Wahrscheinlichkeit von 40 Prozent in einem Jahr nicht mehr Mitglied der Euro-Zone sein wird.

Der Luzerner Privatbankier Karl Reichmuth rechnet gar mit einer 80-prozentigen Austrittswahrscheinlichkeit. Der Economiesuisse-Direktor Pascal Gentinetta schreibt: «Entweder gibt es ein Ende mit Schrecken, das Land geht in Konkurs und wird wohl auch aus dem Euro-Raum austreten müssen; oder die Sparziele werden seitens der EU und des IMF nach unten angepasst. Das aber würde die Schuldenproblematik nur verlängern und käme einem Schrecken ohne Ende gleich.»

Woher droht die grösste Gefahr?

Unabhängig von diesem Schicksalstag sind die Risiken im Euro-Raum enorm. Griechenland allein wäre zu klein, um den Euro ins Wanken zu bringen. Riskant aber, so erklären es Ökonomen, seien die Ansteckungseffekte. Fällt eine erste Bastion (Griechenland), könnten wie in einem Dominospiel der Reihe nach Portugal, Spanien und Italien betroffen sein, womit wohl alle Dämme gebrochen wären und auch die derzeit als todsicher geltenden deutschen Staatsanleihen am Kapitalmarkt neu bewertet werden müssten.

Der Basler Finanzmarktprofessor Heinz Zimmermann erklärt: «Generell sehe ich die Gefahr eines <Geigenbogeneffekts> für die europäischen Kernnationen, auf die sich der Druck infolge der Belastung durch Problemnationen erhöht. So ist zu befürchten, dass Deutschland zunehmend in die Position des Letztrisikoträgers und Zahlmeisters der europäischen Krise gedrängt wird.»

Wie genau könnte eine solche Ansteckung vonstattengehen? Thomas Liebi von Swiss-

canto erinnert daran, dass die Bürger in manchen Ländern den Banken nicht mehr vertrauen und ihr Ersparnis abheben. Ein solcher Bank-Run spielt sich derzeit in Griechenland ab, wo seit 2009 ein Drittel aller Bankguthaben abgezogen wurde. In den vergangenen Wochen hat sich die Entwicklung intensiviert. Auch in Spanien, wo Liebi «quantitativ» das grösste Risiko ortet, wurden bei einem einzelnen Institut, der unter Staatsverwaltung stehenden Bankia, innerhalb einer Woche rund 2 Milliarden Euro abgehoben. Die Kapitalabflüsse aus dem ganzen Land betragen im Mai gemäss Zahlen der Europäischen Zentralbank (EZB) 30 Milliarden Euro.

Mit Blick auf die Schweiz kommentierte die sonst nüchterne *Finanz und Wirtschaft*: «Die Lawine aus Spanien rollt an.» Das spanische



«Bank-Run»: Bankia-Hauptsitz in Madrid.

Bankensystem ist hochinsolvent und benötigt nach einer Schätzung von Santander-Chef Emilio Botín kurzfristig 40 Milliarden Euro. Die deutsche Bundesregierung geht von einem doppelten so hohen Kapitalbedarf aus.

Angesichts dieser Zahlen überlegen sich die Kunden: Sollte es in den betreffenden Ländern zu einer Währungsreform kommen, so würden ihre Bankguthaben in die abgewertete Neuwährung konvertiert, wodurch sie einen realen Verlust erleiden. Dem kommt man zuvor, indem man sein Guthaben abzieht und es beispielsweise in deutschen Staatsanleihen parkiert.

Hat sich die Kursuntergrenze bewährt?

Durch ihr hohes Ansehen an den Kapitalmärkten musste die Nationalbank bislang kaum Euros kaufen, um die Grenze durchzusetzen. Die Marktteilnehmer haben nicht gegen die SNB gewettet. Für die vergangenen Wochen, in

denen sich die Euro-Krise verschärft hat, liegen allerdings noch keine Daten vor. Manch einer sieht in den Vorschlägen von SNB-Präsident Thomas Jordan für weitere Stützungsmechanismen wie Negativzinsen und Kapitalverkehrskontrollen einen Hinweis, dass im Mai trotzdem beträchtliche Stützkäufe nötig waren.

Nationalbank-Kritiker Oswald Grübel («Der Fix war ein Fehler») gesteht zu, dass die Massnahme «für eine Zeit» sinnvoll gewesen sein könne. Allerdings hätte diese Zeit von der Exportindustrie dazu genutzt werden sollen, sich den Marktverhältnissen anzupassen. Economiesuisse hat am Montag aber erneut bekräftigt, dass die Kursuntergrenze für die Exportindustrie überlebenswichtig sei. In der Tat wäre ohne die Wechselkursgrenze wohl ein Teil der Exportindustrie gestorben.

Zurzeit kann man also, wenn man die zukünftigen Risiken ausblendet, gerade noch ein positives Fazit ziehen. Doch genau in den zukünftigen Risiken sieht André Kistler von der Zürcher Anlageberatung Albin Kistler das Problem: «Die SNB wiegt die Exportindustrie in einer trügerischen Sicherheit bezüglich des Wechselkurses.»

Kann die SNB die Untergrenze halten?

Daran, dass die Nationalbank bei einem Kollaps des Euro die Untergrenze aufgeben muss, zweifelt kaum jemand. Gewerbeverband-Direktor Bigler, der von Anfang an gegenüber der Massnahme skeptisch war, hält fest: «Bei einem panischen Auseinandergehen der Euro-Länder wird die SNB die Anbindung nicht halten können. Bei einem geordneten Austritt einzelner Länder könnte die SNB aber weitere Massnahmen (Kapitalverkehrskontrolle, Negativzins) beschliessen, um die Grenze zu halten.» Selbst Economiesuisse-Chef Gentinetta, der überzeugt ist, dass «die SNB die Kursuntergrenze erfolgreich halten kann», mahnt an, «dass sich die SNB für alle Szenarien vorbereitet, auch jene, bei denen es zu einem *worst case* in der Euro-Zone kommt». Eine solche Möglichkeit ist die von *Weltwoche*-Kolumnist Kurt Schiltknecht ins Spiel gebrachte Fixierung gegenüber einem Korb verschiedener Währungen: «Verschlechtert sich die Situation weiter, muss die SNB nach einer anderen Lösung Ausschau halten.»

Für Kistler ist, abgesehen von den akuten Risiken, die langfristige Entwicklung der Kaufkraftparität massgeblich. Zu Deutsch: Die Preise von realen Gütern sollten in den beiden Wirtschaftszonen in etwa durch den Wechselkurs repräsentiert sein. Zurzeit ist der Franken nach den meisten Berechnungen bei einem Wechselkurs von 1.20 noch überbewertet. Durch eine höhere Inflation in der Euro-Zone könnte sich dies aber umkehren, und die Wechselkursgrenze wäre nicht mehr zu rechtfertigen, denn man könnte allein durch Exporte aus der Schweiz in den Euro-Raum zum fixen Wechselkurs von 1.20 Geld verdienen. Die Nationalbank müsste



Kein Weltuntergang: Reichmuth.

unbegrenzt Euros kaufen und Franken drücken. «Langfristig drohen unlimitierte Aufkäufe, welche auch die Schwelle von einer Billion Euro überschreiten können», sagt Kistler.

Eine andere Befürchtung äussert der Finanzmarkt-Kenner Heinz Zimmermann: «Mit der Ankündigung, die Kursgrenze mit allen Mitteln zu verteidigen, bleibt der SNB aus Glaubwürdigkeitsgründen und um der Währungsspekulation nicht Vorschub zu leisten, wohl keine andere Wahl», als die Grenze unter allen Umständen zu halten.

Kommt es zur Inflation?

Privatbankier Karl Reichmuth antwortet mit einer historischen Analogie: «Wie der damalige SNB-Präsident Leutwiler im Jahre 1978 sagte, er könne den Franken auch grenzenlos <drücken>, stieg die Inflation in der Folge von 0 Prozent im Jahr 1978 auf fast 7 Prozent im Jahre 1982, und der Dollar erholte sich von 1.47 auf 2.82 im Jahre 1984.» Ausser Zweifel steht, dass heute die Bilanzen der Zentralbanken, darunter auch die von EZB und SNB, so aufgebläht sind wie niemals zuvor. Zimmermann konkretisiert: «Tatsächlich handelt es sich bei der EZB und dem Fed um eine Monetisierung von Schulden: Aus Schuldtiteln wird Zentralbankgeld. Darum besteht ein immenses Inflationspotenzial, sobald sich die Geldmenge in der Nachfrage der Haushalte niederschlägt.»

Swisscanto-Chefökonom Liebi sagt: «Unser Hauptszenario ist, dass die Euro-Zone in der bisherigen Zusammensetzung bestehen bleibt, aber die erhöhte Geldmenge langfristig die Inflation anheizen wird.» Die historische Erfahrung zeige, dass die Zentralbanken mit Zinserhöhungen eher zu lange warteten, um Wachstumsimpulse nicht vorzeitig abzuwürgen. Doch

mit der Inflation ist es wie mit dem Ketchup: Ist sie erst einmal aus der Flasche, ist sie kaum wieder einzufangen. Bei hoher Inflation verlieren Sparer (auch über die Pensionskasse), und es gewinnen Schuldner. Schiltknecht: «Wie die von den Notenbanken geschaffene Liquidität abgebaut werden soll, bleibt deren Geheimnis.»

Wie weit kann der Euro fallen?

Sollte die Nationalbank die Kursuntergrenze aufkündigen, ohne alternative Massnahmen für eine Stützung aus dem Hut zu zaubern, würde es den Euro innert kurzer Frist deutlich unter den Kurs von eins zu eins drücken, zeigen sich Finanzmarkt-Fachleute überzeugt. Manche sprechen davon, dass der Wechselkurs «kurzfristig überreagieren» würde. Liebi rechnet für diesen Fall gar mit einem langfristig im Keller verharrenden Euro-Kurs: «Wir haben im letzten Sommer gesehen, dass der Euro durchaus für längere Zeit sehr tief sein kann.» Und heute seien die Risiken ungleich höher als damals. Die SNB hätte dadurch schlagartig einen Verlust von circa 30 Prozent auf ihre Euro-Anlagen zu verkraften. Das wären gegen 45 Milliarden Schweizer Franken.

Wie rette ich mein Vermögen?

Die Euro-Krise stellt die Bürger vor existenzielle Fragen. In manchen Wirtschaftssegmenten beobachtet man derzeit noch leicht deflationäre Tendenzen (also fallende Preise). Kurzfristig sei es in dem Umfeld eher vorteilhaft, liquide zu bleiben, meint Liebi. Längerfristig ist es aufgrund der von allen Seiten diagnostizierten Inflationsgefahr vorteilhaft, in Realwerte wie Aktien oder in Grund und Boden zu investieren.

Geht man von einer Inflationswelle aus, dann «sollte man sich sein Pensionskassenvermögen auszahlen lassen, um reaktionsfähig zu bleiben», empfiehlt Liebi. Allerdings zeigt die horrende Preisentwicklung verschiedener realer Anlageklassen wie Gold, dass man auch bei vermeintlichen Realwerten vor Investitionsblasen nicht sicher sein kann.

Wie stark jeder Schweizer allein über die Pensionskassen von der weiteren Entwicklung im Euro-Raum betroffen ist, zeigen Zahlen von Swisscanto: Rund ein Drittel der Pensionskassenguthaben ist in Fremdwährungen angelegt. Sollte der Franken schlagartig aufwerten, würde dieser Teil vermutlich rund 20 bis 30 Prozent an Wert verlieren. Jeder Pensionskassen-Versicherte wäre damit um einen Zehntel seines Altersguthabens ärmer.

Soll ich jetzt ein Haus kaufen?

Bei den rekordtiefen Zinsen liegt es nahe, Immobilien mittels langfristiger Hypotheken zu finanzieren. Angesichts der Gefahr einer Preisblase (wenn es alle tun) muss man, selbst wenn man von einer Inflation ausgeht, die Tragbarkeit sorgfältig berechnen. Auch eine noch so



«Immenses Inflationspotenzial»: Zimmermann.

langfristige Hypothek muss irgendwann einmal abbezahlt oder abgelöst werden. Zimmermann warnt daher vor unüberlegten Aktionen, welche die eigenen Kapazitäten übersteigen: «Schauen Sie in die Landschaft, wie viele schöne Häuser da gebaut werden. Denken Sie, dass sich die Leute dies noch leisten können, wenn die Zinsen wieder einmal auf ein natürliches Niveau steigen und das Geld für die Vorsorge weggeschmolzen ist?»

Wie sieht die langfristige Perspektive aus?

Die Schuldenkrise, der gefährdete Euro, die tiefen Zinsen: Die derzeitigen Verwerfungen sind auch langfristig Gift für die wirtschaftliche Entwicklung. Laut Gewerbeverband-Direktor Bigler leben wir in einer Welt voller Fehlanreize: «Überinvestition, vermeintliche Sicherheit der Staatsschulden, baldiger Rekapitalisierungsbedarf von Länderschulden». Auch Zimmermann sagt: «Je länger, desto stärker verzerrend wirkt eine forcierte Tiefzinspolitik.» Im Klartext: Das Geld fliesst in eigentlich unrentable Investitionen, die durch jede Zinserhöhung defizitär werden. So entstehen immer neue Investitionsblasen.

Immerhin tröstlich ist das Fazit von Karl Reichmuth. Die Schweiz sei schon früher Opfer grosser Währungsspannungen geworden, etwa nach der Loslösung des Geldwesens von Gold durch die USA und nach dem Zerfall der damaligen Fixkursbindungen des Bretton-Woods-Systems. «Die Welt ging aber auch damals nicht unter», sagt der Privatbankier.

Im Internet

Exklusiv für *Weltwoche*-Leser: Die Zusammenfassung des Buches «Zehn Mythen der Krise» von Heiner Flassbeck. Kostenlos auf www.getabstract.com/weltwoche

Von Afrika lernen

Gemeinschaftswährungen haben wegen der Krise der Euro-Zone derzeit keinen guten Ruf. Dabei gibt es afrikanische Währungsunionen, die seit mehr als sechzig Jahren gut funktionieren.

Von Kurt Pelda

Die europäische Schuldenkrise hat nicht nur den Euro, sondern generell Gemeinschaftswährungen in Misskredit gebracht. Ökonomen wie der umstrittene deutsche Erfolgsautor Thilo Sarrazin weisen auf die Notwendigkeit einer politischen Union als Erfolgsvoraussetzung einer stabilen Währungsunion hin. «Währungsunionen souveräner Staaten hatten meist eine kurzlebige und selten eine glückliche Geschichte», schreibt Sarrazin in seinem neuen Bestseller «Europa braucht den Euro nicht».

Eine kurzlebige und selten glückliche Geschichte? Sarrazin hätte seinen Blick nur nach Süden zu richten brauchen, um sich eines Besseren belehren zu lassen. Südlich der Sahara gibt es zwei funktionierende Gemeinschaftswährungen, deren Ursprung auf das französische Kolonialreich zurückgeht. Es sind die beiden CFA-Francis, wobei die Abkürzung für Communauté bzw. Coopération financière d'Afrique steht.

schaftswährung delegierten sie einen Teil ihrer eben erst erlangten Unabhängigkeit an die gemeinsame Notenbank.

In einem Thema, das in der Euro-Zone derzeit heftig diskutiert wird, kennt sich die westafrikanische Währungsunion bereits bestens aus: nämlich dem Austritt eines bankrotten Mitgliedslands. Schon 1962 hatte sich Mali, eines der sieben Gründungsmitglieder, aus der Franc-Zone zurückgezogen – mit katastrophalen Folgen für die Wirtschaft des Landes. 1973 folgte Mauretanien, das sich fortan stärker an die arabische Welt anlehnte. Verzweifeln müssen die «Griechen von Afrika» wegen der trüben Wirtschaftsaussichten nach dem Austritt aber nicht, denn es gibt auch einen Weg zurück unter die Fuchtel der Bruderstaaten und damit auf den Pfad der Tugend. So trat Mali 1984 der CFA-Zone wieder bei und blieb seither ein loyales Mitglied.

Höchst konservativ und zurückhaltend verhielten sich beide afrikanischen Zusammen-

Gbagbo den Geldhahn zudrehte. Dass die Westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion (Uémoa) den fast neunjährigen Bürgerkrieg im Wirtschaftsmotor-Land Côte d'Ivoire überlebte, war eine Meisterleistung. Man stelle sich nur einmal vor, in welche Krise die Euro-Zone gestürzt würde, wenn sich in Deutschland zum Beispiel Bayern und Baden-Württemberg mit Gewalt vom Rest der Bundesrepublik abspalten wollten.

Kein Beistand für Schuldensünder

Trotz wiederkehrender Krisen, Putschen und Dürren liegt die Staatsverschuldung in der westafrikanischen CFA-Zone mit durchschnittlich 42 Prozent der Wirtschaftsleistung auf einem tiefen Niveau. Zum Vergleich: In der Euro-Zone liegt sie bei zirka 87 Prozent. Was die Haushaltsdisziplin angeht, können die Euro-Länder also einiges von den CFA-Staaten lernen. Und anders als in Europa schauten die Investoren, die den CFA-Staaten Kredit ge-

Garantiert für ein Allzeithoch.

made by Gübelin.




GÜBELIN
JUWELN • UHREN

Im Hinblick auf die Unabhängigkeit von Frankreich gründeten eine Reihe afrikanischer Staaten vor mehr als sechzig Jahren zwei Zentralbanken, die je eine gemeinsame Währung für die CFA-Zone in West- und in Zentralafrika herausgeben sollten. Die Grundlage für die beiden Währungsunionen war gelegt.

Ein Austritt ist möglich

Der Aussenwert des CFA-Franc war – und wird auch heute noch – durch den französischen Staat garantiert; dies ist ein wichtiger Unterschied zur Europäischen Währungsunion. Der Wechselkurs zwischen CFA-Franc und Euro ist fixiert. Die afrikanischen Mitglieder unterwarfen sich – mithin ohne politische Union – der gemeinsamen Geldpolitik, über die am Hauptsitz der Zentralbanken in Senegal (Westafrika) bzw. Kamerun (Zentralafrika) bestimmt wurde. Nicht alle jungen Staaten waren davon begeistert, denn mit der Gemein-

schlüsse bei der Zulassung von Neumitgliedern – ganz im Unterschied zur Euro-Zone. Mit den Kleinstaaten Guinea-Bissau beziehungsweise Äquatorialguinea nahmen die beiden Währungsunionen in den mehr als sechzig Jahren ihrer Existenz gerade nur je ein Land neu auf. Der Nutzen der Gemeinschaftswährungen war für die Mitglieder offensichtlich:

In den mehr als sechzig Jahren ihrer Existenz wurde nur je ein Land neu aufgenommen.

Im Vergleich mit dem restlichen Afrika lag die Inflation in den CFA-Zonen um einiges tiefer.

In letzter Zeit übt die Westafrikanische Zentralbank auch erfolgreich politischen Druck aus, zum Beispiel, indem sie dem ehemaligen ivoirischen Präsidenten, Wahlfälscher und mutmasslichen Kriegsverbrecher Laurent

währten, sehr genau auf den jeweiligen Schuldenstand. Länder mit grösserer Verschuldung mussten höhere Zinsen bezahlen, wie der Internationale Währungsfonds (IWF) kürzlich in einem Bericht festhielt.

Im Gegensatz zu den europäischen Banken, die kriselnde Staaten wie Griechenland viel zu lange mit viel zu günstigem Geld überhäuferten, verhielten sich afrikanische Geldgeber offenbar klüger. Ihnen war bewusst, dass die CFA-Länder einem Schuldensünder in ihren Reihen nicht beistehen würden. Auch wenn es in der Westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion ernsthafte Harmonisierungsbestrebungen gibt, fehlt doch ein gemeinsamer Krisenfonds, womit Mitgliedsstaaten notfalls unter die Arme gegriffen werden könnte. Und selbst der IWF erwähnt lobend, dass die Kapitalausstattung der westafrikanischen Banken gesund sei – wiederum ganz anders als in einigen Euro-Ländern. ○



Physikerin der Macht: Kanzlerin Merkel.

Mutter Europa

Im Drama der Euro-Länder hat die deutsche Kanzlerin Angela Merkel endlich einen Feind im Ausland: François Hollande, der französische Präsident. Für Merkel ist das eine historische Chance. Sie kann eins werden mit den Interessen Deutschlands und zugleich zur Verteidigerin Europas. *Von Wolfram Weimer*

Sie nannten sie schon «die deutsche Hamlet», weil sie so zaudernd regierte. Nachdem sie kühlen Herzens, aber reihenweise Konkurrenten erledigte, rief man sie «Macbeth». Und als man in Berlin beobachtete, dass sie allen eifersüchtig misstraute und Westdeutschen auch nach Jahren so fremd vorkam wie ein Mohr, da witterte man Othello.

Doch all die Vergleiche sind falsch. Angela Merkel taugt für kein Shakespeare-Drama. Ihr Naturell entstammt nicht der wüsten Welt von Gefühlen, Pathos, Gewalt und grossen Gesten. Ihr Wesen ist aus einem norddeutschen Klinkerbau erwachsen, kühl und schmucklos und rational und bescheiden. Sie ist in jeder Beziehung protestantisch. Das heisst, dass sie sich weniger durch das definiert, was sie ist, als durch das, was sie nicht ist.

Bundeskanzlerin zum Beispiel ist sie lange gar nicht gewesen. Die Euro-Krise erst hat

Angela Merkel dazu gemacht. Davor war sie Darstellerin des Amtes, sie spielte politische Führung, und also wechselte sie die Rollen und Meinungen. Sie wollte oder konnte nicht voran gehen, sondern entschied sich für eine politische Strategie des Moderierens. So wurde sie zur Meisterin von *liquid democracy*, längst bevor die Piraten das zur Mode machten.

Man nannte sie wahlweise «behutsam», «opportunistisch» oder «präsidial». Sie rief sich selbst als «die Mitte» aus. Doch die Chamäleonphase der merkelschen Regentschaft ist vorbei. Nun ist sie wirklich Kanzlerin geworden. Ihre Geschmeidigkeit weicht einem stählernen Zug.

Jahre des Zauderns

Nach Jahren des Zauderns und einer Szenerie des Diffusen herrscht in Berlin plötzlich eine Kultur der Führung. Als habe sie im vergange-

nen Jahr bei Helmut Kohl im Beichtstuhl gesessen, so agiert Merkel auf einmal entschieden, machtbewusst und Europa-gestaltend.

Diese Metamorphose der Angela Merkel birgt eine gewisse Logik, denn Deutschland hat schon einige ihrer Häutungen verblüfft beobachtet. Man sah das unsichere Ost-Mädchen von Helmut Kohl mit sonderbaren Haaren und besonderer Intelligenz. Ihr folgte die generalsekretärende Praktikantin der Macht, die schneller lernt, als andere denken können. Dann trat diese sonderbar warmherzig-ehrgeizige Krankenschwester der verwundeten Post-Kohl-CDU auf, die einen sicheren Instinkt für die Schwächen anderer hat. Plötzlich agierte sie als kalte Physikerin der Macht, die ihre innerparteilichen Konkurrenten erledigt wie lästige Bauern in einem Schachspiel. Schliesslich triumphierte die grosskoalitionär ausgleichende Mutter der

Nation, Deutschlands erste Frau im Kanzleramt. Zunächst als grosse Abwarterin, doch nun als eiserne Europa-Kanzlerin.

Ihre Strategie, Politik als summierende Nachhutveranstaltung zu organisieren, wird auf den Kopf gestellt. Gelingt ihr das Manöver namens Geradlinigkeit und schafft sie es tatsächlich, Europa auf einen Pfad der langfristigen Sanierung zu führen, dann rettet sie auch ihre Regierung.

Die schwarz-gelbe Regierung hat sich bislang verhalten wie dereinst Rot-Grün in der ersten Legislatur: weithin unseriös. Mit einer pubertierenden FDP an der Seite humpelt die Kanzlerin seit drei Jahren umher. Zugleich verliert sie mit ihrem linkslastigen Modernisierungskurs die Konservativen in Partei und Gesellschaft: Abschaffung der Wehrpflicht, Beseitigung der Hauptschule, sozialdemokratische Familien- und Sozialpolitik, Papstkritik, grüne Energiewende – immer weniger wissen Deutschlands Christdemokraten, was an ihrer Regierung noch christdemokratisch ist.

Die Rolle der strengen Europa-Kanzlerin könnte daher wie ein Neustart-Signal für die schwarz-gelbe Regierung wirken. Die FDP ist bis zur Selbstaufgabe willfährig, die Konservativen werden über das Prinzip Seriosität gebunden, und die Wirtschaft gibt ihr Rücken-deckung aus Überlebensinstinkt. Angela Merkel drückt mit ihrer Europa-Politik auf die innerdeutsche Reset-Taste der Macht.

Dabei helfen ihr ausgerechnet die so lustvoll nebensächlichen Piraten. Mit dem Wohlergehen der neuen Protestgruppierung werden rot-grüne Regierungen und perspektivisch auch ein sozialdemokratischer Kanzler immer unwahrscheinlicher. Das linke Lager zerfranst, die Grünen werden unter dem Ansturm der Piraten grau und klein, die CDU wirkt strategisch gestärkt, und Grosse Koalitionen sind nun die Zentraloption der kommenden Jahre.

Es ist wie einst mit Queen Elizabeth und den Piraten um Francis Drake. Die wilden Querköpfe, frechen Outlaws und scheinbaren Gegner der etablierten Ordnung stabilisieren in Wahrheit die Regentschaft der Königin. Nun regierte Elizabeth I volle 45 Jahre lang, was Angela Merkel nicht schaffen dürfte.

Aufstieg zur Langzeit-Kanzlerin

Aber sie könnte mit dem Aufsplittern der Parteienlandschaft zur Langzeit-Kanzlerin aufsteigen. Schon jetzt hat sie die Vorgänger Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger und Willy Brandt an Dienstjahren überholt. Gerhard Schröder übertrifft sie noch in diesem Jahr, Helmut Schmidt gleich zu Beginn der nächsten Legislatur. Dann käme sie in die Gefilde der beiden Kanzlerlegenden Konrad Adenauer und Helmut Kohl. Die Grosse Koalition ist ihr Schlüssel dazu.

Eine Grosse Koalition käme dem Regierungsstil Merkels ebenso entgegen wie ihren



Fuchs in der Gänseschar: Präsident Hollande.

mittigen Überzeugungen. Umfragen zeigen, dass eine breite Mehrheit der Bevölkerung Grosse Koalitionen sogar wünscht. Bislang hat Deutschland damit recht gute Erfahrungen gemacht – ob in den sechziger Jahren, als Franz Josef Strauss (CSU) und Karl Schiller (SPD) die Wirtschaft in Schwung brachten, oder zuletzt, als Peer Steinbrück (SPD) und Angela Merkel (CDU) Deutschland sicher durch die globale Finanzkrise führten. Selbst in der Weimarer Republik haben die Stresemann-Kabinette die Hyperinflation, den Hitler-Putsch, die Ruhrbesetzung überwunden, die Republik stabilisiert und aussenpolitisch befriedet.

Wie immer man zur Grossen Koalition steht, mit ihr kann Merkel ihre Machtperspektive

Merkel entwaffnet das linke Lager seit Jahren durch systematische Raubkopie.

deutlich verlängern. Und noch etwas kommt ihr gerade recht: ein veritabler Feind im Ausland – François Hollande.

Nicht dass der ihr im Grundsatz zu links wäre. Merkel verfolgt seit Jahren die Strategie, das linke Lager in Deutschland durch systematische Raubkopie zu entwaffnen. Ihre Steuerpolitik zeigt keinen Hauch von liberaler Reform, Paul Kirchhofs «Garten der Freiheit» ist mit dem Unkraut staatlicher Bevormundung zugewuchert, der Unions-Wirtschaftsflügel fühlt sich auf das innerparteiliche Machtpotenzial der Schwulenvereinigung zurückgestossen. Die Sozialdemokratisierung der CDU ist Legende.

Doch Hollande bietet ihr eine fundamentale Gelegenheit, das nationale Interesse Deutschlands zu verkörpern, indem sie so protestan-

tisch sein darf, wie sie ist. Sparsam, diszipliniert und solide.

François Hollandes Losung für Europa lautet letztlich: Wachstum durch deutsches Geld. Der neue französische Staatspräsident macht sich in Deutschland damit so beliebt wie der Fuchs in der Gänseschar. Er stellt Merkels Sparbemühen bloss, er droht den Fiskalpakt zu kippen, er will staatliche Konjunkturprogramme und höhere Steuern, vor allem aber Euro-Bonds – also die Sozialisierung der Staatsschulden zu Lasten Deutschlands.

Schuldenalkoholiker in der Euro-Bar

Zähneknirschend, aber doch zunehmend einsichtig hatten die überschuldeten Staaten Europas Merkels Gesundungskur akzeptiert, sich auf einen Pfad der Solidität eingelassen und mit zaghaften Reformen und Sparbemühungen begonnen. Doch nun kommt der Wachstumswundersprecher und verkündet die Fortsetzung der Schuldenpolitik mit anderen Mitteln. Schlagartig ist er zum Helden aller Linken und vieler Südeuropäer geworden. Wie ein Partylöwe versammelt er die verkaternten Schuldenalkoholiker um die leer getrunkene Euro-Bar, um sie darauf einzuschwören, dass man nun den Weinschrank des deutschen Nachbarn stürmen möge, dann gehe das kredittrunkene Süss-Leben weiter.

Hollande weiss, dass jeder wachstumserzwingende Euro neuer Schulden eine vorweggenommene Enteignung der Bürger ist. Jede neue Kreditmilliarde wird ein Baustein des drohenden Schuldensozialismus. Darum klingt sein Programm nicht nur wie direkt aus der ideologischen Klamottenkiste der siebziger Jahre hervorgezerrt. Es scheint sogar Methode zu haben. Was Sozialisten über Jahrzehnte nicht geschafft haben – die bürgerliche Gesellschaft massenhaft zu enteignen –, durch den Schuldenwahn könnte es jetzt gelingen. Hollandes oral existierender Sozialismus verfährt nach dem Motto: Genossen, lasst uns die alten Fehler munter wieder begehen.

Doch genau das ist Merkels historische Chance. Sie wird ihm Widerstand leisten, wie Margaret Thatcher den Kontinentaleuropäern Widerstand geleistet hat. Hollande beschert Merkel die Konstellation, dass sie eins werden kann mit dem nationalen Interesse Deutschlands und zugleich zur Verteidigerin Europas gegen den kollektiven Schuldensozialismus. Wenn sie nur Widerstand leistet. Und sie wird Widerstand leisten. Angela Merkel hat das Drama, das sie nie gesucht hat. Und sie hat die Chance, dem schillernden, trunkenen Europa einen Weg aus dem verhexten Sommernachts Traum zu weisen. Was ihr wollt, gilt nicht mehr. Was sie will, das gilt.

Wolfram Weimer ist deutscher Publizist und Verleger. Er gründete 2004 das politische Magazin *Cicero* und war Chefredaktor der Tageszeitung *Die Welt* sowie des Nachrichtenmagazins *Focus*.

Schumpeters später Sieg

In der aktuellen Schuldenkrise outen sich Politiker als Jünger von Keynes und fordern staatliche Interventionen. Ein Irrtum. Es ist Keynes' Zeitgenosse Joseph A. Schumpeter, der innovative Rezepte gegen Wirtschaftskrisen zu bieten hat. Von René Lüchinger



Prophet der Innovation: österreichischer Ökonom Schumpeter (Jahrgang 1883).

Immer dieser Keynes! Übellaunig pflegte Joseph A. Schumpeter auf diesen Namen des Kollegen aus der Ökonomenzunft zu reagieren. «Das Elend ist, dass ich überall Keynes sehe», notierte er einmal, «und ich selbst, wo bin ich?» Der Brite hatte dem Österreicher in der Tat zeit seines Lebens die Show gestohlen, und John Maynard Keynes, der eiserne Verfechter von Staatsinterventionen in Zeiten der Krise, tut es bis heute – und er tut es zu Unrecht.

Schumpeter und Keynes waren Kinder der gleichen Generation, beide 1883 geboren, im mährischen, damals zu Österreich-Ungarn gehörenden Städtchen Triesch der eine, in der Universitätsstadt Cambridge der andere. Beide waren Wissenschaftler – Schumpeter zunächst der jüngste Universitätsprofessor der Monarchie in Graz und viele Jahre später Professor in Harvard, Keynes war langjähriger Dozent am King's College in Cambridge –, und

beide unternahmen Ausflüge in die Politik – Schumpeter als österreichischer Finanzminister, Keynes als Berater des britischen Schatzministeriums. Und beide liebten das pralle Leben. Schumpeter duellierte sich wegen einer Lappalie mit einem Bibliothekar, in seiner Zeit im Finanzministerium pflegte er mit Prostituierten um die Häuser Wiens zu ziehen, und als ihm eine Bank zur Führung anvertraut wurde, führte er diese zielsicher in die Pleite.

Drei Ziele habe er in seinem Leben, verkündete Schumpeter, «der beste Liebhaber Wiens, der beste Reiter Europas und der grösste Ökonom der Welt zu sein». Zwei Ziele habe er erreicht, meinte er, als er Bilanz zog, beim dritten sei er daran gescheitert, dass er leider nur einen zweitklassigen Sattel geerbt habe. Keynes dagegen lebte seine Homosexualität promiskuitiv aus, heiratete dann doch eine russische Ballerina, und wenn er etwas bedau-

erte in seinem Leben, dann, nicht mehr Champagner getrunken zu haben.

Das Fernduell der beiden grossen Ökonomen des 20. Jahrhunderts entzündete sich an den richtigen Rezepten gegen die Unwägbarkeiten von Konjunktur- und Wirtschaftszyklen. Im Jahre 1927 lernten sie sich persönlich kennen. Keynes war Herausgeber des renommierten *Economic Journal*, für die auch Schumpeter Artikel verfasste. Doch warm wurden sie nie miteinander. Zu sehr sahen beide im anderen den Hauptkonkurrenten um die Vormachtstellung innerhalb der Zunft der modernen Theoretiker der Ökonomie.

Die Erfindung des Wohlfahrtsstaates

Keynes. Er zertrümmerte das hundert Jahre alte, seit Adam Smith gültige Axiom der Wirtschaftspolitik, nach dem Laissez-faire und die «unsichtbare Hand des Marktes» Konsum und Arbeit, Preise und Zinsen in einem System der Selbststeuerung der Wirtschaft zum Wohle aller regulieren. «The End of Laissez-faire» nannte Keynes sein 1926 erschienenes Werk, in dem er den Staat als Regulator ins Spiel brachte. In späteren Werken entwickelte er diese Sicht der aktiven regulatorischen Funktion des Staates weiter und prägte den Begriff des «deficit spending»: In Zeiten der Rezession soll der Staat nicht sparen, sondern sich verschulden und über Konjunktur- und Investitionsprogramme die Nachfrage stimulieren, um so die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Im nächsten Konjunkturzyklus des Aufschwungs sind diese Defizite nach Keynes' Theorie dann wieder abzubauen.

Keynes wurde zum bestimmenden Ökonomen des 20. Jahrhunderts und feiert seit der Schuldenkrise im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts eine Renaissance. Der US-Präsident Franklin D. Roosevelt setzte während der Grossen Depression der 1930er Jahre mit seinem New Deal auf Keynes'sche Rezepte der Investitionsprogramme gegen die Arbeitslosigkeit, und auch heute rufen politische Kräfte in den USA nach einem New Deal.

Der britische Premier Clement Attlee gilt als Schöpfer des Wohlfahrtsstaates nach dem Krieg; er berief sich auf Keynes und meinte, der Staat müsse für den Bürger sorgen von der «Wiege bis zur Bahre»; vom US-Präsidenten Richard Nixon stammt der Satz: «Wir sind alles Keynesianer», und auch SPD-Bundeskanzler Helmut Schmidt setzte um die gleiche Zeit auf staatliches *deficit spending*: «Ich habe lieber fünf Prozent Inflation als fünf Prozent Arbeitslosigkeit.»

Keynes hat Schumpeter in der Perzeption der Zeitgenossen von Anfang an dominiert. Innerhalb der Ökonomenzunft und auch ausserhalb. Keynes hat mit seinen Schriften auch die Nachwelt geprägt, während Schumpeter ausserhalb der akademischen Zirkel praktisch in Vergessenheit geriet. Galt Keynes als Wolfgang Amadeus Mozart der Ökonomie, schaffte es sein Zeitgenosse Schumpeter im besten Fall zu einem Antonio Salieri. Keynes ist auch heute nicht totzukriegen. François Hollande, Frankreichs neuer Präsident, will Wirtschaftswachstum durch höhere Staatsausgaben erzwingen, und er findet begeisterte Jünger in Griechenland oder Spanien, und selbst die deutsche Kanzlerin scheint nicht mehr immun zu sein gegen den Virus, die Arbeitslosigkeit in Europa auf Kosten steigender Staatsverschuldung bekämpfen zu wollen. Keiner aus der heute aktiven Politikerkaste der Keynesianer scheint sich dabei Gedanken machen zu wollen über den zweiten Teil von dessen Theorie: dass in der Krise angehäuften Staatsdefizite im nächsten Wirtschaftsaufschwung wieder zurückzahlen wären. In Abwandlung des berühmten Keynes-Bonmots («Auf lange Sicht sind wir alle tot») denken sie wohl: «Auf lange Sicht sind wir alle abgewählt.»

Und Schumpeter? Der kämpfte stets im langen Schatten von Keynes. Als er in den 1920er Jahren an einem grossen Werk über Geldtheorie arbeitete, kam ihm Keynes mit «A Treatise on Money» zuvor, wo dieser dem staatlichen Sparzwang in der Wirtschaftskrise eine Absage erteilte. 1936 veröffentlichte Keynes seine epochale «Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes», nach der die Nachfrage und nicht das Angebot der entscheidende Bestimmungsfaktor der wirtschaftlichen Entwicklung darstellt und folglich der Staat in der Krise mit Investitionsprogrammen Wirtschaft und Konsum anzukurbeln habe. Selbst bei Schumpeters eigenen Studenten in Harvard wurde das Keynesische Werk begeistert aufgenommen, während sein eigenes, 1939 erschienenes 900-seitiges Opus «Business Cycles» wie Blei in den Buchregalen hing. Bis heute, und

dies zu Unrecht. Denn es benennt den Kraftstoff, der die konjunkturellen Schübe im kapitalistischen System bestimmt: die Innovation. Zeiten der Hochkonjunktur sind nach Schumpeter Hochzeiten der Innovation, und fehlen diese auf breiter Front, stürzt die Konjunktur in der Folge in das Wellental. Der Prophet der Innovation ist dem Propheten des Schuldenmachens in jedem Fall vorzuziehen.

Kraft der «schöpferischen» Zerstörung

Sein in dieser Hinsicht bahnbrechendes Werk hatte Joseph A. Schumpeter bereits 1912, vor exakt hundert Jahren also, zu Papier gebracht. So steht dies zumindest im Impressum des 600-Seiten-Opus «Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung». Der Verlag, so heisst es, wollte verhindern, dass das einige Monate zuvor fertiggestellte Werk nicht schon bei Erscheinen alt aussehen könnte. Die Angst ist unbegründet – Schumpeters Gedanken sind aktueller denn je. Alt aussehen kann in der Schuldenkrise nur sein ewiger Kontrahent Keynes, dem als Medizin dagegen nur der Ruf nach dem Schuldentreiber Staat einfällt.

Es lohnt, Schumpeter dagegenzusetzen. In diesem Werk beschreibt er die Kraft der «schöpferischen Zerstörung», die jeder positiven wirtschaftlichen Entwicklung innewohnt. Er prägt den Begriff des «dynamischen Unternehmers», der dank seiner Innovationskraft immer Neues kreiert – neue Güter, neue Produktionsverfahren, neue Organisationsformen, neue Absatzmärkte und damit auch neue Jobs – und Überholtes überwindet, eben zerstört. Dieser Prozess erfolgt «in Wellenschlägen von Prosperität und Depression» und prägt im Ganzen die Konjunkturzyklen. Phasen hoher Innovationsdichte lösen Phasen blutarmen business as usual ab. Es ist wohl auch kein Zufall, dass Schumpeter das Hohelied des kreativen Unternehmers zu einer Zeit, 1912, anstimmt, als in den führenden Industriestaaten zunehmend anonyme Aktiengesellschaften und angestellte Manager die privatwirtschaftlichen Unternehmer aus der Gründerzeit der industriellen Revolution

zu verdrängen beginnen. Hundert Jahre später lässt sich ebenfalls konstatieren, dass in den reifen Industriegesellschaften Amerikas, Europas oder auch Asiens zu viele ideenlose Manager und zu wenige innovative Unternehmer am Werke sind.

Leben und Tod, Innovation und Zerstörung sind, frei nach Schumpeter, der chaotisch wuchernde Humus, auf dem Fortschritt und wirtschaftliche Prosperität wachsen. Träger des Wachstums sind innovative Unternehmer, welche die Kraft der schöpferischen Zerstörung aufbringen, neue Wege zu gehen. Beispiel Apple: Der US-Konzern schuf den iPod und den iTunes-Store und erkannte, dass hier Soft- und Hardware zusammenwachsen. Anti-Beispiel Sony: Der japanische Konzern hatte den Walkman erfunden und dominierte damit, bevor Apple kam, zwei Jahrzehnte lang den Musikmarkt. Dann fehlte die Innovationskraft, um zu erkennen, dass Hardware allein keine Zukunft mehr hatte. Heute schreibt Sony tiefrote Zahlen, streicht zehntausend Jobs. Apple hat 2011 erstmals die 100-Milliarden-Dollar-Umsatzgrenze geknackt und ist mit einem Börsenwert von 600 Milliarden Dollar die wertvollste Firma der Welt. Es ist, als hätte der kürzlich verstorbene Apple-Gründer Steve Jobs seinen Schumpeter gelesen.

Dass Schumpeter mehr zu sagen hat als Keynes, hat sich auch in Grossbritannien herumgesprochen. Im *Economist* erscheint seit 2009 eine Kolumne über Wirtschaft und Innovation, die mit «Schumpeter» überschrieben ist. Dieser Ökonom, hiess es damals bei deren Einführung, sei einer der wenigen Intellektuellen gewesen, der das Wesen des unternehmerischen Handelns tatsächlich verstanden habe. Es war dies so etwas wie die Aufnahme in den Adelsstand für Joseph A. Schumpeter. In jedem Fall aber der späte Sieg über seinen ewigen Rivalen John Maynard Keynes aus dem englischen Cambridge.

Im Internet

Exklusiv für *Weltwoche*-Leser: Die Zusammenfassung von Schumpeters «Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie». Kostenlos auf www.getabstract.com/weltwoche



ÜBER 500'000 FLASCHEN DER ERLESENSTEN WEINE AUF LAGER – JAHRGÄNGE VON 1811 BIS EN PRIMEUR.

ARVI SA
Via Pedemonte 1
CH-6818 Melano
T 091 649 32 88
F 091 648 33 75
info@arvi.ch
www.arvi.ch

Lassen Sie sich die «En Primeur 2011» nicht entgehen. Alle neuesten Freigaben finden Sie täglich auf www.arvi.ch. Auf Wunsch, sind auch alle Formate bis zu 6 Liter verfügbar.

1 ER CRU CLASSE	CHF/BT	RP	3 EME CRU CLASSE	CHF/BT	RP
Mouton Rothschild	517.30	93 – 96	La Lagune	51.85	90 – 93
Lafite Rothschild	702.00	90 – 93			
Haut Brion	507.60	92 – 95	5 EME CRU CLASSE	CHF/BT	RP
Latour	642.60	93 – 95	Grand Puy Lacoste	55.10	89 – 91
Margaux	529.20	94 – 96	Clerc Milon	51.85	89 – 91+
2 EME CRU CLASSE	CHF/BT	RP	GRAND CRU	CHF/BT	RP
Pichon Lalande	95.05	92 – 94	Mondotte	150.10	92 – 94
Pichon Baron	99.35	90 – 92+	Cheval Blanc	604.80	94 – 96
Leoville Barton	63.70	90 – 92			
Rauzan Segla	79.90	91 – 94	GRAND CRU CLASSE B	CHF/BT	RP
Le Petit Mouton Rothschild	99.35	87 – 89	Troplong Mondot	79.90	91 – 93+
(2nd Vin de Mouton)					
Leoville Poyferre	68.05	91 – 94	POMEROL	CHF/BT	
			Pétrus	a.A.	

Preise sind CHF pro 75cl Flasche und inkl. Mwst. Transport nicht im Preis enthalten. Offerte gültig mit schriftlicher Bestätigung und solange Vorrat reicht. E&OE. En Primeur Weine 2011 ab Frühling/Sommer 2014 lieferbar.

«Sie sind wie Aasgeier»

Seit dem Massaker von Hula Ende Mai steht Syrien isolierter da als je zuvor. Verantwortlich für das Blutbad soll ein geheimes Killer-Kommando sein: Die Schabiha (Gespenster) gelten als verlängerter Arm des Assad-Clans. Wer steckt tatsächlich hinter den Todesmilizen? *Von David Ricci*



Befehle von unbekannter Stelle: Opfer des Massakers in einem Dorf nahe der Stadt Hula.

«Frauen, Kinder und alte Männer wurden erschossen», sagte der Sprecher des syrischen Aussenministeriums, Dschihad Makdisi, letzte Woche auf einer Pressekonferenz. «Verantwortlich dafür ist nicht die heldenhafte syrische Armee.» Wer war es dann, der 108 Menschen, darunter 49 Kinder, am 25. Mai in einem Dorf nahe der Stadt Hula kaltblütig ermordete?

«Bewaffnete Banden», sagte Makdisi – das ist die gängige Bezeichnung für die dezentralisierten Einheiten der Freien Syrischen Armee. In den letzten Tagen soll es in den Dörfern um Hula zu Rachemorden gekommen sein, aber immer klarer wird, dass die Milizen, die die Bewohner von Tal-Daw hinrichteten, auf der Seite des Regimes standen. Klar ist auch, dass sie ohne Mithilfe von Teilen der regulären Armee ihre Tat nicht hätten verüben können.

Aus der Darstellung des Aussenministeriums und aus Gesprächen mit Einwohnern von

Homs in den letzten Tagen ergibt sich folgender Ablauf der Geschehnisse. Die Armee nahm einige sunnitische Dörfer bei Hula unter Beschuss, um die Kämpfer der Freien Syrischen Armee zu vertreiben. Daraufhin griffen die Aufständischen mehrere Armee-Checkpoints an, die den Zugang zu diesen Dörfern kontrollierten. Und nachdem sich die Aufständischen aus der kleinen Ortschaft Tal-Daw zurückgezogen hatten, veranstalteten bewaffnete Zivilmilizen aus nahegelegenen alawitischen Dörfern eine Gewaltorgie, zogen mordend und plündernd von Haus zu Haus. In Syrien sind diese Männer unter dem Namen Schabiha bekannt.

Wer sind die Schabiha? Der Begriff geht auf das arabische Wort für «Gespenster» zurück und bezog sich ursprünglich auf jene Schmugglerbanden, die in den 1970ern im Umkreis der Hafenstadt Latakia aufgekommen waren und dank ihrer Stammes- und Clanbeziehungen



Gewaltorgien: Schabiha bei Damaskus.



Vorwand für Racheakte: Aufständische.

zu den herrschenden al-Assads ungestört ihre Geschäfte betreiben konnten. Zwar führen manche Beobachter die zunehmenden Konflikte innerhalb der syrischen Gesellschaft auf Spannungen zwischen der sunnitischen Mehrheit und einem Regime zurück, dessen Elite der alawitischen Minderheit angehört, aber das Machtgeflecht, auf das sich das Regime stützt, gründet in erster Linie auf familiären Beziehungen und ökonomischer Patronage.

Die frühen Schabiha florierten unter dem wachsamen Auge von Präsident Hafis al-Assad, Baschars Vater. In den 1980ern, als syrische Truppen den Libanon besetzt hielten und die syrische Wirtschaft an Versorgungsentgängen litt, war der Schmuggel über die libanesische Grenze eine der besten Verdienstmöglichkeiten für Syrer mit guten Beziehungen. Im Rahmen dieser Schwarzmarktwirtschaft entstand eine Reservearmee von armen jungen Männern, die dem ala-

witischen Ableger des schiitischen Islam angehört und dem Regime, erstarrt in paranoider Furcht vor tatsächlichen und vermeintlichen Gegnern, nützliche Dienste leisteten.

In der ärmsten Gegend von Mezze, einem Viertel von Damaskus, leben zahlreiche junge Männer, meist Alawiten, in Häusern, die Hafis al-Assad in den 1980ern für sie hatte errichten lassen. Das Quartier ist bekannt als «Mezze 86», benannt nach dem Jahr, in dem diese jungen Männer, angelockt von billigen Lebensmitteln und subventionierten Mieten, aus ihren Dörfern nach Damaskus kamen.

Befehle von unbekannter Stelle

Als im März 2011 der Aufstand ausbrach, stieg die Zahl dieser Schabiha immer weiter an – die nun die Gelegenheit hatten, ihre Schuld gegenüber dem Regime abzutragen, indem sie die Drecksarbeit machten und gewaltsam gegen die Oppositionellen vorgingen. Als beispielsweise im Februar rund 20 000 Personen in Mezze zu einer spontanen Trauerkundgebung zusammenkamen, waren es (nach Angaben von Teilnehmern, mit denen ich im Februar in Damaskus sprach) die Schabiha, die auf die Demonstranten schossen. Sobald die Damaszener Opposition irgendwo zu einem Begräbnis oder einer Kundgebung zusammenkam, warteten in den Seitenstrassen schwerbewaffnete Männer und Jugendliche auf einen Vorwand, um loszuschlagen.

Erst inmitten der Wirren und Konflikte im aufständischen Homs konnten die Schabiha ihre ganze Brutalität unter Beweis stellen. Mohammed, ein angesehener, moderater lokaler Oppositioneller, berichtete mir im Februar, dass die Schabiha die syrische Armee bei Einsätzen und an Checkpoints begleiten, offenbar aber ihre eigenen Führungsstrukturen haben und ihre Befehle von unbekannter Stelle erhalten.

Sobald die reguläre Armee ein Wohnquartier von Aufständischen durchkämmt oder erstürmt, tauchen die Schabiha auf, manchmal in Bussen, und terrorisieren die Bevölkerung. «Sie sind meist schwarz gekleidet oder tragen Militärsachen, haben aber ein gelbes Band an der Schulter», sagte Mohammed am Montag am Telefon.

Am 13. Mai seien Schabiha in sein Viertel al-Schammas eingedrungen, früher ein relativ friedlicher Stadtteil von Homs, und hätten dort ein Massaker verübt. Er weiss nicht, wie viele Tote es gegeben hat. Nachdem Hunderttausende aus der Stadt geflohen seien, hätten die Schabiha ganze Viertel erobert und die verlassenen Häuser geplündert. «Sie sind wie Aasgeier», sagt Mohammed. «Sie nehmen alles mit.» Ein anderer Aktivist, Abu Rami, der am Montag aus dem Viertel Bab as-Sebaa mit mir telefonierte, sagte, dass die Schabiha zum grössten Teil Alawiten aus Homs und den umliegenden Dörfern seien. Oft operierten sie auf eigene Rechnung, in Banden oder als Scharf-

schützen auf Dächern, von denen sie einen Überblick über die Wohngebiete der Aufständischen haben. Etwa neunzig Prozent der Schabiha-Miliz in Homs seien arme Alawiten aus Homs und Umgebung, berichtet der Oppositionelle Mohammed am Telefon weiter. Dies habe zu einer Verschärfung der bestehenden Spannungen zwischen Sunniten (75 Prozent der Bevölkerung) und Alawiten in der Stadt geführt

Die Alawiten, deren Wurzeln auf vorchristliche Zeit zurückgehen, machen bloss sechs Prozent der syrischen Bevölkerung aus. Viele Militäroffiziere und ein grosser Teil der herrschenden politischen Elite entstammen dieser Religionsgemeinschaft, der auch die Familie Assad angehört.

Für die Schabiha ist das riskant. Die Freie Syrische Armee, sagt Abu Rami, habe viele von ihnen getötet, aber immer rücke jemand nach. Angesichts der wirtschaftlichen Probleme im Land sind die armen Alawiten auf jede Verdienstmöglichkeit angewiesen, andere werden die Propaganda des Regimes glauben, dass das Land mit einer Verschwörung von al-Qaida, den Golfstaaten und der Nato konfrontiert sei und die Alawiten mit brutalen Racheakten der Sunniten zu rechnen hätten.

Aber wer ist der Zahlmeister, und wer erteilt die Befehle? Die Antwort ist in der jüngsten

«Sie sind schwarz gekleidet oder tragen Militärsachen, haben aber ein gelbes Band an der Schulter.»

Geschichte des Landes und der neuen Wirtschaftspolitik zu suchen. Nachdem Syrien sich aus dem Libanon zurückgezogen hatte, begann das Regime mit zaghaften Modernisierungsversuchen, die eine Art dysfunktionale Marktwirtschaft hervorbrachten. Eine neue Schicht von Geschäftsleuten konnte sich etablieren, meist Sunniten, die über ausgezeichnete Beziehungen zu den alawitischen Machthabern im Sicherheitsapparat verfügte. Die einst im Schmuggel erzielten Profite verlagerten sich auf legitimere Geschäfte.

Ein Kern von einflussreichen Figuren monopolisierte Industrien, Ausrüstungsgüter, Franchiseunternehmen und Autoimport – eine der hauptsächlichen Klagen einfacher Syrer seit Ausbruch der Rebellion im letzten Jahr. Es sind diese Geschäftsleute, oft Sunniten und nicht Alawiten, die unauffällig Geld an die Schabiha weiterleiten – um auf diese Weise ihre lukrativen Privilegien zu schützen und ihre politischen Gönner zufriedenzustellen.

Die Schabiha stehen gegenüber dem Regime in grosser Schuld, heisst es in Damaszener Oppositionskreisen, und werden alles tun, um das Regime zu schützen. Im Februar berichtete mir ein Aktivist, er wisse über Freunde, dass die Schabiha pro Tag 1500 syrische Pfund

(ca. 23 Dollar) bekämen und so viel Arbeit hätten, dass sie immer furchtbar müde aussähen. Ein anderer Oppositioneller bezifferte den Tageslohn (womöglich übertrieben hoch geschätzt) auf 2500 bis 5000 syrische Pfund. Und dieses Geld kommt nicht vom Staat.

Abu Rami sprach von zwei Geschäftsleuten, einem Alawiten in al-Qusair, einem Stadtteil von Homs, und einem Sunniten in Damaskus, die die Einsätze der Schabiha in Homs bezahlen. Sie haben engen Kontakt zum Sicherheitschef in Homs, der seine eigenen Leute als Schabiha zur Verfügung stellt oder arbeitslose Männer organisiert. All diese Informationen sind natürlich nicht zu überprüfen, aber die Syrer sind nicht ohne Grund davon überzeugt, dass jeder erfolgreiche Geschäftsmann seine Seele dem Regime verkauft haben muss. Von Rami Makhluף (Cousin des Präsidenten) abwärts sind alle Schlüsselpositionen in der syrischen Wirtschaft Privilegien, die von Angehörigen des Assad-Clans vergeben und kontrolliert werden.

Einige namhafte westliche Firmen, die in den vergangenen zehn Jahren Geschäfte mit Baschar al-Assads Syrien gemacht haben, sollten sich Sorgen machen. Im August letzten Jahres übergab mir ein Damaszener Aktivist eine Liste mit den Namen der Hauptgeldgeber der Schabiha, zusammengestellt auf der Grundlage vertraulicher Gespräche mit Damaszener Geschäftsleuten. Genannt waren Leute, die ihr Geld als Repräsentanten oder Exklusivhändler namhafter britischer, japanischer oder deutscher Unternehmen verdienen. Ein Teil ihrer Profite fliesst in die inoffizielle paramilitärische syrische Mordmaschine.

Angesichts der steigenden Opferzahlen gibt sich das Regime mittlerweile als ehrlicher Makler, der unermüdlich dafür eintritt, das fragile religiöse und ethnische Mosaik des Landes zu schützen und zu verhindern, dass die verschiedenen «bewaffneten Banden» aufeinander losgehen. Die Idee ist nicht ganz neu. Schon in den frühen 1980ern setzte das Regime als Antwort auf eine Anschlagserie der regimfeindlichen sunnitischen Muslimbruderschaft bewaffnete zivile Milizen ein. Seinerzeit konnten die Schlägertrupps aber aus den Reihen der Baath-Partei rekrutiert werden. Dass das inzwischen nicht mehr geht, verriet einiges über den Verfall der Staatspartei, die den Assads als Machtinstrument diente. An ihre Stelle ist ein Netz von Familienbeziehungen, Geschäftsinteressen und bezahlten Helfern getreten.

David Ricci ist ein Pseudonym. Der Autor berichtet für verschiedene internationale Medien regelmässig aus Syrien und will aus Sicherheitsgründen anonym bleiben.

Aus dem Englischen von Matthias Fienbork



Zwischen Benediktinermönchen und moderner Pädagogik: Rektor Bruno Hensler mit Internatsschülern aus Disentis.

Ein Internat für den Weg nach oben

Das beste gymnasiale Internat der Deutschschweiz befindet sich in der Surselva, in Disentis. Geführt wird es von Benediktinermönchen. Was nach Anachronismus klingt, ist in Tat und Wahrheit eine topmoderne Ausbildungsstätte. Von René Lüchinger, Roderick Panchaud und Dan Cermak (Bilder)

Die Anfahrt führt die Rheinschlucht hinauf. Eine garstige Gegend. Eine letzte Ortschaft vor dem Lukmanier und dem Oberalppass, praktisch an der Quelle des Rheins. Disentis, abgeleitet von Desertina – was so viel heisst wie Einöde.

Hier findet sich unübersehbar das Barockkloster Disentis, ein kirchlicher Ort mit Geschichte, die älteste, seit dem Jahre 765 ununterbrochen betriebene Benediktinerabtei der Schweiz; mit sechzig Angestellten und einer jährlichen Lohnsumme von vier Millionen Franken aber auch der gewichtigste Arbeitgeber der 2000-Seelen-Gemeinde Disentis. Vor allem aber beherbergt die Abtei

auch die älteste Schule Graubündens und ein Internat, das trotz ehrwürdiger Tradition offensichtlich in der säkularisierten Moderne mit der Zeit geht.

Im grossen *Weltwoche*-Ranking der besten Internate der Deutschschweiz schwingt Disentis jedenfalls obenauf (siehe Tabelle Seiten 56 und 57). – Mit der kleinen Einschränkung allerdings, dass es einige wenige Abwesende gibt. Die Internate in Einsiedeln oder Schiers oder auch das Institut auf dem Rosenberg in Sankt Gallen zeigten keine Bereitschaft, ihre Leistungsfähigkeit mit der Konkurrenz messen zu lassen, und das Institut Dr. Pfister im zugerischen Oberägeri hört

in der tradierten Form demnächst auf zu existieren.

Das erstplatzierte Gymnasium Disentis weist ein akzeptables Schüler/Lehrer-Verhältnis auf, bietet den Schülerinnen und Schülern eine breite Palette an Schwerpunkt- und Freifächern sowie eine Immersionsklasse an und erreicht Top-Standards bei der Supervision der Lehrkräfte und beim Sportangebot – einzig Ausgefallenes wie Golf oder Boxen scheint sich mit der Lehrphilosophie der Benediktiner nicht vereinbaren zu lassen. Dagegen muss früh aufstehen, wer hier reüssieren will.

Es ist 5.30 Uhr an diesem Dienstag Ende Mai. Die ersten Internatsschüler sind schon auf den



ternational Baccalaureate (IB). Entsprechend prominent sind denn auch die Alumni aus Zuoz: Hans Adam II. von Liechtenstein etwa, Porsche-Erbe Ferdinand Piëch oder auch Ex-Swisscom-Chef Jens Alder. In der Gesamtwertung reicht es dennoch nur für den zweiten Podestplatz hinter Disentis.

Oder auch das Institut Montana auf dem Zugerberg, ähnlich international wie Zuoz, geprägt vom Style der britischen Elite-Internate. Ein ehrwürdiges Haus also, welches Prominente wie John F. Kerry, ehemals US-Präsidentenschaftskandidat, der Schweizer Privatbankier Pierre Mirabaud oder auch Swatch-Chef Nicolas Hayek durchlaufen haben – die Schule ist die Nummer vier auf unserer Liste.

Um 7.45 Uhr ist in Disentis Unterrichtsbeginn. An diesem Morgen im Mai gibt es in der 2. Klasse eine Lateinprüfung. Zwischen den Bänken schreitet Abt Vigeli Monn auf und ab, die Arme verschränkt, die Brille tief in das Gesicht gezogen. «Hier wird nicht gespickt», signalisiert die Körpersprache des Paters, aber eben auch: «Kontrolle ist besser».

Als der Spuk der Prüfung vorbei ist, hängt Sprachengemisch im Raum, meist Deutsch,



Kloster (r), Schulhaus in Disentis.

aber auch Romanisch. Dem Abt wird das recht sein. Er ist der erste Abt seit rund hundert Jahren, der Romanisch spricht und der 66. in der langen Zeitenfolge des Klosters. Überhaupt ist hier vieles lokal: Rund vierzig Prozent der Schülerinnen und Schüler stammen aus rätoromanischen Familien, rund achtzig Prozent aus Graubünden, die meisten davon aus der Surselva, und nur rund fünfzehn Prozent der Internatsschüler kommen aus dem Ausland, von Aserbaidschan bis Nigeria.

Dennoch ist auch das Internat Disentis nicht gänzlich ohne prominente Abgänger aus der Vergangenheit. Da ist etwa der Schriftsteller Niklaus Meienberg, der die Urgewalt seiner Sprache vielleicht aus der Abgeschiedenheit der Bündner Bergeschöpfe. Oder Filippo Leutenegger, der ehemalige «Arena»-Dompteur und heutige FDP-Nationalrat. Und schliesslich – zumindest vorübergehend – Raiffeisen-Chef Pierin Vincenz.

Ein Kloster ohne Bildung, das geht nicht, und das Internat in Disentis ohne Benediktinerkloster geht auch nicht. Beides bedeutet

Konsens, und so ist das hier im Bündner Oberland auch historisch gewachsen. Im Jahre 1285 wurde in den Klosterurkunden erstmals ein Schulleiter erwähnt, im Jahre 1881 wurde die Lehrstätte zum Gymnasium, und seit 1936 können in Disentis Maturitätsprüfungen abgelegt werden: So entstand aus der Benediktinerabtei Disentis eine von ihr getragene kantonal und eidgenössisch anerkannte Privatschule, die zudem als regionale Mittelschule für die Surselva fungiert.

Diese Verbindung zwischen den Benediktinern und einer modernen Pädagogik im Gymnasium ist hier prägender Bestandteil der Schulphilosophie. Als Rektor amtiert mit Bruno Hensler ein promovierter HSG-Ökonom, als Prorektor der Benediktinerpater Bruno Rieder, und von den 29 Mönchen im Kloster sind acht auch im Gymnasium als Lehrkräfte tätig.

Dadaismus bei den Benediktinern

Der Zeiger in Disentis ist an diesem Morgen bereits bis zehn Uhr vorgerückt. Gian Andrea Casanova, ein leicht untersetzter Mann um die vierzig, unterrichtet Musik als Schwerpunktfach. Nur sechs Schüler stehen um das Klavier



Weltoffener Geist: Lernsaal im Internat Disentis.

Beinen, versammeln sich mit den Mönchen zum Morgengebet. Für andere beginnt der Tag im Internat eine Stunde später mit Frühstudium oder Frühsport – in jedem Fall aber früh. Kurz nach sieben kommen die Mädchen aus dem Unterhaus, die Jungs aus dem Oberhaus und versammeln sich mit Mönchen und Lehrern mitten im Kloster zum Frühstück.

Matura in einem Jahr

Andere Internate mögen grösseren Glamour ausstrahlen. Das Lyceum Alpinum Zuoz etwa, gegründet 1904 als Höhenluftanstalt für schwächelnde Knaben, deren Eltern in St. Moritz dem Urlaub frönten, während die Sprösslinge im Lyceum zu büffeln hatten.

Das ist das Lyceum bis heute geblieben: elitär und international – knapp drei Dutzend Nationalitäten sind dort versammelt –, und es ist das einzige Gymnasium weltweit, an dem sich das deutsche Abitur und die schweizerische Matura in einem einzigen Jahr abschliessen lassen wie selbstverständlich auch das internationale, in Englisch gehaltene In-

des Lehrers und schmettern aus voller Kehle «Viva la Mama», während der Pädagoge zu seinen Sängern Augenkontakt hält. Auch das zeichnet das Internat in Disentis aus: Die Vertiefungsklassen sind überblickbar klein, von Ethik über Rhetorik oder Informatik bis eben zu Musik ist das Angebot dagegen recht gross. Dann, nach dem Gesang, geht das halbe Dutzend, wie die anderen Schülerinnen und Schüler auch, in die Mensa zum Mittagmahl. Ein gemeinsames Gebet steht am Anfang, dann bringen im Mittagsdienst eingeteilte Mitschüler das Essen an die Sechsertische. Die Speisen werden dort gerecht verteilt, gegen den Durst gibt es ausschliesslich Wasser.

175 Jugendliche werden in Disentis unterrichtet und an die Matura herangeführt. 45 davon leben im Internat. «Benediktinische Werte wie Gemeinschaftssinn, Selbstverantwortung sowie ganzheitliche Bildung und Erziehung sind uns wichtig», sagt Pater Bruno Rieder, «die Schülerinnen und Schüler sind jedoch nicht zum täglichen Gebet verpflichtet, ihr Endziel ist die Matura.» 98 Prozent der Gymnasiasten in Disentis

haben im vergangenen Jahrzehnt denn auch das begehrte Abschlusszeugnis erhalten, und dies liegt wohl auch daran, dass Benediktiner von jeher für neue Formen der Wissensvermittlung offen sind – E-Learning über Internet, Intranet und WLAN gehören im Internat längst zum Standard. «Der Benediktinerorden hat sich über die Jahrhunderte immer dadurch ausgezeichnet, dass er kulturell prägendes Wissen weiterentwickelt hat», sagt Rektor Bruno Hensler, «aber er hat auch stets für den verantwortungsvollen Einsatz der Kulturtechniken plädiert – eine Frage, die sich heute in der digitalen Welt wieder stellt.»

Tief verankert in der Welt der Benediktiner ist auch die Vorstellung, dass der einem Kloster vorstehende Abt seinen Mönchen all das zur Verfügung zu stellen hat, was diese für ihre (Wissens-)Arbeit benötigen. Dass hier ein bemerkenswert weltoffener Geist herrscht, zeigt zudem eine Patenschaft zwischen der gymnasialen Klosterschule Disentis und den nicht gerade für ihre Gottesfurcht bekannten Zürcher Dadaisten. Es war Internatsleiter Stefan Seydel, der den Kontakt zum berühmten Cabaret Voltaire in der Limmatstadt knüpfte, und so gibt es heute einmal im Monat eine kleine, unorthodoxe Ausstellung in klösterlicher Umgebung, bei der, so ist zu hören, auch manch ein Mönch sein Fett abbekommt. Die dadaistisch an den Pranger Gestellten, so ist auch zu hören, lassen solch ungehöriges Tun jedoch in benediktinischer Demut über sich ergehen.

Erfinder von Meister Proper

Der Lehrer, der an diesem Tag ab 14 Uhr in der 4. Klasse Bildnerisches Gestalten zu unterrichten hat, trägt Mönchskutte, einen weiss gewordenen Stoppelbart, Brille. Kleingewachsen ist er, um die siebzig und ein quirliger Geist mit breitem Sankt Galler Dialekt. Bruder Magnus, mit bürgerlichem Namen Marcel Bosshard, bis in die 1980er Jahre ein Starwerber der damals weltweit grössten Werbeagentur Young&Rubicam, Erfinder der lila Kuh von Milka oder der Putzfigur Meister Proper von Procter & Gamble. Auf dem Weg zur Arbeit stach ihm damals eines Tages in der Madison Avenue in New York buchstäblich ein Geruch aus einer nahegelegenen Kirche in die Nase, den er aus seiner Gymnasialzeit in Disentis bereits kannte: Es war Weihrauch; für den Werbe-Tausendsassa so etwas wie das Schlüsselerlebnis, seinem Leben eine radikale Wendung zu geben und in das Kloster in den Bündner Bergen einzutreten.

Nach drei Jahrzehnten Top-Werbung in Frankfurt, Madrid oder New York ist Bruder Magnus nun seit über zwei Jahrzehnten Mönch in Disentis und unterrichtet heute Internatschüler im kreativen Schaffen. Und natürlich kann der Ex-Werber das Werben nicht ganz lassen. Der Slogan vom Gymnasium Kloster Disentis stammt von ihm: «Der Weg nach oben». >>>

DISENTIS UND ZUOZ TOP – ENGELBERG, ACADEMIA ENGIADINA FLOP

Die besten Internate der Deutschschweiz: Die grosse Übersicht

	GYMNASIUM KLOSTER DISENTIS	LYCEUM ALPINUM ZUOZ	GYMNASIUM IMMENSEE
Typ	G	G	G
Total Schüler (Matura)	175	137	360
Anteil Internatsschüler auf Maturastufe	26%	50%	18%
Gründungsdatum	1285	1904	1896
Lehrer/Schüler-Verhältnis	8.75	8.56	7.20
GEWICHT: 3 PUNKTE			
Klassengrösse	19.44	17.13	21.17
GEWICHT: 3 PUNKTE			
Betreute Arbeitsplätze			
GEWICHT: 2 PUNKTE			
Intranet	2.50	2.25	1.75
GEWICHT: 1 PUNKTE			
WLAN	1.75	1.75	1.5
GEWICHT: 2 PUNKTE			
Internationalität	6–10 Nationen	26–30 Nationen	K. A.
GEWICHT: 1 PUNKTE			
Beratungsstellen (aus 7 Kriterien)	6.75	6	6.5
GEWICHT: 2 PUNKTE			
7-Tage-Internat			
GEWICHT: 2 PUNKTE			
Sport-Infrastruktur (aus 14 Kriterien)	11	10	7
GEWICHT: 2 PUNKTE			
Anzahl angebotene Sportarten	23	26	7
GEWICHT: 2 PUNKTE			
Ausserschulische Freizeitaktivitäten	7	9	7
GEWICHT: 2 PUNKTE			
Aufnahmekriterien ausserkantonale Schüler	Noten + Gespräch	Aufnahmeprüfung	Aufnahmeprüfung
GEWICHT: 1 PUNKTE			
Aufnahmekriterien innerkantonale Schüler	Aufnahmeprüfung	Aufnahmeprüfung	Aufnahmeprüfung
GEWICHT: 1 PUNKTE			
Zweisprachige Matura/Immersionsschule	2.25	0	2.25
GEWICHT: 3 PUNKTE			
Alternativer Abschluss			
GEWICHT: 2 PUNKTE			
Spezifikation Alternativer Abschluss	–	IB/Abitur	–
Schwerpunktfächer (von 10)	7	3	8
GEWICHT: 4 PUNKTE			
Ergänzungsfächer (von 15)	9	4	12
GEWICHT: 2 PUNKTE			
Freifächer (von 28)	10	13	8
GEWICHT: 2 PUNKTE			
Sprachzertifikat *	Keine Antwort	21–30%	Keine Antwort
GEWICHT: 1 PUNKTE			
Begabtenförderung (aus 5 Kriterien)	4	3	1
GEWICHT: 2 PUNKTE			
Sonderleistungen **	11	10	8
GEWICHT: 3 PUNKTE			
Supervision	9.5	9	7.5
GEWICHT: 4 PUNKTE			
Total Punkte (maximal 46)	36.25	33	28.75
RANG	1	2	3

Erklärungen: G: Gemischtes Internat M: Mädcheninternat Ja Nein IB: International Baccalaureate
*: Wieviel Prozent der Schüler machen ein Sprachzertifikat im Laufe der Ausbildung

INSTITUT MONTANA AUF DEM ZUGERBERG	INTERNAT ST. ANTONIUS	THERESIANUM INGENBOHL	HOCHALPINES INSTITUT FTAN	SCHWEIZERISCHE ALPINE MITTEL- SCHULE DAVOS	STIFTSCHULE ENGELBERG	ACADEMIA ENGIADINA
G	G	M	G	G	G	G
110	223	360	83	250	78	240
45%	8%	33%	53%	18%	38%	27%
1926	1905	1856	1793	1946	1120	1943
5.50	8.92	K. A.	9.22	11.36	8.66	12.63
13.75	18.58	24.0	16.60	20.83	19.50	20
					K. A.	
1.25	0	0	2	0	1.25	1.75
1.75	1.5	1.25	1.5	1.75	1.5	1.75
26–30 Nationen	1–5 Nationen	1–5 Nationen	1–5 Nationen	1–5 Nationen	11–15 Nationen	1–5 Nationen
5.75	7.25	4.5	7.25	5.25	4.5	3.75
11	7	5	8	4	7	9
14	11	K. A.	13	8	K. A.	2
8	K. A.	6	4	6	5	8
Noten + Gespräch	Aufnahmeprüfung	Aufnahmeprüfung	Aufnahmegespräch	Aufnahmegespräch	Noten + Gespräch	Aufnahmegespräch
Notendurchschnitt	Aufnahmeprüfung	Aufnahmeprüfung	Aufnahmeprüfung	Aufnahmeprüfung	Andere	Aufnahmeprüfung
1.75	0	2	1	0	1.5	1
IB/Am High School	–	–	–	Berufsmat./Handelsdipl.	IB (ab 2014)	–
3	4	4	4	4	3	6
3	7	7	5	7	2	7
4	12	2	3	10	2	10
11–20%	61–70%	11–20%	11–20%	11–20%	21–30%	41–50%
1	3	2	1	4	0	1
7	10	8	6	11	5	5
5.75	7	7.75	6.75	6.75	4.5	6.25
26.25	24	19.5	19	18.25	16	15.5
4	5	6	7	8	9	10

Am High School: American High School Diploma

K. A.: Keine Angaben

** : Sonderleistungen wie Sportlager, Sommerprogramm, Alumni-Netzwerk etc. (Total: 13 Kriterien)

Quelle: Eigene Erhebungen

QUALITÄT IM UNTERRICHT – KONTROLLE IST BESSER

Supervision der Lehrer: Die Übersicht

	GYMNASIUM KLOSTER DISENTIS	LYCEUM ALPINUM ZUOZ	THERESIANUM INGENBOHL	GYMNASIUM IMMENSEE	INTERNAT ST. ANTONIUS	HOCHALPINES INSTITUT FTAN	SCHWEIZERISCHE ALPINE MITTELSCHULE DAVOS	ACADEMIA ENGIADINA	INSTITUT MONTANAUF DEM ZUGERBERG	STIFTSSCHULE ENGELBERG
Unterrichtsbesuche	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●
GEWICHT:1 PUNKTE	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Mitarbeitergespräche	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●
GEWICHT:1 PUNKTE	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Schülerfeedback	●	●	●	●	●	●	●	●	●	○
GEWICHT:1 PUNKTE	1	1	1	1	1	1	1	1	1	0
Qualitätsprüfungen	●	○	●	○	○	●	○	○	○	○
GEWICHT:1 PUNKTE	1	0	1	0	0	1	0	0	0	0
Arbeitsgruppen	●	●	●	●	●	○	●	○	●	○
GEWICHT:1 PUNKTE	1	1	1	1	1	0	1	0	1	0
Probezeit	●	●	○	○	○	○	●	K.A.	○	●
GEWICHT:1 PUNKTE	1	1	0	0	0	0	1	0.50	0	1
Externe Evaluation	●	●	●	●	●	●	●	K.A.	●	K.A.
GEWICHT:2 PUNKTE	1	1	1	1	1	1	1	0.50	1	0.50
Öffentlich einsehbar	K.A.	●	●	●	○	○	○	K.A.	○	K.A.
GEWICHT:1 PUNKTE	0.50	1	1	1	0	0	0	0.50	0	0.50
Rhythmus UB	2 x Jahr	2 x Jahr	jährlich	alle 2 J.	2 x Jahr	jährlich	jährlich	jährlich	jährlich	alle 2 J.
GEWICHT:1 PUNKTE	1	1	0.75	0.50	1	0.75	0.75	0.75	0.75	0.50
Ehemaligenbefragung	●	●	○	●	●	●	○	●	○	○
GEWICHT:1 PUNKTE	1	1	0	1	1	1	0	1	0	0
Punkte	9.50	9	7.75	7.50	7	6.75	6.75	6.25	5.75	4.50
ZWISCHENRANG	1	2	3	4	5	6	6	8	9	10

Erklärungen: ● Ja ○ Nein UB: Unterrichtsbesuch K.A.: Keine Angaben

Dass die ehrwürdigen Benediktiner die Werbung für ihre Schule entdeckt haben, kommt nicht von ungefähr. Es gibt immer weniger Schüler in der unmittelbaren Umgebung des Klosters, und so müssen vermehrt Unterländer oder auch Ausländer die sich lichternden Reihen in der gymnasialen Ausbildungsstätte füllen. Und dies geht kaum ohne kommune Werbung. «Wir spüren die Abwanderung aus den Bergtälern», sagt Rektor Bruno Hensler, «wir brauchen die Schüler aus dem Unterland, damit wir auch in Zukunft all unseren Schülern eine attraktive gymnasiale Ausbildung anbieten können.» Und noch etwas lässt sich auch in diesem klösterlichen Umfeld nicht wegdiskutieren. Eine gute Ausbildung kostet Geld. Für das Kloster als Trägerin des Internats sind deshalb auch die Löhne der Lehrpersonen in Mönchskutte ein wichtiger Einnahmefaktor.

Wenn der Zeiger gegen 16 Uhr rückt in Disentis, ist im Gymnasium für die Schülerinnen und Schüler der grösste Teil des Tageswerks vollbracht. Der Nachmittag ist ausgefüllt mit Studium und Sport. Um zwanzig Uhr ist Abendessen, eine Stunde später gilt Bettruhe im Internat.

Besondere Aufmerksamkeit, das ergab jedenfalls die *Weltwoche*-Umfrage, widmet die Schul-

leitung auch der Supervision der Lehrer, die der Qualitätskontrolle im Unterricht dient (siehe Tabelle oben). Unter allen untersuchten Internaten liegt Disentis in dieser Frage klar in Front. Vielleicht hat das auch mit einer Besonderheit im Gymnasium Kloster Disentis zu tun. Der Abt Vigeli Monn als Chef der Benediktinerabtei ist formell auch Vorsteher der Schule. Gleichzeitig Lehrperson am Gymnasium, absolviert dieser sein der Qualitätssicherung dienendes Mitarbeitergespräch jedoch beim «weltlichen» Schulrektor Bruno Hensler. Dieser wiederum muss sein Konzept der Qualitätssicherung wie auch strategische Pläne für die Schule von seinem obersten «kirchlichen» Vorgesetzten, eben dem Abt, absegnen lassen.

«Dieses Wechselspiel zwischen Chef und Untergebenen ist speziell bei uns», meint Rektor Bruno Hensler. Vielleicht aber ist dies exakt der Schlüssel für eine kohärente Schulpolitik im Internat, die eben auch den Lehrerfolg mit sich bringt. «Die alten Mönche nannten ein Kloster eine Schule», meinte jedenfalls einmal ein vormaliger Abt im Kloster Disentis, «eine Schule für den Herrn.»

Im Internet

Alle Tabellen auf www.weltwoche.ch/gymnasium

Schulen

So wurde gewertet

Die Kriterien für das erste grosse Internate-Ranking der Deutschschweiz.

Die Rangliste der gymnasialen Internate in der deutschen Schweiz wurde anhand von 22 Kriterien ermittelt. Dafür wurde den Internatsleitungen ein umfassender Fragebogen zugesandt, der von den teilnehmenden Internatsschulen vollständig ausgefüllt wurde.

Jedes der 22 Kriterien wurde bei Ja/Nein-Fragen (Dummy-Variablen) mit einem oder null Punkten bewertet. Bei hierarchischen Zahlenfolgen wie etwa bei Klassengrössen wurden die eruierten Resultate über gewichtete Bandbreiten einem Wert zwischen null und eins zugeordnet (0, 0.25, 0.5, 0.75, 1). Daraus ergab sich die Reihenfolge für das entsprechende Kriterium über Intervalle im Verhältnis zum kleinsten und grössten Wert bei allen Schulen. Diese Resultate wurden gewichtet, indem der kleinste Wert vom grössten subtrahiert und diese Zahl wieder durch fünf geteilt wurde.

Ein Rechenbeispiel: Die durchschnittliche Klassengrösse aller Gymnasien an den Internaten unterscheidet sich wie folgt:

Minimum: 13.75 Schüler

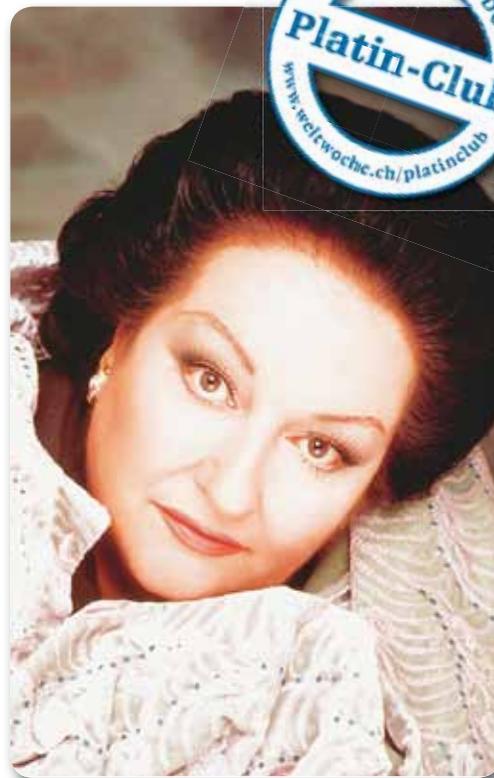
Maximum: 24.00 Schüler

$24.00 - 13.75 = 10.25$

Der ermittelte Wert 10.25 wird durch 5 dividiert (analog der zu vergebenden Punkte zwischen null und eins). Somit beträgt das für die Punktzahl relevante Intervall 2.05. Da es keine Klasse mit weniger als 13.75 Schülern gibt, resultieren bis zur grössten Klasse mit 24.00 Schülern fünf Intervalle à je 2.05 – die für die nächsthöhere Punktzahl relevante Grösse. Klassen zwischen 13.75 und 15.8 erhalten einen Punkt, da kleine Klassen zu besserer Qualität führen; solche zwischen 15.81 und 17.86 Schülern 0.75 Punkte und so weiter. Je nach Kategorie wurden die sich ergebenden Punktzahlen zusätzlich mit einem Faktor zwischen eins und vier gewichtet.

Dieses Vorgehen entspricht der in vergleichbaren internationalen Rankings ebenfalls verwendeten Methode. Inwiefern Absolventen gutklassierter gymnasialer Internate im späteren Berufsleben besser reüssieren, ist jedoch eine andere Frage, die nicht Gegenstand dieser Erhebung war.

René Lüchinger



1560 Davos Music

Eine populäre Konzertreihe für Davos-Klosters vom 16. bis 18. August 2012:
Profitieren Sie von 20 Prozent Rabatt.

Diesen Sommer spielen da, wo sonst politisiert wird, Weltstars wie Montserrat Caballé und Max Raabe mit dem Palast Orchester, und es findet die erfolgreichste Abba-Show statt, «Abba Gold».

Vom 16. bis 18. August 2012 wird aus dem politischen Parkett des weltbekannten WEFein musikalischen Terrain. Der architektonisch beeindruckende Saal des Kongresszentrums Davos wird erstmals von Montserrat Caballé, Max Raabe und dem Palast Orchester sowie der erfolgreichsten Abba-Show, «Abba Gold» bespielt.

Das Programm

Donnerstag, 16. August 2012

MONTSERRAT CABALLÉ: Sie gilt als legendäre Operndiva und unbestrittene Königin des Belcanto. Die spanische Sängerin tritt am 1560 Davos Music zum ersten Mal im Kongresszentrum auf. Mit dabei sind ihre Tochter, die Sopranistin Montserrat Marti, sowie ihr langjähriger Begleiter am Flügel, der Pianist Manuel Burgueras. Mit ihrem aktuellen Programm schlagen die Künstler einen Bogen von den Werken der grossen italienischen und französischen Opernkomponisten bis zur spanischen Zarzuela.

Freitag, 17. August 2012

MAX RAABE & PALAST ORCHESTER: Er ist ein Mann von Welt, der mit seinem Ensemble auch durch Russland, Japan und Amerika zieht. Lieder aus den zwanziger Jahren mit überaus bekannten Zeilen wie «Kein Schwein ruft mich an», «Mein kleiner, grüner Kaktus», «Veronika, der Lenz ist

da» oder wie aktuell hörbar, «Küssen kann man nicht alleine». Max Raabe und das Palast Orchester lassen auf meisterhafte Weise Komik und Tragik in einer unvergleichlichen Leichtigkeit mit einfließen. Ob melancholisch oder heiter – ein gelungener Konzertabend, der gleichzeitig als amüsant und schmeichelhaft in Erinnerung bleiben wird.

Samstag, 18. August 2012

ABBA GOLD: Die erfolgreichste Abba-Show erreicht Davos. Willkommen Seventies: Alle Abba-Superhits in einer grandiosen Live-Show! «Abba Gold» präsentiert die unvergessenen Songs von Agnetha, Anni-Frid, Björn und Benny dem Publikum in einer furiosen Live-Inszenierung. Jedes noch so kleine Detail trägt dazu bei, die schwedische Hitfabrik wieder so lebendig zu machen wie damals. Von «Dancing Queen» und «Waterloo» bis hin zu «S.O.S.» oder «Knowing Me, Knowing You»: Die Bühnenshow muss in puncto Spritzigkeit und Originalität den Vergleich mit den Originalen wirklich nicht scheuen.

Weitere Infos und Tickets über

www.actnews.ch und an allen Vorverkaufsstellen von Ticketcorner, Hotline 0900 800 800 (Fr. 1.19/min., Festnetztarif)
Tickets sind auch bei der Davos Destination erhältlich: +41 (0)81 415 21 21

Weltwoche-Spezialangebot

1560 Davos Music

Ticketpreise

Montserrat Caballé, 16. 8. 2012:

- 1. Kat. Fr. 128.– anstatt Fr. 160.–
- 2. Kat. Fr. 96.– anstatt Fr. 120.–
- 3. Kat. Fr. 72.– anstatt Fr. 90.–
- 4. Kat. Fr. 48.– anstatt Fr. 60.–

Max Raabe und Palast Orchester, 17.8.2012:

- 1. Kat. Fr. 96.– anstatt Fr. 120.–
- 2. Kat. Fr. 80.– anstatt Fr. 100.–
- 3. Kat. Fr. 64.– anstatt Fr. 80.–
- 4. Kat. Fr. 48.– anstatt Fr. 60.–

«Abba GOLD», 18. 8. 2012

- 1. Kat. Fr. 64.– anstatt Fr. 80.–
- 2. Kat. Fr. 56.– anstatt Fr. 70.–
- 3. Kat. Fr. 48.– anstatt Fr. 60.–
- 4. Kat. Fr. 40.– anstatt Fr. 50.–

Rabattaktion gilt nicht für Act-Vip-Package.

Bestellvorgang

Senden Sie ihre Bestellung per Mail an ticket@actentertainment.ch, oder bestellen Sie telefonisch unter der Telefonnummer 061 226 90 03.

Im Tunnel

Von Daniele Muscionico

Am Ende seiner Ehe, am Ende des Tags. Bob fährt mit der U-Bahn durch die Nacht. Tokyo Metro, Teito Kosokudu Kotsu Eidan, die kaiserstädtische Schnellverkehrsgesellschaft. Es regnet, und im Shabu-Shabu-Restaurant wurde um vier Uhr morgens plötzlich der Strom ausgeschaltet.

Am Ende des Traums, am Ende seiner Filmkarriere. Der amerikanische Schauspieler Bob, für eine Whiskey-Werbung in der Stadt, seine Gedanken wandern zu Charlotte. Um sich abzulenken, entziffert er die Schriftzeichen auf den Plakaten. Es hilft nicht. Bob denkt an Charlotte, allein an der Bar. Dann sieht er sie: rote Schuhe, rote Lippen, in Gedanken in ihrer eigenen Welt. In welcher Welt? Er wird es erfahren – und Charlotte am anderen Morgen mit seinem One-Night-Stand enttäuschen.

Nein, dieses Bild ist keine Szene aus Sofia Coppolas Film «Lost in Translation». Es stammt aus der Serie «Lost in Tokyo» des dänischen Fotojournalisten Joachim Ladefoged. Ein Bild über die Generation in Japan, die nach neuen Werten und Lebensmodellen suchen muss, weil die Welt ihrer Eltern und Grosseltern verschwunden ist. «Netzcafé-Flüchtlinge» nennen Soziologen die Jugendlichen, die ihre Leitbilder nicht mehr in den Tempeln finden, sondern in Internetcafés. Der Begriff der «verlorenen Generation» macht in Japan wieder die Runde.

Vielleicht geht es dem Fotojournalismus in gewissen Belangen ähnlich wie der Jugend in Japan: Niemand weiss, was um die nächste Ecke biegt, wohin die Reise gehen soll – und ob überhaupt. Zumindest für den Fotojournalismus steht fest: Wie keine Generation vor uns konsumieren wir Bilder in Massen. Doch erkennen wir, was wir sehen?

Dieser Frage stellt sich der Fotoband «Questions Without Answers» der britischen Fotoagentur VII, ein Atlas der Weltgeschichte in den Ereignissen des 21. Jahrhunderts, vom Kalten Krieg über den Fall der Berliner Mauer bis hin zum Arabischen Frühling. Die Nachrichten der vergangenen Jahrzehnte aus dem Blick der renommiertesten Fotojournalisten, Marcus Bleasdale, Alexandra Boulat, Ron Haviv, Ed Kashi, Gary Knight, Antonin Kratochvil, Stephanie Sinclair – und Joachim Ladefoged. So leise wie dieses Bild kann Politik sein, kann Journalismus sein, kann eine Geschichte sein, deren Ausgangspunkt so vage ist wie der Endbahnhof unbekannt. Eine Erzählung aus dem Dazwischen. Im Tunnel. Und der Führerstand ist leer.

Questions Without Answers: The World in Pictures by the Photographers of VII. Phaidon. 352 S., Fr. 94.90



«Lost in Tokyo»: Bild des dänischen Fotojournalisten Joachim Ladefoged.



Belletristik

- 1 (1) **Donna Leon:** Reiches Erbe (*Diogenes*)
- 2 (2) **Jonas Jonasson:** Der Hundertjährige, der aus dem Fenster stieg und verschwand (*Carl's Books*)
- 3 (–) **Karen Rose:** Todesherz (*Droemer Knaur*)
- 4 (4) **Nicholas Sparks:** Mein Weg zu dir (*Heyne*)
- 5 (5) **Franz Hohler:** Spaziergänge (*Luchterhand*)
- 6 (6) **Martin Walker:** Delikatessen (*Diogenes*)
- 7 (9) **Sarah Lark:** Die Tränen der Maori-Göttin (*Bastei Lübbe*)
- 8 (–) **Lisa Jackson:** Desire (*Droemer Knaur*)
- 9 (8) **Jussi Adler-Olsen:** Das Alphabethaus (*DTV*)
- 10 (10) **Viveca Sten:** Die Toten von Sandhamn (*Kiepenheuer & Witsch*)

Sachbücher

- 1 (1) **Thilo Sarrazin:** Europa braucht den Euro nicht (*DVA*)
- 2 (2) **Philippe Pozzo di Borgo:** Ziemlich beste Freunde (*Hanser*)
- 3 (–) **Duden:** Die deutsche Rechtschreibung (*Bibliographisches Institut GmbH*)
- 4 (3) **Rolf Dobelli:** Die Kunst des klaren Denkens (*Hanser*)
- 5 (6) **Daniel Kahneman:** Schnelles Denken, langsames Denken (*Siedler*)
- 6 (9) **Jamie Purviance:** Weber's Grillbibel (*Gräfe und Unzer*)
- 7 (5) **Ueli Bernold:** Grill-Ueli (*Fona*)
- 8 (8) **Pierre Dukan:** Die Dukan-Diät (*Gräfe und Unzer*)
- 9 (7) **Christoph Fasel:** Samuel Koch – Zwei Leben (*Adeo*)
- 10 (10) **Kurt Lauber:** Der Wächter des Matterhorns

Quelle: Schweizer Buchhändler- und Verlegerverband SBVV/Mediacontrol

Apropos: Gölä

Um ihr Produkt zu verkaufen, ist vielen Künstlern alles recht. Oft erzählen sie dann Dinge aus ihrem Privatleben, die man eigentlich gar nicht wissen wollte. Vom TMO-Syndrom («Too Much Information») befallen ist neuerdings auch Gölä, Mundart-Rocker aus dem Berner Oberland. Seine englischen Alben hatten sich offenbar derart schlecht verkauft, dass er für seine neue CD «Ängu u Dämon» mit dem *Blick* eine exklusive Zusammenarbeit einging – und uns nun seit Wochen schon mit Details aus seiner zerbrochenen Ehe belästigt. Stellt sich bloss noch die Frage, ob auch Göläs Ex-Frau einverstanden ist mit dem Beziehungs-Strip-tease. Auf Anfrage teilt sie mit, dass sie vereinbart hatten, in den Medien nicht über ihre Trennung zu reden. Mindestens sie werde sich auch «weiterhin dran halten.» (*aku*)

Emanzipation durch Technik

Pipilotti Rist verdankt ihren Ruhm ihrem leichtfüssigen Umgang mit schweren elektronischen Geräten. Nun wird die Technik immer weiblicher – und Rists Kunst noch besser. Von Rico Bandle

Die Fotografen und Kameralente haben ihre Stative aufgestellt, Pipilotti Rist kommt in den Ausstellungsraum, posiert, bückt sich, balanciert auf einem Bein. Hochprofessionell erfüllt sie die Nachfrage nach ausgeflippten Bildern. Später lässt sie sich von einer Helferin einen Rock bringen. «Sonst habe ich auf allen Fotos dasselbe an.» Die Künstlerin, die mit fast fünfzig Jahren nichts von ihrer Frische verloren hat, weiss genau, wie sie sich vor der Journalistenschar zu präsentieren hat.

Pipilotti Rist, Tochter eines Hausarztes und einer Lehrerin aus Grabs im St. Galler Rheintal, gehört zu den begehrtesten Künstlerinnen rund um den Globus. In einem Ranking der bedeutendsten lebenden Künstler landete sie kürzlich in den Top Ten. Im Kunstmuseum St. Gallen, wenige Kilometer von ihrem Geburtsort entfernt, ist nun die erste Retrospektive der Videokunst-Pionierin in der Schweiz zu sehen.

Sie überrascht mit ihrer Kunst immer wieder von neuem: Während sich viele Foto- und Videokünstler nach der guten alten Zeit mit den Filmrollen zurücksehnen und Amateure ihre Handybilder mit «Instagram» oder anderer Software wie Analogbilder aussehen lassen, kommt bei Pipilotti Rist keine Nostalgie auf. Wenn sie in ihrem neuen Werk «Adminstrating Eternity» eine Schafherde auf leichte Tüllstoffbahnen projiziert, so schafft sie eine wunderbare künstliche Naturlandschaft, in der Pixel und Technik völlig vergessen gehen. Die Unschärfe und die überdrehten Kontraste der alten Technik hat Pipilotti Rist nicht nötig, damit die Videos ihre Wirkung entfalten. Hochauflösende und brillante Bilder lassen ihre bunten Wunderwelten erleuchten wie nie.

Pipilottis Bubentraum

Fast immer spielen in Pipilotti Rists Werken Frauen die Hauptrolle, in ihren alten Videos meist sie selbst. Am Eröffnungstag der Ausstellung letzten Freitag fragte eine der vielen Journalistinnen Rist, ob es eine bewusste Entscheidung gewesen sei, dass sie selbst – eine Frau – im Höllenvideo «Selbstlos im Lavabad» (1994) barbusig im Flammenmeer schmore. «Die Frau im Lavabad bin zwar ich, sie steht aber für den Menschen allgemein», antwortete Rist. «Wenn in der Sprache die männliche Form gebraucht wird, so sind Frauen mitgemeint. Wenn ich eine Frau zeige, so ist auch der Mann mitgemeint. Das mag heute noch

seltsam erscheinen, in zwei bis drei Generationen wird das normal sein.»

Ihre Vorstellung der Emanzipation zeigt sich auch anhand ihres souveränen Umgangs mit der Technik: Als sie in den 1980er Jahren ihre ersten Experimente mit Video- und Ton-technik machte, war dieser Bereich noch stark männlich dominiert. Die Geräte, die man dafür benötigte, entsprachen dem Bubentraum schlechthin: viele Knöpfe und Rädchen, kloßige und schwere Gehäuse, blinkende Lichtlein und ein unüberschaubarer Wulst an Kabeln. Doch für Rist war es so selbstverständlich, mit solchen Apparaturen umzugehen, wie für Pippi Langstrumpf – der Patin des Künstlernamens –, ein Pferd in der Küche zu halten.

Aus den schweren und teuren Geräten von damals sind leichte, schön gerundete, für alle erschwingliche Gadgets geworden. Anstatt Knöpfe zu drücken, streichelt man sie. «Die Technik wird immer weiblicher und demokratischer», sagt Pipilotti Rist. Tatsächlich kann mittlerweile jeder mit einem billigen Computer und einer billigen Kamera Videos in einer Qualität drehen und schneiden, wie sie vor ein paar Jahren Profis vorbehalten war. Viele Künstler leiden unter dieser Entwicklung, Pipilotti Rist findet sie grossartig.

Die Faszination, die Elisabeth Charlotte Rist weltweit ausübt, hat viel damit zu tun, wie sie in männliche Domänen eindringt – ohne dabei von ihrer Weiblichkeit abzulassen. Egal ob in den Videos oder wenn sie für die Presse meute posiert: Sie spielt lustvoll mit dem weiblichen Körper, seinen Reizen, seiner Sinnlichkeit.

Zum Eindrücklichsten in Rists Illusions-Repertoire gehört das sogenannte Pixelmapping. Dabei erschafft sie Videoprojektionen, die millimetergenau auf die Projektionsfläche abgestimmt sind. So projiziert sie ein Video auf ein Ölgemälde aus dem 19. Jahrhundert, so dass die Wolken auf dem Bild sich plötzlich zu bewegen beginnen oder die Farbe des Flusses sich verändert. Eine Projektion im Eingangsbereich der Ausstellung ist exakt auf die Bodenplatten des St. Galler Kunstmuseums abgestimmt.

Eine bessere Welt

Rists primäre künstlerische Triebkraft ist seit Anbeginn der Wunsch, die Welt von Regeln, Konventionen und Zwängen zu befreien. Die Figur Pepperminta (übrigens der vierte Vorname Pippi Langstrumpfs) in Rists gleich-



Glücksfall: Künstlerin Rist posiert vor ihrer Installation «Spiegelgassenessen».



«Wie ein KMU»: Rists «Perlen der Zeit aka Sip My Ocean» im Kunstmuseum St. Gallen.

namigem Kinofilm ist die Verkörperung dieses Anliegen: Pepperminta überwindet ihre Ängste und erschafft mit Farben und Fantasie eine bessere Welt.

In der Schweiz wurde Pipilotti Rist einer breiten Öffentlichkeit erstmals bekannt, als sie zur künstlerischen Direktorin der Expo 01 ernannt wurde. Die Schweiz reagierte perplex, plötzlich eine solche schrille Persönlichkeit vor sich zu haben – dank ihrer positiven Art, ihrer Tatkraft und ihren Kulleraugen konnte sie schliesslich viele Sympathien gewinnen. Dies ist zehn Jahre her, die belastende Expo-Zeit überwunden. Heute sieht sich Rist als Unternehmerin. «Ich funktioniere wie ein KMU», sagt sie. Ein sehr erfolgreiches KMU: Über fehlende Nachfrage kann sich Rist nicht beklagen.

Mit ihrer unternehmerischen Einstellung gehört sie in der subventionierten Kunstszene zur Minderheit. «Künstler, die zu sehr auf staatliche Unterstützung spekulieren, schlafen ab», sagte sie letztes Jahr in der *Weltwoche*. Allerdings weicht sie zuweilen von ihren Grundsätzen ab, wenn es um Geld für eigene Projekte geht. Als ihr 2007 der St. Galler Kantonsrat einen Förderbeitrag von 300 000 Franken für ihren Film «Pepperminta» verweigerte, wollte sie aus Protest den für sie vorgesehenen St. Galler Kulturpreis ablehnen. Sie nahm den Preis dann doch an – er war mit 30 000 Franken dotiert.

Die Leichtigkeit ist hart erarbeitet

Trotzdem, Pipilotti Rist ist ein Glücksfall für die Schweiz. Die Leichtigkeit ihrer Videoinstallation ist in gutschweizerischer Manier hart erarbeitet: Sie ist eine Perfektionistin, ein Workaholic, ihre Produkte überragen durch technische und inhaltliche Innovationskraft. Und indem sie für ein bunteres, ungezwungeneres Leben plädiert, führt sie ihren Landsleuten die Schwächen vor: das helvetisch konforme Auftreten, die Steifheit, fehlende Frechheit und Ausgelassenheit.

In der St. Galler Ausstellung zeigt sich, weshalb sowohl das Publikum als auch Experten sie so schätzen: Ihre Farbenwelt entfaltet eine verführerische Kraft, sie entwickelt eine wundervolle Gegenwelt zum grauen Büroalltag. Bei aller Exzentrík erweist sich die Künstlerin als bescheiden, frei von jeglicher Arroganz. Pipilottis Charme kann man sich kaum entziehen, und selbst jene männlichen Besucher, denen Pipilottis Welt zu schrill und farbig ist, kommen auf ihre Rechnung: Wie raffiniert sie ihre fantastischen Ideen technisch umsetzt, ist höchst faszinierend.

Pipilotti Rist: Blutbetriebene Kameras und quellende Räume. Kunstmuseum St. Gallen, bis 25. November. Katalog: 52 Fr.

Sphinx im Schlafrock

Zum 200. Geburtstag des russischen Schriftstellers Iwan Gontscharow erscheint dessen Meisterwerk neu übersetzt. «Oblomow» ist heute so aktuell wie damals. Von Oliver vom Hove

Immer diese Deutschen. Als Nothelfer in allen Arten von Haushalts- und Finanzkalamitäten sind sie hochwillkommen. Wo immer Lebensführung und Geldwirtschaft aus dem Ruder gelaufen sind, wird der Ruf nach ihrer Saniererzucht überlaut. Dann werden Ärmel hochgekrempt, wird in die Hände gespuckt und der Karren aus dem Dreck gezogen. Nur ihre vollmundige Besserwisserei bleibt zuweilen in den Ohren hängen wie ein schriller Predigerton.

In Iwan Gontscharows erzählerischem Epochenbild «Oblomow» trägt der teutonische Nothelfer den Namen Stolz. Als treuer Schulfreund des Titelhelden ist er stets zur Stelle, wenn dieser in Trübsal, Liebesschmerz oder Geldsorgen zu versinken droht. Stolz will nur das Beste für Oblomow – und ist doch aus ganz anderem Holz geschnitzt als sein antriebsloser Gefährte.

Die russische Prosa- und Dramenliteratur des 19. Jahrhunderts ist gespickt mit solchen Figuren: der Deutsche als Schulmeister, Hauslehrer, Klavierstimmer oder Gutsverwalter. Meist ist er proper und gut aufgestellt, und auch Andreij Iwanytsch Stolz erweist sich als ein Ausbund an Tatkraft und Tüchtigkeit, ein echter Ausführer – das exakte Gegenbild zu dem traumseligen, veränderungsscheuen Gutsbesitzersohn Ilja Iljitsch Oblomow.

Der hat einst den väterlichen Landsitz verlassen und ist mit hochfliegenden Plänen in die Metropole St. Petersburg gezogen. Dort hat er sich als Kanzleisekretär verdingt und nach wenigen Jahren Amtsfron den Dienst quittiert. Seither befindet er sich, kaum über dreissigjährig, im Früruhestand.

Er lebt, umsorgt von seinem leibeigenen Diener Sachar, von den nicht eben üppigen Einkünften aus seinem ererbten Gut, die freilich bald auszubleiben drohen, weil er jegliche Kontrolle des betrügerischen Verwalters versäumt und stattdessen sich lieber ins Pläneschmieden für eine Renovierung verrannt hat. Vorerst allerdings macht es sich Oblomow tag ein, tag aus auf dem Diwan bequem, isst, schläft, hängt seinen Erinnerungen nach und lässt sich durch nichts in seiner behaglichen Trägheit stören.



Mahnmal russischer Weltverweigerung: Dramatiker Gontscharow, 1879.

War es ein Wunschbild des Autors? Oder doch eher ein Alldruck, den es zu bezwingen galt? Mit 37 Jahren nahm sich der St. Petersburgs Finanzreferent Iwan Alexandrowitsch Gontscharow 1849 drei Monate Urlaub vom Amt, um in seine Heimat Simbirsk an der Wolga zu reisen und dort seinen begonnenen Roman fertigzustellen. Ausser einem – allerdings berückend schönen – «Traum»-Kapitel sehnsüchtig erinnerter Kindheit (dem neunten Kapitel des Romans) brachte er nichts mit nach Hause, keine weitere Zeile. Und so blieb es, fast zehn Jahre lang, in denen sich der Autor im Gefolge eines russischen Admirals auf Welt-

umsegelung begab, einen fesselnden Reisebericht verfasste – und stets das «Oblomow»-Manuskript im Gepäck mit sich führte.

Die Schreibhemmung löste sich spät. Als der Roman 1859 endlich fertiggestellt war, wurde er als Gontscharows Meisterwerk weit über die Landesgrenzen hinaus gefeiert: Die Zeitgenossen sahen in der «Oblomowerei» vorwiegend das kritische Mahnmal russischer Lethargie und Weltverweigerung, wie sie vor allem die alteingesessene Gutsbesitzerklasse kennzeichnete.

Dieser patriarchalische Landadel verabscheute die Arbeit. Er hielt sich durch einen

ebenso anachronistischen wie blutsaugerischen Ehrenkodex von ihr fern: Nur in der auf Leibeigenschaft beruhenden Feudalwirtschaft sah er eine gottgewollte Aufgabe. Als 1861 – zwei Jahre nach Erscheinen des «Oblomow» – die Leibeigenschaft endlich abgeschafft wurde, lebte die russische Fortschrittsfeindlichkeit in der nationalen Orthodoxie und im Panslawismus weiter.

Der realistische, an Flaubert geschulte Erzähler Gontscharow kannte die soziale Kippelage seiner Zeit zwischen ländlichem Niedergang und städtischer Dekadenz nur zu gut. Aber er entschied sich, anders als sein Vorläufer Gogol, nicht für die krasse satirische Entlarvung. Unüberlesbar sympathisiert der Autor mit seinem Antihelden, und das macht seinen Roman für uns heute so frisch und charmant.

Der Oblomow in uns allen

Denn Gontscharow hat mit seinem Oblomow eine Gestalt geschaffen, die trotz ihrem offen dargelegten Phlegma unweigerlich die Zuneigung des Lesers erobert. Der Grundstoff dafür ist: Naivität. Eine ewig jünglinghafte Unbekümmertheit umgibt Oblomow. Eine traumverlorene Nachlässigkeit. Wir nehmen betroffenen Anteil, wie ein auf Musse und Saumseligkeit ruhendes Grundvertrauen einen sensiblen, begabten Menschen nach und nach übermannt – und wie er überwuchert wird von Trägheit, Nachlässigkeit und Trübsinn. Zugleich bleibt Oblomow bis zuletzt eine herausfordernd vielfältige und letztlich unergründliche Figur: eine Sphinx im Schlafrock gewissermassen.

Indes, ein wenig Oblomow haben wir alle in uns. Und so heften wir uns als Leser umso mitfühlender an die Fersen des St. Petersburger Unglücksrabens, als uns, rechtzeitig zum 200. Geburtstag des Autors am 18. Juni, Gontscharows feinnervige Erzählkunst in der stil sichereren Neuübersetzung der Berliner Slawistin Vera Bischtitzky mitreissend nahegebracht wird. Abermals wird deutlich, wie raffiniert der Autor die Erlebnismotivik seines Romanhelden durch dramaturgische Zeitverkürzung unterläuft.

So setzt er gleich eingangs den Sofabelagerer Oblomow einer verschärften Heimsuchung aus: durch einen Besucheransturm, der den ganzen Vormittag anhält. Nicht weniger als ein halbes Dutzend Bekannte sprechen nacheinander bei ihm vor und belagern ihn mit Anliegen, die nicht die seinen sind. Zugleich erfährt er von der Kündigung seiner Wohnung und den Missständen auf seinem Landgut. Der quirlige Stolz, ein idealistischer Weltverbesserer und Menschheitsbeglucker, sucht ihn zu einer Reise zu bewegen und muss doch Oblomows existenzielle Immobilität einsehen. Er hinterlässt ihm, als Antidot gegen die Grämlichkeit, seine Freundin Olga, mit der Oblomow eine erstaunlich lange Zeit die Achter-

bahn amouröser Verzückung erlebt – um dann nur umso ernüchterter die Talfahrt in Untätigkeit und Lethargie anzutreten.

Tyrannie einer Lebensangst

Er vermählt sich, umgeben von einem ausbeuterischen Gefolge, mit einer biedereren Hauswirtin, bei der einzig das Essen den Mittelpunkt des Seins ausmacht. Aus dem Verlierer wird ein Verlorener, aus dem äusserlich Gesetzten ein innerlich Gehetzter. Schwermut und Stillstand werden unausweichlich.

Das Tragische an Oblomows Weltsicht ist, dass er sich vorsätzlich jeder Glückswendung verweigert, so als hätte er gar nicht den Wunsch, glücklich zu sein – und schon gar nicht, «sein Glück zu machen», wie es ihm der Deutschrusse Stolz in protestantischer Selbstzucht nahelegt. Stattdessen unterwirft er sich der Tyrannie einer Lebensangst, die ihn paralyisiert und die wohl von einer gründlich verzärtelten Kindheit herrührt, wie es das «Traum»-Kapitel nahelegt.

Er kannte die soziale Kippelage zwischen ländlichem Niedergang und städtischer Dekadenz.

Die Figur des Oblomow ist, über dessen persönliche Entwicklungsgeschichte hinaus, ein Schlag ins Gesicht unserer hochtourigen Leistungsgesellschaft. Die Wirkungsweise von Literatur ist hier kontrapunktisch zu den vorherrschenden Zeitmaximen: Erweiterung von Erfahrung durch das vorsätzlich Entgegengesetzte, das Widersetzliche und Anarchische. Oblomow, der gescheiterte Aussteiger, verkörpert letztlich ein antiökonomisches Lebensmodell, eine hilflose Auflehnung gegen die umfassende Verwirtschaftung und Bürokratisierung des Lebens. Die Alten haben einst zwischen der Vita activa und der Vita contemplativa unterschieden; beides miteinander in Einklang zu bringen, gelingt in der Moderne immer weniger.

Beinahe zur gleichen Zeit wie Gontscharows «Oblomow» in St. Petersburg war in New York Herman Melvilles «Bartleby» erschienen, die Geschichte eines Kanzleisekretärs, der mit den Worten «Ich möchte lieber nicht» mit einem Mal alle Tätigkeit verweigert. Der Untertitel der Erzählung lautet: «Eine Geschichte aus der Wall Street».

Iwan Gontscharow: Oblomow. Roman. Neu übersetzt von Vera Bischtitzky. Hanser. 840 S., Fr. 49.90

Im Internet

Exklusiv für *Weltwoche*-Leser: Die Zusammenfassung von Iwan Gontscharows «Oblomow». Kostenlos auf www.getabstract.com/weltwoche

Jazz

Das Raunen des Imperfekts

Von Peter Rüedi

Das berühmte Zitat ist von William Faulkner: «Die Vergangenheit ist niemals tot, sie ist nicht einmal vergangen.» Hat ja, wie jede Wahrheit, mindestens zwei Seiten, der Satz. Eine schreckliche und eine tröstliche. Die Vergangenheit kann uns verschlingen und uns den letzten Rest Lebensmut rauben, ohne den die Gegenwart des hereinbrechenden Alltags nicht zu bestehen ist. Andererseits, um ein anderes berühmtes geflügeltes Wort zu bemühen, ist die «Erinnerung das einzige Paradies, aus dem wir nicht vertrieben werden können».

Schon als ich selbst noch keiner war, hörte ich ältere Herren gern Geschichten von früher erzählen. Nicht unbedingt die Schnurren aus der Aktivzeit ergrauter Stammtischbrüder. Ich denke da eher an Thomas Manns «Raunen des Imperfekts» oder den Prosa-Sound von Theodor Fontanes «Stechlin». Gespräche, in denen niemand mehr irgendwem irgendwas beweisen, rechthaberisch auf den Stammtisch hauen oder mit einer noch besseren Pointe prunken muss, sind etwas Wunderbares.

So ist der erste Eindruck dieser CD der einer grossen, schönen Gelassenheit. Bruno Spoerri (77), Bariton-, Tenor-, Sopransaxofonist (für einmal nicht an der Computertrickkiste zugegriffen, die sonst seine Spezialität ist), hat sich mit «European Tales» einen Traum erfüllt, die Zusammenarbeit mit dem Trio Cojazz, was sind Andy Scherrer (66) am Piano (und nicht an seinem angestammten Tenorsax), Isla Eckinger (73) am Bass und Peter Schmidlin (65) am Schlagzeug. Klingt, für Uneingeweihte und rein von der Affiche her, etwas nach Altersnachmittag, in Realität aber ab dem ersten Ton unverschämt entspannt, zeitlos, souverän und also auch zweifellos gegenwärtig. Mit «europäischen Erzählungen» sind eine Reihe schöner Songs gemeint, von Michel Legrands «Parapluies de Cherbourg» und Boris Vians «Le Déserteur» über Mario Zappas «Canzòn da la Lùna», Elena Cuenis «Next Life», ein schwedisches Volkslied bis zu einer Handvoll *originals* von Spoerri-Eckinger-Scherrer. Kein einziger ausgelutschter Standard also. Einfach interessante Geschichten, erzählt *in an almost classical mode*. Zurückgelehnt, sozusagen.



Cojazz meets Bruno Spoerri: European Tales. TCB 31302

Top 10

Knorr's Liste

1	Moonrise Kingdom	★★★★★
	Regie: Wes Anderson	
2	A Royal Affair	★★★★☆
	Regie: Nikolaj Arcel	
3	Men in Black 3	★★★★☆
	Regie: Barry Sonnenfeld	
4	Un cuento chino	★★★★☆
	Regie: Sebastián Borensztein	
5	Snow White and the Huntsman	★★★☆☆
	Regie: Rupert Sanders	
6	Dark Shadows	★★★☆☆
	Regie: Tim Burton	
7	The Dictator	★★★☆☆
	Regie: Larry Charles	
8	Salmon Fishing in the Yemen	★★★☆☆
	Regie: Lasse Hallström	
9	The Avengers	★★★☆☆
	Regie: Joss Whedon	
10	The Hunger Games	★★★☆☆
	Regie: Gary Ross	

Kinozuschauer

1 (1)	Men in Black 3	21 098
	Regie: Barry Sonnenfeld	
2 (2)	The Dictator	20 133
	Regie: Larry Charles	
3 (-)	Snow White and the Huntsman	19 638
	Regie: Rupert Sanders	
4 (3)	Dark Shadows	4 973
	Regie: Tim Burton	
5 (10)	Hanni & Nanny 2	4 565
	Regie: Julia von Heinz	
6 (4)	American Pie: Reunion	3 722
	Regie: Jon Hurwitz	
7 (-)	LOL (aka: Laughing out Loud)	3 703
	Regie: Lisa Azuelos	
8 (5)	The Avengers	3 643
	Regie: Joss Whedon	
9 (7)	Salmon Fishing in the Yemen	2 582
	Regie: Lasse Hallström	
10 (8)	Moonrise Kingdom	2 370
	Regie: Wes Anderson	

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband; Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (-)	Verblendung (Sony)
2 (1)	Mission: Impossible 4 (Rainbow)
3 (2)	Sherlock Holmes 2 (Warner)
4 (3)	Der gestiefelte Kater (Rainbow)
5 (5)	J. Edgar (Warner)
6 (4)	The Descendants (Fox)
7 (-)	The Ides of March (Ascot Elite)
8 (6)	Rubbeldiekatze (Universal)
9 (7)	Thor (Rainbow)
10 (8)	Captain America (Rainbow)

Quelle: Media Control



Nur für Jugendliche: Channing Tatum in «21 Jump Street».

Kino

Laut, derb, simpel

«21 Jump Street» war in den Achtzigern ein TV-Hit und erlebt nun als Kino-Jux eine seltsame Wiederauferstehung. Von Wolfram Knorr

Was an den Tankstellen das Benzin, ist bei den US-TV-Sendern die Krimi-Reihe: Beide sind unverzichtbar; beide garantieren Mobilität; die TV-Krimi-Serien eine Bedürfnisvielfalt auf allen Niveaus und für alle Bevölkerungs-, Bildungs-, Alters- und andere Schichten. Mit einem breitgefächerten Arten-Angebot ist das den amerikanischen Networks eigentlich auch bis heute bestens gelungen – nur in der unruhigen zweiten Hälfte der sechziger Jahre verloren sie eine ganz wichtige, werberelevante Konsumklasse: das Jungvolk. Bullen, ganz gleich in welcher schillernden Form, galten als Vertreter des Establishments, als reaktionär, selbst für Zerstreungsabende als untragbar. Deshalb erfanden clevere Serien-Schmiede die «Twen-Police» («The Mod Squad», 1968–1973), die jugendliche Versager und Rebellen versammelte. Die Serie sollte hip sein, wurde aber von der Kritik verrissen.

Ende der achtziger Jahre griffen Patrick Hasburgh und Stephen Cannell das Konzept wieder auf, diesmal angespornt durch Aids-Gefahr, Drogenmissbrauch, zunehmenden Analphabetismus. Die neue Serie hiess «21 Jump Street» (1987–1991) und handelte von einer Sondereinheit, deren Revier sich in einer ehemaligen Kapelle mitten im Problemquartier befand. Die jungen Cops waren ausgesprochen engagiert, gerade weil sie selbst Under-

dogs waren. Johnny Depp begann hier als Officer Hanson seine Karriere. Das Fortschrittliche an «21 Jump Street» war die realitätsnahe Darstellung der Probleme – mit erstaunlichen Resultaten. Institutionen wie die National Aids Hotline und andere verzeichneten einen Anstieg von Anfragen, weil die jeweiligen Hilfsorganisationen mit Adresse und Telefonnummer in den Serienfolgen genannt wurden. Es war fast wie bei «Aktenzeichen XY ... ungelöst», nur hier in rasante Storys eingebettet. Es sollen sogar Verbrecher über diesen Weg dingfest gemacht worden sein.

Ein Loser und ein Schul-Charmeur

Einen derartigen Anspruch hat die Highschool-Klamotte gleichen Namens natürlich nicht, beruft sich aber trotzdem auf die Serie; von einem Remake zu sprechen, wäre allerdings kühn. Um die Versatzstücke wurde ein Buddy-Gespann gedreht: ein Loser (Jonah Hill, bekannt aus einschlägigen Teenie-Klamaukfilmen wie «Superbad») und – klar – ein sportlicher Schul-Charmeur (Channing Tatum). Das ungleiche Paar macht die Polizeiausbildung, hilft sich gegenseitig, versaut den ersten Einsatz und wird zur Undercover-Einheit in die Jump Street versetzt.

Ice Cube, der ehemalige Rapper, spielt einen cholerischen Chef, der die Kumpels wieder (als

Schüler) auf die Highschool schickt, damit sie dort einen Drogenhandel aufdecken.

Es ist die infantile Klamottenmasche: laut, derb und simpel, mit ein paar witzigen Sprüchen. Bester Gag ist immerhin der Cameo-Auftritt von Johnny Depp als wüst verkleideter Undercover-Ermittler. Dass für den Jux die alte TV-Serie bemüht wurde, ist bezeichnend: In der Gier nach jugendlichem Publikum ist den Studios alles recht, auch der Rückgriff auf eine Serie, die es kaum kennen dürfte. ★★☆☆☆

Weitere Filmstarts

Et si on vivait tous ensemble? — Reagiert das Euro-Kino auf die demografische Entwicklung? Die Zahl der Filme übers Alter ist auffallend. In Cannes wurde «Amour» (ein Film über den letzten Lebensabschnitt eines Ehepaars) mit der Goldenen Palme ausgezeichnet; in «The Best Exotic Marigold Hotel» büxen britische Rentner nach Indien aus, und aus Frankreich kommt ein charmantes Bekenntnis zu einer Kukident-WG, von Peter Rommel mitproduziert (der «Wolke 9», einen Film über Sex im Alter, herstellte). Fünf unterschiedliche Pensionärsfreunde entschlossen sich, eine WG zu gründen. Das ist liebenswert und sympathisch und amüsant. Sie bei ihren Kabbeleien zu beobachten, ist aber auch sehr kokett. Das Beste ist das Aufgebot alter Stars: Jane Fonda, Geraldine



Feuriger Senioren-Reigen: Fonda und Chaplin.

Chaplin, Claude Rich, Pierre Richard, Guy Bedos, die mit ihren Animositäten, ihrer Launenhaftigkeit und ihrem Liebesverlangen noch immer funkeln. Durch den feurigen Senioren-Reigen eines einst glorreichen französischen Kinos wühlt sich Daniel Brühl mit der Fadheit eines Mehlwurms. Er schreibe, heisst es, eine wissenschaftliche Arbeit übers Alter. Im Grunde überflüssig wie ein Kropf. ★★★☆☆

Ufo in Her Eyes — Das Erzählmuster ist vor allem bei Stoffen über Ausbeutung von Glau-



Elend der Provinz: «Ufo in Her Eyes».

benswahn beliebt: Ein Mädchen (oder wer auch immer) behauptet, die Mutter Gottes oder ein Engel sei ihm erschienen, und schon wird der Ort der Sichtung zum Wallfahrts-Konsum-Rummelplatz. Die chinesische Schriftstellerin und Cineastin Xiaolu Guo («She, a Chinese») nutzt das Muster, um den Amerika-Fimmel ihrer Landsleute zu kritisieren. Kwok Yun (Shi Ke) glaubt ein Ufo zu sehen, fällt in Ohnmacht und meldet es danach der Dorfvorsteherin. Die wittert ein Geschäft für ihre verratzte Provinz, und schon melden sich profitgeile Investoren aus Peking. Ein durchgeknallter Ami (Udo Kier) ist auch noch dabei, aber die Satire will trotzdem nicht recht zünden. Immerhin bietet Guo einen schonungslosen Blick ins Elend chinesischer Provinzen. Das dürfte wohl der Grund sein, weshalb der Film in China nicht gezeigt werden darf. ★★★☆☆

Fragen Sie Knorr

Mal abgesehen davon, dass Christopher Lee gerade neunzig wurde, als Zauberer Saruman und Count Dooku alte Herren und früher Vampire spielte, was war an ihm so besonders?



Alles. Christopher Lee, auch wenn seine Mutter eine italienische Gräfin war, ist vom Scheitel bis zur Sohle Brite, dessen Gang (in jüngeren Jahren) alleine schon einmalig war – als erhole er sich von einer Rückgratverletzung; dazu noch dieser geduldige, tolerante

Angewidertsein-Blick. Das war die volle Ladung Oberklassen-Mystik. Und wenn sich diese mit Knarzend-gesteppem-Ledersofa-Kuba-Zigarre-duftende-Sherry-braunem-Club-Flair in fröstelnder Düsternis eines Gothic-Schlusses vor flackerndem Riesenkamin entfaltet – wie in den «Dracula»-Filmen der britischen Hammer-Produktion –, dann war Christopher Lee unübertroffen. Alle Hannibal Lecters bleiben nur aufgeblasene Wichte dagegen.

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Fernseh-Kritik

Töfflifahren zur besten Sendezeit

Von Rico Bandle

Was das Absicht? Als Gegenprogramm zur schnelllebigen TV-Welt eine Sendung zu machen, bei der eine Dreiviertelstunde lang nichts passiert? Die etwa so spannend ist wie Bilder von Wetter-Live-Kameras aus Skigebieten? Die neue «Töfflibuebe»-Sendung am Freitagabend auf SF 1 macht ratlos. Es ist ja eine schöne Idee, den grossartigen Komiker Simon Enzler und seinen Bühnenpartner Dani Ziegler auf einem Töffli loszuschicken, um vom Appenzell ins Tessin zu fahren. Man freute sich auf aberwitzige Begegnungen wie damals, als Benjamin von Stuckrad-Barre in seiner Sendung «Stuckrad bei den Schweizern» durchs Land zog.

Doch nichts geschieht. Die erwachsenen Buben sind wortkarg, wie es Appenzeller nun einmal sind. Bei den wenigen Begegnungen, die sie unterwegs haben, ringen sie um jeden Halbsatz.

Wenn Enzler und Ziegler mal anhalten und miteinander sprechen, tönen die Dialoge etwa so: Enzler: «Gutes Plätzchen.» Ziegler: «Ist warm heute.» Enzler: «Ja, wahnsinnig warm. Wie Paris-Dakar, von der Temperatur her.» Nach zehn Minuten fragt man sich: «Wird das 35 Minuten so weitergehen? Und noch vier weitere Sendungen?» Ja, es wird. Um die Sendezeit zu strecken, kommt es zu einer schlecht inszenierten Verkehrskontrolle. Beide haben ihre Ausweise dabei. «Glück gehabt», sagt die Frauenstimme aus dem Off.

Wo die Route genau entlangläuft, wird kaum ersichtlich: Die Ortschaften, wo sich die beiden befinden, werden oft nicht genannt. Im Online-Forum des Schweizer Fernsehens glauben aufmerksame Zuschauer den Grund zu kennen: Da sei viel zusammengeschnitten worden, die Route gehe überhaupt nicht auf. Egal. Diese Sendung ist in ihrer Langatmigkeit dermassen anachronistisch – Meditations-Fernsehen zur besten Sendezeit –, dass man sie schon fast als subversiv bezeichnen kann; ähnlich einem Film von David Lynch, in dem ein alter Mann auf seinem Rasenmäher quer durch Amerika fährt. Dass letzten Freitag fast 450 000 Zuschauer durchhielten, ist ein kleines Wunder.

SF bi de Lüt – Töfflibuebe:
Freitag, 20.05 Uhr, SF 1

Lichtblick in der Männerrunde

Das «Marriott» feiert Geburtstag, viel Medienprominenz an einer Büro-Einweihung und Kunst in Wien. *Von Hildegard Schwaninger*



Verführerin durch den Abend: Fernsehmoderatorin Boser.

Beim Cocktail, zu dem das «Marriott»-Hotel zur Feier seines 40-jährigen Bestehens lud, durfte General Manager **Daniel Lehmann** die Crème der Zürcher Hoteliers begrüßen. Man stand auf der Terrasse mit der wunderschönen Aussicht, trank Champagner, ass Mini-Hamburger und freute sich. Alle Direktoren, die das «Marriott» seit seiner Gründung geführt haben, waren da, auch **Marc Bloch**, der erste Direktor (damals hiess es «Hotel Zürich» und gehörte **Dr. Dieter Bührlé**). Heute ist es im Besitz der New Yorker Immobilientycoons Stawski, von denen zwei Familienmitglieder, ganz inkognito, da waren. Man sah **Manfred** und **Christina Hörger** vom Hotel «Savoy», das damit kurzzeitig verwaist war (Hörger ist berühmt dafür, dass er immer im Haus ist), und **Thomas Schmid** vom «Dolder Grand». Schmid: «Die Zürcher Hoteliers haben einen erfreulichen Zusammenhalt. Wir sind Kollegen, nicht Konkurrenten.»

Tele-Züri-Star **Patricia Boser**, im roten Kleid ein Lichtblick in der Männerrunde, moderierte und interviewte die Gäste (unter ihnen Modebloggerin **Sandra Bauknecht**, die Musiker **Pepe Lienhard** und **Pino Gasparini**), die erblondete Eurovision-Legende **Lys Assia** durfte die Geburtstagstorte anschneiden. **Sigi Gübeli**, die den «Platzhirsch», das Hotel «Goldenes Schwert» und den Schwulenklub

«T&M» führt, fehlte. Sie spaziert zurzeit in Tibet um den heiligen Berg Kailash.

Es sah aus wie auf einer After-Work-Party, nur mit weniger Frauen: Coole Männer mit offenen Hemdkragen tranken Bier aus der Flasche, die anwesenden Frauen gaben sich munter und kontaktfreudig. Swisscontent lud zur Einweihung ihrer neuen Büros mitten in Zürich, gleich neben dem Schauspielhaus. Gastgeber **Daniel Kaczynski**, selbstbewusst und strahlend, ist mit **Claudia** verheiratet,



Einweihung: Claudia und Daniel Kaczynski.

einer Tochter von Tamedia-Verleger **Hans Heinrich Coninx**, der allerdings wegen eines Beinbruchs (Sturz im Garten) kurzfristig absagen musste. Aus dem Coninx-Clan zeigten

sich aber immerhin Verlegergattin **Christine Gerber Coninx** sowie **Martin Coninx**, Verlagsleiter von *Finanz und Wirtschaft*.

Swisscontent gehört zu den grössten Corporate-Publishing-Agenturen der Schweiz. Das Unternehmen produziert mit rund vierzig Mitarbeitern Firmenmagazine und erstellt u. a. die Wirtschaftsseiten für *20 Minuten*, die Geldberatung für die *Sonntagszeitung* und das Anlegermagazin *K-Geld*. **Claudia Kaczynski** hat übrigens, als Innenarchitektin, die lichtdurchfluteten Büroräume gestaltet, die den Industrietouch der einstigen Telefonzentrale noch erahnen lassen.

Kaczynski und sein Swisscontent-Partner **Fredy Hämmerli** empfingen rund 150 Gäste aus Wirtschaft und Medien. Vom IT-Unternehmen **Namics** (350 Mitarbeiter und Büros in Deutschland und der Schweiz) war **Jürg Stuker** anwesend, Chef der Geschäftsleitung und ein Schulfreund Kaczynskis. Gleich mit drei Damen sah man **Peter Hartmeier**, Kommunikationschef der UBS, anrauschen. **Silvia Affolter** (City Guide TV) hatte natürlich den Banker **Ronnie Sauser** im Schlepptau. Kommunikationsberater **Sacha Wigdorovits** kam, zwei Tage vor seinem 60. Geburtstag, ganz allein, genau so wie der Journalist **Jürg Wildberger**. Weiter sah man ein paar sehr aktive Männer wie **Ansgar Gmür** vom Hauseigentümerverband und Modestar **Thomas Rieffel** (Hackett) und ein paar, die fast nur noch Golf



Salami, Tomaten und Brot: Silvia Affolter.

spielen, wie Ex-CS-Chef **Lukas Mühlemann**. Zu essen gab es Salami, Cherrytomaten und Brot.

In Wien sind Schweizer Kunstsammler zurzeit hochpräsent. Im Kunstforum Bank Austria wird die Sammlung von **Hubert Looser**, die sonst in der Villa des Ex-Unternehmers (Walter Rentsch AG) am Zürichberg hängt, erstmals öffentlich gezeigt. In der Ausstellung «Parallelwelt Zirkus» im Museumsquartier hängt ein farbenprächtiges Clown-Bild von **Cindy Sherman** aus der Sammlung von Verleger **Michael Ringier**.

Im Internet

Hören Sie diesen Artikel auf www.weltwoche.ch/audio



Mein Weltstar

Unser Kolumnist besucht einen Showcase und urteilt streng über das Benehmen der Besucher. Zudem entdeckt er ein Restaurant in Bern.

Von Mark van Huisseling

Vergangene Woche war ich in Zürich, im «Kaufleuten» fand der sogenannte Showcase von **Norah Jones** statt. Der Unterschied zwischen Konzert und Showcase ist, so viel ich weiss, dass Konzerte länger dauern (zirka 90 bis 120 Minuten; Showcases 20 bis 60 Minuten) und oft vor mehr Publikum / in grösseren Lokalen stattfinden. Ausserdem kann man für Showcases im Normalfall keine Karten kaufen, sondern muss dazu eingeladen werden von einem Sponsor respektive Tickets gewinnen, bei der Verlosung eines Radiosenders zum Beispiel (MvH war Gast von **Mark Röthlin**, der im «Kaufleuten» arbeitet und an dem Betrieb beteiligt ist; «Rö», nur zum Sagen, ist oft in, sagen wir, *high spirits*, wenn er einem begegnet spätabends, doch am frühen Morgen des folgenden Tages, oder am frühen Morgen irgendeines Tages, ist er wieder am Schreibtisch und liefert, was man braucht). Mit anderen Worten: Man ist dem Künstler näher an einem Showcase, hat aber Besucher um sich, die oft wenig Interesse an der Darbietung zeigen.

Norah Jones und ich *go back a long way* sozusagen. Im Frühjahr 2002 hörte ich zum ersten Mal das Lied «Don't Know Why» (von ihrem Debütalbum «Feels Like Home», für das sie fünf Grammy-Auszeichnungen bekam und von dem über zwanzig Millionen Exemplare verkauft wurden). Ich war damals auf Geschäftsreise in Detroit, im Auto natürlich, und «Don't Know Why» kam am Radio. Detroit, nebenbei, sieht aus wie Beirut mit schlechtem Wetter an einem guten Tag (im März, als ich

dort war, gibt es recht wenig gute Tage). Doch wenn Norah singt, finde ich, geht der Himmel auf, irgendwie. Ich bin mit ihr, nebenbei, nicht bekannt. Ich habe nie versucht, sie zu treffen oder zu befragen. Weil das Werk eines Künstlers, in den Augen Ihres Korrespondenten, fast immer verliert, wenn man den Menschen dahinter ein wenig kennenlernt. Und weil sogar Ihr Korrespondent, ab und zu, Fan sein möchte.

Im oberen Stock des «Kaufleuten»-Klubsals, «Himmel» genannt, befand sich MvHs Platz (auf dem balkonartigen Aufbau auf der rechten Seite, ziemlich weit vorne). Um offen zu sein: Es war nicht MvHs Platz, es war ein Platz in der «Samsung Lounge» (wer sich seiner Wirkung sicher / nicht schüchtern ist, kommt fast überallhin respektive jedenfalls in eine Sponsoren-Lounge). Die Mehrheit der Eingeladenen war nicht dorthin gekommen wegen der Musikerin, sondern um miteinander zu reden, zu telefonieren oder, logisch, mittels sozialen Netzwerken «Freunden» mitzuteilen, man sei gerade an einem Showcase, so sah es aus. Und in dem Raum zu ebener Erde sah man auch viele Zuschauer sich mit ihren Smartphones beschäftigen. «Weshalb geniessen Sie nicht die Show?», fragte Norah Jones einen, der zu vorderst stand und sie – von unten – fotografierte (sie hatte ein recht kurzes Kleid an). Der Showcase dauerte siebzig Minuten, sie spielte, unter anderem, fast alle Lieder ihres neuen Albums «Little Broken Hearts», das ich empfehle. Es gibt keinen Grund, finde ich, die meisten Leute einzuladen an einen Showcase oder so – weil nur das, was kostet, einem was wert ist.

Ausserdem war ich in Bern, wegen einer privaten Angelegenheit. Anschliessend ass ich zu Mittag im «Metzgerstübli», einem kleinen Restaurant an der Münsterergasse. Ich ging die längste Zeit davon aus, dass es in der Stadt auch gute Lokale gibt, die nicht von der Firma Bindella betrieben werden – bloss wusste ich nicht genau, welche (Rindsfiletstreifen mit Cognacsauce kann ich empfehlen).

Zum Schluss ein Abschnitt Volkswirtschaft (Cachet hat *economics*, sagt auch Aaron Sorkin, Schreiber von «The Social Network» oder «Moneyball»). MvH ist im Augenblick in Ibiza; auf seinem Haus lastet eine kleine Schuld, sein Gläubiger ist eine Sparkasse, die von Bankia, der viertgrössten Bank Spaniens, übernommen und in der Zwischenzeit vom Staat «gerettet» wurde (für zirka 23 Milliarden Euro). Worauf ich hinauswill: Spanien respektive die Einwohner, die Steuern abliefern, müssen sieben Prozent oder so Zins zahlen, damit irgendjemand dem Land noch Geld leiht. Ausländer, die eine Hypothek haben (wie *yours truly*), zahlen drei Prozent an den Staat (dem die Bank gehört). Das nennt man Umverteilung von unten nach oben oder, auf alle Fälle, von innen nach aussen. Es sieht nicht gut aus, was Wirtschaftspolitik angeht in Europa, finde ich. Wenigstens ist Sommer auf der Insel.

Gesellschaft

Vatertag

Von Beatrice Schlag — Für die Abschaffung dummer Feiern.

In der Schweiz gab es ihn bis vor sechs Jahren gar nicht. Und ernsthaft: Hat ihn jemand vermisst? Wie viele Schweizer Väter wurden am vergangenen Sonntag gefeiert, beschenkt und besonders verwöhnt? Der Schweizer Vätertag, 2007 vom Dachverband Männer.ch eingeführt, scheint ein Rohrkrepiierer. Und das ist gut so. Nicht wegen der Väter. Sondern weil schon der Muttertag ein Ärgernis ist. Meine Mutter verbot uns bereits als Kindern, ihr zum Muttertag etwas zu schenken. Sie empfand es als Beleidigung, pünktlich einmal im Jahr einen Blumenstrauss oder ein Schoggiherz zu bekommen, nur weil in jedem Laden Warnschilder wie «Muttertag nicht vergessen!» prangten. «Ich bin 364 Tage im Jahr Mutter», sagte sie. «Wem das nur am Muttertag in den Sinn kommt, von dem will ich nichts.» Das war nicht nur einleuchtend, sondern auch ein guter Trick. Er brachte ihr von ihren Kindern übers ganze Jahr Blumensträuße und andere Liebesgaben ein. Wir sollten es mit den Vätern genauso halten.

Aber nein, der Vatertag, in vielen europäischen Ländern und den USA seit Jahrzehnten gefeiert, ist dort genauso zur datierten Muss-Feier verkommen wie Mutter- oder Valentinstag. Begangen wird er fast überall eine Woche nach dem Schweizer Vätertag, also am nächsten Sonntag. Man wird deswegen daran erinnert, weil alle ausländischen Zeitungen mit Inseraten und Geschenktipp für den Vatertag voll sind. Trostloserweise sind es fast überall dieselben langweiligen und lieblosen Dinge: Krawatten, Hemden, Aftershave, Humidor, Weinkühler, Handy-Zubehör, Grill-Utensilien, Bücher über Autos und DVDs über Weltkriege und Kriege der Sterne. Ist das alles, was uns an Geschenken zu Männern mit Kindern einfällt? Oder zu Männern überhaupt, denn die Listen und Inserate unterscheiden sich kaum von denen, die auch vor Weihnachten erscheinen. Wo sind die Gutscheine für Fallschirmspringen, für Schlagzeug-Unterricht, wo die Eintrittskarten für Hockenheim, für ein Konzert von Bruce Springsteen, Branford Marsalis, Coldplay? Und vor allem: Wo sind die Feuerwerke?



Satt im Bild und Ton

Von Jürg Zbinden

1 — «Sync by 50» und «Street by 50» von SMS Audio: Die Over-Ear Headphones von Muskelrapper 50 Cent überzeugen durch ihre exzellente Tonqualität, das luxuriöse Design und die stabile Konstruktion. Professionell kalibrierte 40-mm-Treiber für Extrabass und Studio-Sound, austauschbares 3,5-mm-Klinkenkabel mit Mikrophon, Soft-Memory-Foam-Ohrpolster, passive Geräuschreduzierung inkl. weicher Tragtasche, Mikrofasertuch und Flugzeugadapter. Erhältlich in diversen Farbausführungen für Fr. 299.– bis 399.– bei www.digitec.ch.



1



2

2 — Canon Ixus 510 HS: Die kompakte Kamera mit 12-fachem optischem Weitwinkelzoom ab 28 mm, mit WLAN für leichtes Verteilen der Fotos, Touchscreen und HS-System für hervorragende Bildqualität und Full-HD-Movies selbst bei wenig Licht. 10,1 Megapixel. Der Verkaufspreis: budgetfreundliche Fr. 355.–. Erhältlich auch in Schwarz. Bei www.digitec.ch.



3

3 — Für die Kristallglasmanufaktur Baccarat hat die spanische Architektin und Designerin Patricia Urquiola eine Reihe bildschöner Vasen entworfen, die Anfang September auf den Markt gelangen. Die abgebildete Prunkvase wird auf ungefähr Fr. 9000.– zu stehen kommen. Infos unter www.baccarat.com oder www.ambiente-tavola.ch.

4 — Für ambitionierte Fotografinnen und Fotografen hat der Name Leica einen fast schon magischen Klang. Lange tat man sich bei Leica schwer, die glänzende Reputation auch auf dem Gebiet der digitalen Fotografie zu wahren. Die Leica M Monochrom will die Zukunft der Schwarzweissfotografie mit digitalen Mitteln einläuten. Sie ist die erste digitale Kleinbildkamera, die kompromisslos einzig für Schwarzweissaufnahmen entwickelt wurde. Das Ergebnis sind «echte» Schwarzweissbilder in bisher unerreichter Schärfe und Dynamik. Der Verkaufspreis beträgt Fr. 8990.–. Im ausgewählten Fachhandel.



4

5 — Das Collier wirkt mit seinen warmen Farben und dem weichen Glanz der Rauchquarze und Granate sehr feminin. Die Stränge sind mit einer feinen Weissgoldkette umwickelt. Der Verschluss ist ebenfalls aus Weissgold. Mit und ohne Brillanten erhältlich. Collier mit 12 Rauchquarz- und Granatsträngen, Weissgold 750, 20 Brillanten. Fr. 18 680.–. Türlar, Uhren und Juwelen, am Paradeplatz, Zürich.



5

Pädagogen auf dem Spielplatz

Von *Andreas Thiel* — Was man von pädagogischen Studien über lernende Kinder lernen kann, haut den stärksten Vater von der Rutschbahn.

Thiel: Dr. Simoni, das Marie Meierhofer Institut für das Kind hat für das Projekt «Orientierungsrahmen für die frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung in der Schweiz» der Schweizerischen Unesco-Kommission eine entwicklungspsychologische Studie zum Lernverhalten des Kindes durchgeführt.

Dr. Simoni: Ja, wir haben wertvolle Erkenntnisse für die Entwicklung neuer pädagogischer Ansätze gewonnen.

Thiel: Und was hat man herausgefunden?

Dr. Simoni: Es geht uns in dieser Studie um die Qualitätssicherung und -entwicklung von frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung.

Thiel: Und was hat man herausgefunden?

Dr. Simoni: Klären wir erst einmal die Begriffe.

Thiel: Welche Begriffe?

Dr. Simoni: Der Begriff frühkindliche «Bildung» bezieht sich auf die individuellen Bildungsprozesse des Kindes. Er umfasst die Aneignungstätigkeit des Kindes, sich ein Bild von der Welt zu konstruieren.

Thiel: Wie bitte?

Dr. Simoni: «Bildung» wird in diesem Sinne als der Beitrag des Kindes zu seiner Entwicklung verstanden.

Thiel: Sie wollen sagen, die Wahrnehmung der Umwelt ist der Beitrag des Kindes zu seiner eigenen Entwicklung?

Dr. Simoni: Sie haben es erfasst. Frühkindliche Bildungsprozesse umfassen die Aneignungstätigkeit des Kindes, sich ein Bild von der Welt zu machen.

Thiel: Haben wir jetzt alle Begriffe geklärt?

Dr. Simoni: Es geht hier auch um die Beiträge der Erwachsenen zur Entwicklung und Bildung von Kindern. Ich spreche von Erziehung und Betreuung. Die Anerkennung und Unterstützung früher Bildungs- und Entwicklungsprozesse beziehen sich darauf, förderliche Lebensverhältnisse bereitzustellen, in denen sich ein Mensch physisch und psychisch gesund entwickeln kann.

Thiel: Sie wollen sagen, Erziehung und Betreuung besteht darin, ein Kind auf den Spielplatz zu bringen?

Dr. Simoni: So könnte man es auch sagen. Im Vordergrund steht eine gesundheits- und entwicklungsförderliche Gestaltung des natürlichen und sozialen Umfeldes.



Thiel: Also ein Spielplatz.

Dr. Simoni: Genau. Mit Blick auf Bildung in der frühen Kindheit geht es deshalb in erster Linie darum, Voraussetzungen zu schaffen, die für alle Kinder in dieser Hinsicht förderlich sind.

Thiel: Sie meinen schon wieder einen Spielplatz?

Dr. Simoni: Äh, zum Beispiel. Im Zentrum frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung stehen die Schaffung und Bereitstellung einer anregungsreichen, wertschätzenden und beschützenden Lernumwelt, in der bedeutungsvolle Bezugspersonen einen bewussten, erzieherischen Umgang mit dem Kind pflegen.

Thiel: Wie zum Beispiel ein Vater auf einem Spielplatz?

Dr. Simoni: Wenn Sie so wollen. Kinder müssen aber auch die Gelegenheiten haben, in einer Lerngemeinschaft Vielfalt und Heterogenität kennenzulernen.

Thiel: Mit anderen Kindern auf dem Spielplatz?

Dr. Simoni: Richtig. Aber den Eltern kommt bezüglich der Bildungsbiografie ihres Kindes die Schlüsselrolle zu.

Thiel: Die Eltern eines Kindes sind sehr wichtig für das Kind?

Dr. Simoni: Genau. Frühkindliche Bildungsprozesse vollziehen sich im wechselseitigen Austausch des Kindes mit seiner Umwelt.

Thiel: Eltern oder Spielplatz?

Dr. Simoni: Beides. Die Erwachsenen können die inneren Lernprozesse des Kindes aber nicht direkt beeinflussen. Frühkindliche Bildungsprozesse können nicht erzwungen werden.

Thiel: Nein?

Dr. Simoni: Nein. Die Forschung zeigt, dass die Frage, ob wir frühkindliche Bildung grundsätzlich befürworten oder nicht, wenig sinnvoll ist.

Thiel: Und was hat die Forschung denn nun herausgefunden?

Dr. Simoni: Kinder lernen am meisten beim Spielen.

Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.

Out of Africa

Von *Peter Rüedi*



Als ob der Preis nicht ausreichte, uns in Ehrfurcht erstarren zu lassen! Eben Sadie, ein weitgereister, noch keine vierzig Jahre alter Winzer, verpasste dem Wein, den er um die Jahrtausendwende erstmals in seiner südafrikanischen Heimat anbaute, auch noch eine lateinische Etikette! «Columella» heisst er, als Hommage an den römischen Agro-Pionier Lucius Junius Moderatus Columella, der zwischen 60 und 65 n. Chr. sein bahnbrechendes Werk «De re rustica» (über die Landwirtschaft) schrieb. Darin stehen (in einer Zeit der gewürzten Weine) Weisheiten wie diese: «Der beste Wein ist einer, der seine Eleganz den eigenen, natürlichen Qualitäten verdankt.»

Ganz Sadies Maxime, knappe 2000 Jahre später. Auf den enorm vielfältigen Böden im nordöstlich von Kapstadt gelegenen Swartland erntet er handverlesen Syrah- und Mourvèdre-Trauben. Dann übernimmt die, die schon zuvor für alles sorgte: Mutter Natur. Sadie versteht sich im Keller nicht als Weinmacher, sondern als Weinbegleiter. Zur Nummer eins der Region ist er auf die sanfte Art geworden. Nun könnte man hinter der afrikanischen Neuschöpfung im antiken Gewand eine Kuriosität vermuten. Aber wer gäbe für die neunzig Franken aus, wer würde die empfehlen? Ich nicht. Nein: In keinen zehn Jahren ist dem jungen Südafrikaner nicht weniger gelungen als ein ganz grosser Wein.

Aus den in kleinen Büschen wachsenden Reben wird nicht einfach die Kopie eines guten Côte du Rhône. Da ist noch dieser Zauber, den wir, *en manque de mieux*, Terroir nennen: eine fabelhafte Mineralik von mal schieferigen, mal granitenen, mal tonigen Böden, aus denen, bei einer Beschränkung auf die rund 25 Hektoliter pro Hektare, die schon der alte Columella empfohlen hatte, ein atemberaubend dichter, nervig-wilder Wein wird. Dass der relativ hohe Alkohol durch die saftige Säure ausgehebelt wird, versteht sich fast von selbst. Eine freudige Überraschung, für mich. So viel wie ein freudlos mittleres Mittagessen auf dem Platz Zürich darf uns das schon wert sein.

Eben Sadie: Columella 2008. Swartland, Südafrika. 14,5 %. Boucherville. Fr. 89.– www.boucherville.ch

Anders, als Sie denken.

Mehr Durchblick

Mehr Recherche

Mehr Vielfalt



Bestellen Sie jetzt ein Probe-Abonnement à 10 Ausgaben für nur Fr. 40.–.
Telefon: 043 444 57 01, E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch,
oder unter www.weltwoche.ch/abo.



Auto

Klein, britisch, offen

Nicht alles, was fährt, muss praktisch sein. Wer sich einen Mini Roadster kauft, weiss das. *Von David Schnapp*

Nein, in der Kategorie Autos mit hohem Nutzwert belegt der Mini Roadster keinen Spitzenplatz. Er ist klein, hat nur zwei Sitze, ein Stoffdach, und in den Kofferraum passen knapp drei Einkaufstüten. Dafür wollen die Briten von Mini, die eigentlich Deutsche von BMW sind, mindestens 40 900 Franken haben. Wer noch ein paar Extras in der vierzig Seiten starken Preisliste auswählt, kommt schnell auf 50 000 Franken. Immerhin sind im Preis gute Garantieleistungen eingebaut: Bis 100 000 Kilometer Gratisservice und fünf Jahre Mobilitätsgarantie sind inbegriffen.

Mini Cooper SD Roadster

Leistung: 142 PS, Hubraum: 1995 ccm
Höchstgeschwindigkeit: 212 km/h
Preis: Fr. 40 900.–



Wer sich allerdings um den Nutzwert nicht zu kümmern braucht, der leistet sich einen Mini Roadster, weil er zur reinen Form des Hedonismus in der Lage ist. Diese kleine, offene, britische Spassmaschine zu fahren, heisst, sich um nichts anderes als sich selbst und die reine Freude an schönen Dingen zu kümmern. Das ist natürlich ein recht beträchtliches Stück Lebensqualität.

Mehr als ein laues Lüftchen

Nach der sozioökologischen Theorie jetzt die harten Fakten: Der offene Zweiplätzer ist mit dem Zwei-Liter-Diesel ziemlich überzeugend motorisiert. 142 PS und vor allem erstaunliche 305 Newtonmeter treffen auf 1275 Kilogramm Leergewicht. Das reicht für sehr dynamische Ampelstarts, die Schaltung ist knackig, und mit dem «Sport Button» (Fr. 170.–) kann man sich ein noch etwas sportlicheres Fahrgefühl dazukaufen. Das Herz des Mini ist aber sein – zu Recht vielgelobtes – Fahrwerk, das eine harmonische Verbindung zwischen Mensch, Maschine und Strasse herstellt. Bei 80 Stundenkilometern fährt zusätzlich ein grosser

Heckspoiler aus, der den Mini konsequent auf die Strasse presst und es einem ermöglicht, die Fliehkraft in den Kurven ausgiebig zu genießen. Wenn man es übertreibt, bringt die Stabilitätskontrolle (DSC) mit präzisen Eingriffen den Fahrer wieder zur Vernunft.

Den ganzen Spass gibt es natürlich *British open* – in wenigen Sekunden ist das Stoffdach des Mini Roadster versenkt, und der Frühlingwind bläst einem um den Kopf. Es ist eine intensive Form des offenen Fahrens, die Luft rauscht und tobt, Unterhaltungen sind oberhalb von 120 km/h kaum mehr möglich. Aber so muss das sein, das ist kein Laues-Lüftchen-Cabrio.

Womit ich mich nie anfreunden werden kann, ist das Interieur des Mini. Mit aller Kraft wurde hier versucht, das Auto als besonders jugendlich und anders darzustellen. Die riesige, unlesbare Geschwindigkeitsanzeige in der Mitte des Armaturenbretts, die unpraktischen Knöpfe, mit denen man das Navi bedient, die Fensteröffner, die nicht in der Türe, sondern in der Mittelkonsole angebracht sind. Der Roadster hat sogar eine Anzeige, die einen darüber orientiert, wie lange man offen gefahren ist. Anders als mit britischem Humor ist so etwas kaum zu erklären.

Fazit: Der Mini Roadster ist ein fröhliches, sportliches Auto, dessen mangelnder Nutzwert seine unterschätzte Qualität ist.

Wandel durch Annäherung

Der ehemalige deutsche Geheimdiplomate Egon Bahr, 90, und die pensionierte Hochschullehrerin Adelheid Bonnemann-Böhner, 76, haben vor einem Jahr geheiratet. Der Anlass war als unverbindliche Party getarnt.

Egon Bahr: Die wichtigste politische und die wichtigste menschliche Erkenntnis, die ich im Verlauf der Zeit gewonnen habe, ist die gleiche: Man muss das Vertrauen der Menschen gewinnen. Man nannte mich «Tricky Egon», «Strippenzieher» und «Graue Eminenz». Geheimdiplomatie ist nötig, um jenseits der protokollbehinderten auswärtigen Ämter durch persönliche Beziehungen Vertrauen zu schaffen. So kann man sich austauschen, sagen, was geht und was nicht geht, was man will und was man nicht will. Staaten brauchen so etwas. Schlussendlich ist aber die Offenheit der Grund für den Erfolg. Ich habe Henry Kissinger und Andrei Gromyko über unsere Absichten der Entspannungspolitik in gleich umfassender Ehrlichkeit unterrichtet. Das wurde zum Ausgangspunkt der grossen Genugtuung, dass die deutsche Einheit friedlich erreicht worden ist, so weit der Weg zu diesem Ziel auch war. Ich habe mich gefreut, dass Helmut Kohl, nachdem er Kanzler geworden war, keinen Vertrag gekündigt oder verändert, sondern die Ost- und Entspannungspolitik fortgesetzt hat und dass später zwei Männer, George Bush senior und Michail Gorbatschow, die Sicherheitsstruktur für das vereinte Deutschland beschlossen haben. Sie waren die Einzigen, die Raketen, die sie gegeneinander aufgebaut hatten, weggeschafft haben. Sie hatten die Macht, sogar die bedeutendste Reduktion konventioneller Rüstung der Geschichte in die Wege zu leiten, übrigens ohne Mitterrand, Thatcher, Kohl und Honecker fragen zu müssen. Vertrauen und Ehrlichkeit spielen natürlich nicht nur in der Geheimdiplomatie eine Rolle, sondern auch in der Partnerschaft.

Adelheid Bahr: Wir haben uns zum ersten Mal 1977 auf einem Parteitag der schleswig-holsteinischen SPD gesehen und nur zwei Sätze gewechselt. 1988 sind wir uns bei der Mettnau-Kur am Bodensee wiederbegegnet. Als man mir einen Platz am Tisch von Egon Bahr zuwies, sagte ich der Leitung des Hauses: «Neben den möchte ich nicht sitzen.» Na ja, und dann sassen wir doch nebeneinander, und



«Kostbare Bindung»: Ehepaar Bahr.

damit begann wider Erwarten eine wunderbare Beziehung.

Egon Bahr: Eine Partnerschaft älterer Menschen lebt von zurückliegenden Erfahrungen. Man weiss, wie kostbar die neue Bindung ist, wie pfleglich und rücksichtsvoll sie behandelt werden muss. Wir profitieren von unterschiedlichen Kenntnissen, die die beiden Lebenswege mit sich bringen. Wir sind neugierig geblieben und diskutieren, zuweilen auch Streitbar, über denkbare oder kommende Probleme. Es macht einfach Spass mit Adelheid zu leben.

Adelheid Bahr: Ich schätze und liebe seine Festigkeit und Unbestechlichkeit in problematischen Lebenslagen, so kompliziert und schwierig sie auch sein mögen. Sich auf Neues einzustellen und Veränderungen gerecht zu werden, ist eine seiner mir liebsten Stärken.

Egon Bahr: Die Zuneigung zu Themen, Anliegen und Menschen war in meinem wechsel-

haften Leben immer eine treibende Kraft. Wer sich der Politik zuwendet, will etwas verändern. Wer in die Politik geht, um für sich einen besseren Job zu gewinnen, ist Opportunist. Wer also arbeitet für sich und wer für die Gesellschaft? Die Menschen haben ein erstaunlich genaues Empfinden dafür und sind fähig, die Spreu vom Weizen zu trennen. Mein Leben war nicht zugeschnitten auf die klassisch durchgeplante Politkarriere. Vielleicht suchen jüngere Menschen aus diesem Grund bis heute Rat oder Orientierung bei mir.

Adelheid Bahr: Wir haben im Mai 2011 in Berlin geheiratet: Wir wollten das Ereignis nicht an die grosse Glocke hängen. Vier Wochen später haben wir uns mit guten Bekannten, Freundinnen und Freunden einen warmen Sommerabend lang an unserer Entscheidung gefreut.

Protokoll: Franziska K. Müller

Teilen Sie ein Lächeln in 120 Sprachen

Mehr als ein Lächeln, mehr als eine freundliche Geste. Freuen Sie sich auf aussergewöhnlichen Service: Wir sprechen Ihre Sprache und sehen die Welt so wie Sie.



Hello Tomorrow


Emirates